Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (5.11.2012)

Sand im Getriebe 98

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Sozialer Transformationsprozess in Lateinamerika geht weiter:

CHAVEZ HAT GEWONNEN

http://amerika21.de/fotos/63548/bilder-wahl-venezuela-2012

Lateinamerika	
Dario Azzellini: Chavez hat gewonnen!	3
Jean-Luc Mélenchon und Ignacio Ramonet: Warum Chávez?	4
Raul Zelik: Licht und Schatten der Wirtschaftspolitik in Venezuela	5
ALBA Ja - Freihandelsabkommen Nein	5
18. Treffen des Forums von São Paulo, Juli 2012 Integrationsprozess in Südamerika	7
Europa	
Eric Toussaint: Heute hat sich das Epizentrum der Alternativen von Lateinamerika nach Europa verlagert	9
Florenz 10+10, 8.-11.November: T. Fattori: Kräfte vereinigen für ein anderes Europa	10
14. November 2012: Europaweiter Streik-, Aktions- und Solidaritätstag	12
Proteste überall in Europa	13
Werner Rätz: Ziviler Ungehorsam und Blockupy	15
Attac Österreich zum Amnesty-Report: Kürzungspolitik nur noch mit Gewalt durchsetzbar	16
Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats von attac De: „Eine andere Welt ist möglich" aus der rechten Ecke?	17
Frankreich: Aufruf von mehr als 120 Ökonomen Die düstere Bilanz der neoliberalen Politik in Frankreich	21
Krisen-Analysen	
W.K. Tabb: Unser Problem liegt nicht im Missbrauch des Systems. Unser Problem ist das System	22
Mahmood Mamdani: Vier Fragen an Prof. Joseph Stiglitz	25
Mohssen Massarrat: Klimaimperialismus	29
Tunesien und Marokko	
Fathi Chamki, attac Tunesien: Ecuador hilft Tunesien beim Schuldenaudit	32
Bernard Schmid: „Sozialforum Migration" in Marokko	33
Attac Marokko: Krise, Verschuldung und Repressionen	34
Attac Marokko: Internationale Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen in Marokko	35

Verlagert sich das Epizentrum der Alternativen?

Dario Azellini jubelt: „Chavez hat gewonnen“, obwohl er kritisch anmerkt: „*Soziale Transformation ist keine Musikbox und es wird nicht immer der Song gespielt, der ausgesucht wurde*.“ Und das betrifft sicherlich nicht nur **Venezuela**. Aber von Lateinamerika bis Griechenland erschallt der Ruf: Der Kapitalismus versagt, er löst unsere Probleme nicht, wir brauchen neue Ansätze.

Eric Toussaint vermutet: „*Heute hat sich das Epizentrum der Alternativen von Lateinamerika nach Europa verlagert“*. Am **14.November** ist der erste südeuropäische Generalstreik in Griechenland, Portugal, Spanien und Zypern geplant. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat zu Streiks und Aktionen in ganz Europa aufgerufen. In **Florenz** findet kurz vorher das Nachfolgetreffen des Europäischen Sozialforums statt unter dem Motto: „*Kräfte vereinigen für ein anderes Europa***“.**

Die **UmFAIRteilungs**-Kampagne geht in Deutschland hoffentlich in die nächste Runde, – diesmal nicht nur lammfromm mit SPD-konformen Forderung nach Reichensteuern, sondern auch mit Forderungen nach Veränderungen der Primärverteilung und –vor allem – der **Ursachen** der Ungleichheit – der Eigentumsverhältnisse.

Dazu und zu den „**Wahlen**“ in den **USA** fügt **William K. Tabb** eine Ansicht aus dem Occupy-Amerika an: „*Keynes' Anhänger haben unterschätzt, in welchem Umfang Steuerkürzungen in den Händen des einen Prozents landen und spekulative Auswüchse nähren. **Es geht darum, wer den Überschuss, den eine Gesellschaft erzeugt, bekommt und wie er verwendet wird**. Nur eine mächtige linke Bewegung, wie sie in den 1930ern aufgebaut wurde und anscheinend wieder entsteht, und das nicht nur im Nahen Osten, in den Vereinigten Staaten und in Europa, kann dies ändern… Wir leben in einem bösartigen System, dem in seinen globalen Dimensionen zu begegnen ist. Unser Problem liegt nicht im Missbrauch des Systems. Unser Problem ist das System.*“

Zum gleichen Thema hat gerade Prof. **Joseph Stiglitz** in seinem neuen Buch die **Ungleichheit** als **Ursache** kapitalistischer Krisen beschrieben. Marktversagen solle durch staatliche Massnahmen korrigiert werden.

Der kenianische Ökonom **Mahmood Mamdani** sieht das anders und merkt kritisch an: „*Die Herausforderung ist nicht: wie kann der Staat die Märkte regulieren, sondern: wie kann die Gesellschaft sowohl den Staat als auch die Märkte regulieren.“*

Eine Gruppe von französischen Ökonomen – u.a. Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats von **ATTAC-Frankreich** - geißelt den Fiskalpakt, weil er die Einnahmeseite außer Acht lässt und antizyklische Wirtschaftspolitik erschwert: „*Austerität ist zugleich ungerecht, unwirksam und antidemokratisch*.“ Eine Gruppe von Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats von **ATTAC-Deutschland** analysiert die „*Eurokrise als Katalysator des Rechtspopulismus“* , denn die „*Kritik aus der konservativen bis rechtsextremen Ecke wird immer schriller“*.

Mohssen Massarat setzt sich mit den klimapolitischen Vorstellungen von Hans Werner Sinn auseinander und klagt ihn des Klima-Imperialismus an.

Wir berichten aus **Marokko** über ein „**Sozialforum Migration**“ und über die zunehmend brutale Repression der dortigen Monarchie gegen die sozialen Bewegungen, deren aktiver Bestandteil **Attac-Marokko** ist.

Tunesien hat Ecuador um Hilfe bei einem **Schuldenaudit** gebeten.

Solidarität mit den politischen Gefangenen in Marokko! Ratschlag von attac Deutschland, 4.11.2012 (s. Seite 36)

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von corditrad! <u>Coorditrad braucht noch Unterstützung!</u> <u>www.coorditrad.attac.org</u>

Wir verschicken gedruckte Exemplare von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) ; Online-Fassung: Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Dario Azzellini

Chavez hat gewonnen!

Soziale Transformation ist keine Musikbox und es wird nicht immer der Song gespielt der ausgesucht wurde. Was in einem Transformationsprozess geschieht ist Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen

Chávez hat gewonnnen! Nach der Auszählung von 96,93% der Stimmen hat Hugo Chávez insgesamt 8,062 Millionen Stimmen (55,14%) erhalten und der Gegenkandidat Henrique Capriles 6,468 Millionen Stimmen (44,24%). Chávez gewann dabei in 22 von 24 Bundesstaaten (und verlor in Mérida und Táchira). Chávez besiegte Capriles auch in Miranda, wo Capriles Gouverneur ist.

Einige deutschsprachige Medien schrieben heute das Ergebnis sei „überraschend deutlich" ausgefallen. Dies deutet darauf hin, dass die Medien ihre eigene Propaganda geglaubt haben. Gegen jede Vernunft, Wahlumfrage und realistische Einschätzung machten sich die deutschsprachigen Medien zum Sprachrohr der venezolanischen Opposition (und da gab es kaum einen Unterschied zwischen vermeintlich liberalen Medien oder klar rechterPresse) und verkündeten im Vorfeld Chávez habe einen gefährlichen Gegner, es sei völlig unklar wer die Wahl gewinnen würde usw. und immer wieder war vom schlimmen Venezuela zu lesen. Die Wirtschaft liege am Boden und sei zerstört worden weil Chávez das Geld aus dem Ölgeschäft durch Geschenke an die Armen verpulvere, es war von Repression gegen Oppositionelle die Rede und vieles mehr. (…)
Den Preis für die dümmste Venezuela-Propaganda hat wohl die New York Times verdient, die sich kurz vor den Wahlen in einem Artikel nicht zu blöd war zu behaupten in Venezuela würden viele Leute für Chávez stimmen, da die Regierung das Abstimmungsverhalten kontrolliere und wer gegen Chávez stimme würde keinen Job mehr bekommen.
Wenig nutzt es da, dass das Carter-Zentrum und Jimmy Carter – wohl kaum als Linksradikale verschrien –, die seit Jahren zu den intensivsten Wahlbeobachtern gehören, im Vorfeld die Wahlen in Venezuela als die demokratischsten der Welt bezeichnete.

Ebenso wenig beeindruckt es die Schreiberlinge im Dienste des Kapitalismus und des Profits, dass Venezuela in den ersten neun Monaten diesen Jahres auf 5% Wirtschaftswachstum blickt, dass Venezuela im vergangenen Jahrzehnt die größten Fortschritte aller lateinamerikanischen Länder in Armutsbekämpfung und Verteilungsgerechtigkeit gemacht hat und mittlerweile zu den zehn Ländern der Welt mit dem höchsten Anteil an Studierenden in der Bevölkerung gehört. Die Zahlen lassen sich auch bei internationalen Organisationen wie etwa bei der UNO nachschauen.

Die Liste könnte endlos fortgesetzt werden. Doch das macht keinen Unterschied. Die deutschsprachige Presse ist in dieser Hinsicht weitgehend realitätsresistent.(...)

Als ich vor einigen Monaten in Athen war, war ich geschockt über das Ausmaß an Armut. So etwas habe ich in Venezuela in den vergangenen Jahren nicht gesehen. Menschen die betteln, um sich eine medizinische Versorgung leisten zu können, oder in Bars und Restaurants nach Essensresten fragen, Kinder singen und musizieren, um etwas Geld zusammenzukratzen…

Selbstverständlich ist in Venezuela nicht alles gelöst und es gibt auch noch Armut. Aber niemand muss hungern. In den Schulen gibt es jeden Tag kostenlos Frühstück, Mittagessen und Nachmittagssnack für die Kinder, staatliche Supermärkte verkaufen (durch die Ausschaltung von Zwischenhändlern) Grundnahrungsmittel zu Preisen die 40-70 Prozent unter dem Marktpreis liegen und für die, die sich auch das nicht leisten können, werden in Ernährungshäusern täglich eine Million Mahlzeiten kostenlos abgegeben. Es gibt ein kostenloses Gesundheitssystem, auch Brillen und Zahnersatz sind kostenlos, auch zahlen Studierende keine Studiengebühren, im Gegenteil, Hunderttausende bekommen kleine Stipendien…

Chávez „verpulvert" das Geld für die Armen? Das ist ja wirklich ein schlechtes Beispiel für Europa. Das Geld muss doch in die Banken, damit die weiterzocken können. In Venezuela wurden viele Grossbanken verstaatlicht und strenge Finanzauflagen haben verhindert, dass es Bankenpleiten gab (sicher, die Gewinne der Banken sind dafür auch kleiner als in Deutschland oder in den USA). Einige betrügerische kleine Privatbanken, die kurz vor der Pleite standen, wurden verstaatlicht und die Einlagen der Sparer ausgezahlt.(...)
Das alles macht noch keinen Sozialismus. Und selbstverständlich läuft in Venezuela nicht alles wie es sich ein aufgeklärter emanzipatorischer kritischer Linker wünscht. Soziale Transformation ist keine Musikbox und es wird nicht immer der Song gespielt der ausgesucht wurde. Was in einem Transformationsprozess geschieht ist Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.
Gegenüber den nörgelnden alternden Karrierelinken ziehe ich doch Leute wie Carlos vor. Ein Arbeiter aus Argentinien. Er was Ende der 1960er am Cordobazo beteiligt, dem bewaffnete Arbeiteraufstand, floh nach Venezuela, ist Arbeiter in einer Aluminiumhütte und kämpft für Arbeiterkontrolle. Denn obwohl die Regierung in Venezuela Arbeiterkontrolle propagiert, muss sie erkämpft werden. Das gilt auch für die Autonomie der lokalen Selbstverwaltung. Keine Institution schafft sich selbst ab. Institutionen folgen einer inhärenten Logik ihre Macht zu reproduzieren und auszuweiten. Auch wenn die normative Ausrichtung in Venezuela eine andere ist. Die andere normative Ausrichtung schafft aber zweifelsohne ganz andere Ausgangsbedingungen für die Basisbewegungen und ihre Kämpfe.
Und genau darum geht es jetzt in den nächsten Jahren. Der Wahlkampf ist vorbei. Jetzt geht es wieder um die Auseinandersetzungen in der sozialen Transformation, hin zum Sozialismus. Und da gibt es noch viel zu tun. The future is unwritten.

http://www.azzellini.net/newsletter/subscriptions , http://www.azzellini.net/german

Mehr über Venezuela:
http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Venezuela/gesundheit2.html (Zur Gesundheitsversorgung)
http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/archiv/rubrik/24.html&offset=10
http://www.labournet.de/internationales/ve/index.html
"Wann kommt endlich ein arabischer Chávez" **von Tariq Ali,** , Dezember 2006 http://sandimgetriebe.attac.at/5137.html

Jean-Luc Mélenchon und Ignacio Ramonet

Warum Chávez?

6. Okt 2012
Hugo Chávez ist ohne jeden Zweifel der weltweit am meisten diffamierte Staatschef. (…) Ein politischer Amtsträger sollte nach seinen Taten beurteilt werden, nicht nach den Gerüchten, die über ihn verbreitet werden. Kandidaten machen alle möglichen Versprechen, um gewählt zu werden. Nur wenige aber halten diese Zusagen, wenn sie ihr angestrebtes politisches Amt einmal innehaben. Im Fall Chávez' war das zentrale Wahlversprechen von Beginn an sehr klar: eine Regierungsarbeit zugunsten der Armen, damals die Mehrheit des venezolanischen Volkes. Er hat Wort gehalten.(...)

Venezuela ist ein ungemein reiches Land, vor allem wegen seiner **Bodenschätze**, allen voran der Erdöl- und Erdgasvorkommen. Doch dieser natürliche Reichtum war in der Vergangenheit fast vollständig in der Hand von politischen Eliten und transnationalen Konzernen. Bis 1999 bekam das Volk bestenfalls **Almosen**. Die christdemokratischen und sozialdemokratischen Regierungen teilten sich die Macht in einem korrupten und markthörigen System, das ohne Rücksicht auf Verluste privatisierte. Weit mehr als die Hälfte des Volkes lebte unter der Armutsgrenze; 1996 waren es 70,8 Prozent.

Chávez unternahm in dieser Situation was ihm möglich war: **Er zügelte die Märkte**, gebot der laufenden neoliberalen Offensive Einhalt und später gelang es ihm, auch durch die Einbeziehung des Volkes, strategische Bereiche der Wirtschaft wieder unter staatliche Kontrolle zu bekommen. Er stellte gewissermaßen die **nationale Souveränität** wieder her. Von diesem Punkt aus erreichte er die **Umverteilung des Reichtums** zugunsten der staatlichen Dienstleistungen und der Vergessenen der Gesellschaft.
Sozialpolitik, öffentliche Investitionen, Nationalisierungen, eine Agrarreform, Arbeitsplätze, Mindestlohn, ökologische Standards, Zugang zu Wohnraum, das Recht auf Gesundheit, Bildung und Renten – das Projekt von Chávez bestand in nicht weniger als der Schaffung eines modernen Staates. Dazu zählte auch eine ambitionierte Infrastrukturpolitik durch den Bau von Straßen, Eisenbahnlinien, Häfen, Staudämmen und Erdgas- sowie Erdölleitungen.

In der **Außenpolitik** stand Chávez für die lateinamerikanische Integration und legte Wert auf den Ausbau der Süd-Süd-Kooperation, während er die USA zu Beziehungen auf der Basis beidseitigen Respekts drängte. Der Impuls Venezuelas hat in der Region eine wahre Welle progressiver, revolutionärer Prozesse losgetreten, in deren Folge Lateinamerika zu einem einzigartigen Beispiel des Widerstandes der Linken gegen die zerstörerische Kraft des Neoliberalismus wurde.

Dieser Sturm des Wandels hat auch die traditionellen Machtstrukturen durcheinandergewirbelt und die Neugründung einer Gesellschaft begünstigt, die bis dahin hierarchisch, vertikal und elitär gewesen ist. Die **hasserfüllte Reaktion** der dominierenden Klassen, die sich für die legitimen Herren des Landes hielten, war zu erwarten. Es sind diese bürgerlichen Kreise, die gemeinsam mit ihren Freunden in Washington die Diffamierungskampagnen gegen Chávez finanzieren. Sie haben schließlich – auch mit Unterstützung der großen Medienkonzerne, die sie ihr Eigen nennen – einen Putschversuch am 11. April 2002 zu verantworten.

Diese Kampagnen dauern aktuell an, und auch in Europa gibt es politische und mediale Akteure, die willig in diesen Chor einstimmen, die Losungen wiederholen. Einfache Geister mögen so glauben, dass Hugo Chávez "ein diktatorisches Regime ohne Meinungsfreiheit" errichtet.
Aber die Realität lässt sich nicht leugnen. Oder hat jemand schon einmal ein "diktatorisches Regime" erlebt, das die Grenzen der Demokratie ausweitet, statt sie einzuschränken; das Millionen ausgegrenzten Menschen ein Stimmrecht gibt? **Wahlen** finden in Venezuela in der Regel alle vier Jahre statt, doch unter Chávez wurde einmal im Jahr abgestimmt (**14 mal in 13 Jahren**, um genau zu sein.) Diese Urnengänge fanden auf demokratischer Grundlage statt, anerkannt von der UNO, der EU, der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), des Carter-Zentrums uns anderer Beobachter.

Chávez stellt damit unter Beweis, dass man den **Sozialismus in Freiheit und Demokratie** errichten kann. Er macht diesen demokratischen Charakter sogar zu einer Bedingung für den Prozess des sozialen Wandels. Chávez hat seinen Respekt vor dem Urteil des Volkes unter Beweis gestellt, als er nach dem Scheitern eines entsprechenden Referendums im Jahr 2007 eine Verfassungsreform ad acta legte. Es ist also nicht weit hergeholt, wenn die kanadische Stiftung für Demokratischen Fortschritt Venezuela in einer Studie 2011 an erster Stelle unter den Ländern listet, die den Wählerwillen respektieren.

Die Regierung Chávez wendet heute 43,2 Prozent der Haushaltsmittel für **sozialpolitische Maßnahmen** auf. In Folge ging die Kindersterblichkeit um die Hälfte zurück. Analphabetismus wurde beseitigt. Die Zahl der Lehrkräfte um das Fünffache erhöht (von 65.000 auf 350.000). Das Land weist Lateinamerikas besten Gini-Koeffizienten auf, mit dem die soziale Ungleichheit gemessen wird. In ihrem Bericht aus dem Januar dieses Jahres bestätigt die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) dass Venezuela neben Ecuador das Land Südamerikas ist, das zwischen 1996 und 2010 den stärksten Rückgang der Armut erreicht hat. Und das Umfrageinstitut Gallup weist dem Land von Hugo Chávez den sechsten Platz unter den "glücklichsten Nationen der Erde" zu.

Das Skandalöseste an der laufenden Diffamierungskampagne gegen Chávez aber ist, dass sie den Eindruck zu erwecken versucht, in Venezuela würde die Meinungsfreiheit eingeschränkt. Die Wahrheit ist, dass die Chávez feindlich gesinnte Privatwirtschaft die große Mehrheit der Medien kontrolliert. Davon kann sich jeder leicht überzeugen. Von 111 Fernsehkanälen sind 61 in privater Hand, 37 sind Basismedien (medios comunitarios) und 13 öffentlich. Nach einer Studie von Mark Weisbrot und Tara Ruttenberg vom US-amerikanischen Zentrum für Wirtschafts- und Politikforschung haben die öffentlichen Medien einen Marktanteil von 5,4 Prozent, während die privaten Kanäle 61 Prozent halten. Das gleiche Szenarium bietet sich bei den Radiosendern. Und 80 Prozent der Printmedien sind in den Händen der Opposition, darunter die einflussreichsten Zeitungen El Universal und El Nacional.

Natürlich ist auch im bolivarischen Venezuela **nichts perfekt**. Wo existiert schon ein perfektes Regierungssystem? Aber nichts kann aber die laufenden Lügen- und Hasskampagnen rechtfertigen. Venezuela ist heute die **Speerspitze einer Demokratiebewegung**, die in Lateinamerika die oligarchischen Regime in inzwischen neun Staaten hinweggefegt hat, während andere mit Blick auf den Fall der Mauer noch von das "Ende der Geschichte" oder den "Kampf der Zivilisationen" als alleinige Perspektive für die Menschheit prophezeiten. Das bolivarische Venezuela ist eine Quelle der Inspiration, der wir uns ohne Blauäugigkeit und Naivität bedienen. (...)

Weshalb provoziert Chávez solch eine Abneigung unter seinen Gegnern? Ohne Zweifel, weil er, ebenso wie Simón Bolívar, sein Volk aus der Resignation gerissen hat. Und weil er in ihm die Lust auf das Unmögliche geweckt hat.

http://amerika21.de/analyse/62947/warum-chavez-melenchon-ramonet

Übersetzung: Harald Neuber, www.amerika21.de
Jean-Luc Mélenchon ist Ko-Vorsitzender der französischen Linkspartei und Europaabgeordneter.
Ignacio Ramonet ist Chef redakteur der spanischen Ausgabe von „Le Monde Diplomatique", Präsident des Vereins Mémoire des luttes und Ehrenpräsident von ATTAC Frankreich.
http://amerika21.de/dossier/praesidentschaft-venezuela

Raul Zelik
Licht und Schatten der Wirtschaftspolitik in Venezuela

(…) Der Umbau Venezuelas in Richtung einer weniger vom Rohstoffexport abhängigen sozialistischen oder wenigstens gemischten Ökonomie ist kaum vorangekommen. Der chavistische Ökonom Victor Álvarez hat das in einer aktuellen Studie skizziert: Der Anteil der verarbeitenden Industrie ist seit 1987 von 22,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 14,4 Prozent gefallen. Zwar ist die Wirtschaft im gleichen Zeitraum stark gewachsen, doch davon haben vor allem Handel und Bausektor profitiert, die sich in den Händen der Privatwirtschaft befinden. Dank der Sozial- und Beschäftigungspolitik der Regierung ist zwar die Armut deutlich zurückgegangen und auf den Straßen sind, anders als in so mancher europäischen Großstadt, kaum noch Menschen zu sehen, die im Müll nach Verwertbarem suchen. Doch der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen ist nicht gestiegen. Er liegt mit 37 Prozent auf dem gleichen Niveau wie 1997 (während das Einkommen aus Kapitalbesitz weiterhin bei 42 Prozent liegt). Und auch die Kooperativen schließlich, denen in der demokratisch-sozialistischen Umgestaltung eine Schlüsselrolle zukommen sollte, sind kaum von der Stelle gekommen: Gerade einmal zwei Prozent der ökonomischen Aktivitäten gehen auf das Konto des Genossenschaftssektors.

So bleibt als Errungenschaft der letzten Jahre vor allem die Durchsetzung einer souveränen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Durch den 1999 bis 2003 - gegen den heftigen Widerstand einheimischer Eliten und der USA - durchgesetzten Politikwechsel übt der venezolanische Staat heute wieder die direkte Kontrolle auf die Erdöleinnahmen aus. Dass der staatliche Erdölkonzern PdVSA allein im vergangenen Jahr 40 Milliarden US-Dollar für die so genannten Misiones, also für Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungsbau- und Entwicklungsprogramme ausgeben konnte, war nicht nur den hohen Ölpreisen zu verdanken. Noch entscheidender war die politische Bereitschaft der Chávez-Regierung, die Privatisierung öffentlicher Güter rückgängig zu machen und den Reichtum des Landes zugunsten der Bevölkerungsmehrheit zu verwenden. In Zeiten neoliberaler Enteignungsideologie wahrlich keine Kleinigkeit.

* Aus: Neues Deutschland, Samstag, 06. Oktober 2012http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Venezuela/wahl2012f.html

ALBA Ja - Freihandelsabkommen Nein

EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien, Peru und Zentralamerika: Die zweite Eroberung

In meinem Namen, keine Ratifizierung!

Unterzeichnen Sie einen Brief an Ihre Abgeordneten des Europäischen Parlaments, damit sie der Ratifizierung der Freihandels- und Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit Kolumbien, Peru und Zentralamerika nicht zustimmen (Abstimmung für Dezember geplant, SiG-Red.).

„Es geht um unsere Zukunft: Ich will faire Handelsbeziehungen.

Ich als Bürger/in der Europäischen Union (EU) setze mich dafür ein, dass die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika fair und gleichberechtigt sind. Ich will gerechte Handelsbeziehungen zwischen unseren beiden Regionen und habe starke Bedenken, dass die von der EU mit Zentralamerika, Peru und Kolumbien ausgehandelten Abkommen darauf ausgerichtet sind. Dafür sprechen die folgenden Punkte:

• Es bestehen grundlegende Unterschiede im Hinblick auf Wirtschaft und Lebensstandard zwischen Europa, Zentralamerika, Kolumbien und Peru. Diese Unterschiede erlauben es der stärkeren Vertragspartei – in diesem Fall der EU – ihre Interessen und Bestimmungen durchzusetzen, durch die die anderen Länder in der Selbstbestimmung über ihr Entwicklungsmodell eingeschränkt werden.

• Europa strebt aufgrund der aktuellen Krise danach, seine Rolle auf dem Weltmarkt zu stärken. Dafür benötigt es privilegierte Rohstofflieferanten. Entwicklungsländer, wie die Länder Zentralamerikas sowie Peru und Kolumbien, die stärker am Welthandel teilhaben wollen, akzeptieren in diesen Abkommen die Verfestigung ihrer Rolle als Rohstoffexporteure – mit schwerwiegenden ökologischen und sozialen Folgen, auf die keine Rücksicht genommen wurde.

• Die Abkommen stellen den Schutz von Geschäftsbeziehungen über die Menschenrechte, wodurch der Menschenrechtsschutz nicht ausreichend gewährleistet ist. Die den europäischen Unternehmen gewährten Vorteile schlagen sich auch nicht in größerem Wohlstand für die Bevölkerung nieder.

• Als Bürger/innen sind wir nicht ausreichend über den Inhalt der Verhandlungen informiert worden. Wir sind auch nicht gefragt worden, ob wir diese Art der Handelsbeziehungen wollen.

Aus diesen und anderen Gründen möchte ich als Bürger/in mich durch Sie, meine Vertreter/innen im Europäischen Parlament, zu Wort melden und bitte Sie, gegen die Ratifizierung dieser Abkommen zu stimmen. Damit schließe ich mich zahlreichen Gruppen an, die sich bereits gegen die Abkommen gewandt haben: Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Frauenrechtlerinnen, Indigene, Afrikanischstämmige und andere.

Nutzen wir die Gelegenheit, um gemeinsam für gleichberechtigte und faire Beziehungen einzutreten: In meinem Namen: KEINE RATIFIZIERUNG! „

http://www.fta-eu-latinamerica.org/sistema

Weiterlesen:
http://www.infostelle-peru.de/web/
http://fdcl-berlin.de/publikationen/fdcl-veroeffentlichungen/publikation-die-zweite-eroberung-das-eu-freihandelsabkommen-mit-kolumbien-und-peru/
http://www.fta-eu-latinamerica.org/
KOLKO http://kolko.net

Was ist ALBA?

Karte:
http://amerika21.de/fakten/alba/karte

Unter dem Aspekt der regionalen Integration realisiert ALBA Kooperationsverträge zwischen lateinamerikanischen Staaten, die auf den Prinzipien Kooperation, Komplementarität und Solidarität basieren. Zunächst schlossen 2004 Venezuela und Kuba diesen wichtigen Vertrag, im Jahr 2006 trat auch Bolivien bei. Heute gehören insgesamt neun Staaten zu diesem Bündnis. Neben den bereits genannten sind Ecuador, Nicaragua, Dominika, St. Vincent, Grenadinen und Antigua und Barbuda beigetreten.

Die Ideale, Ideen und Bemühungen des lateinamerikanischen Helden Simón Bolívar, des El Libertador oder Befreiers, wie ihn das Volk ehrenvoll nennt, sind untrennbar mit dem Konzept von ALBA verbunden. Denn Bolívar's Ziel von einer Südamerikanischen Einheit, einer Befreiung von den zahlreichen Zwängen der USA und einer Gleichheit im Sinne einer handelspolitischen Gleichstellung, die sich gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Armut richtet, sind auch heute die Hintergründe der Bestrebungen ALBAs. Die Initiativen der linken Regierungen setzen auf Solidarität statt wirtschaftlichen Wettbewerb. Es gilt ein Gegengewicht aus Integration, sozialer Entwicklung und Armutsbekämpfung zu schaffen, gegen eine Politik des reinen Wirtschaftswachstums.

ALCA

Das unter dem Überbegriff ALCA laufende Freihandelsabkommen der USA ist kein neues. Es sieht eine gesamtamerikanische Freihandelszone (das NAFTA Abkommen bezieht sich lediglich auf den Freihandelsbereich Kanada bis Mexiko) vor, die darauf abzielt, die Auslandsschulden so rasch wie möglich einzutreiben und sei es unter noch so ausbeuterischen Bedingungen. Die USA streben klar nach der Ausschöpfung der riesigen Ölvorkommen in Mexiko, Venezuela und Ecuador und haben es genauso auf die Wälder des Amazonasbeckens abgesehen. Auch wird versucht, den Außenhandel der Unterzeichnerstaaten in Richtung Nordamerika soweit voranzutreiben, sodass sich die finanzpolitische Situation zum Nachteil für Lateinamerika dereguliert. Mit den geschlossenen Handelsverträgen versuchen die USA außerdem, die Wettbewerbsfähigkeit der Staaten zu unterbinden.

Die Zukunft von ALBA

Als eine der größten Herausforderungen vor denen ALBA steht, sieht der Publizist und freie Mitarbeiter des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika (kurz FDCL) **Thomas Fritz**, die gesellschaftliche Beteiligung: Obwohl ALBA sich als offen für die Initiativen sozialer Bewegungen gibt, finden die relevanten Entscheidungen leider bisher nur auf Regierungsseite statt.

http://suite101.de/article/venezuelas-antwort-auf-amerikas-alca-heisst-alba-und-tagt-in-wien-a91209

s. auch: http://fdcl-berlin.de/publikationen/fdcl-veroeffentlichungen/fdcl-thomas-fritz-alba-contra-alca-die-bolivarianische-alternative-fuer-die-amerikas-ein-neuer-ansatz-regionaler-integration-in-lateinamerika/

Artikel zu Lateinamerika:

in Sand im Getriebe 14, 19, 50, http://sandimgetriebe.attac.at/3400.html
Portal Amerika21, Nachrichten und Analysen aus Lateinamerika und der Karibik: http://amerika21.de/
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL) http://fdcl-berlin.de
Monatszeitschrift Lateinamerika Nachrichten: http://www.lateinamerikanachrichten.de/
Nachrichtenpool Lateinamerika : http://www.npla.de/ (wöchentlicher Newsletter: http://www.npla.de/newsletter)
Nicaragua-Forum Heidelberg http://www.nicaragua-forum.de/ , ILA, http://www.ila-web.de

Attac Österreich: Petition: Stoppt die Lebensmittelspekulation!

http://www.attac.at/kampagnen/stopp-lebensmittelspekulation/petition-stopp-spekulation.html

Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Filmvorführungen: Im November-**Filmprogramm** legt **normale.at** den Fokus darauf, dass sich globale Umweltprobleme seit 1992 (Rio+20) trotz ambitionierter Ziele massiv verschärft haben, es notwendiger denn je ist, aktiv zu werden und nimmt das Thema "Geld" unter die Lupe.

18. Treffen des Forums von São Paulo, Juli 2012

Integrationsprozess in Südamerika

Abschlusserklärung

1. Das 18. Treffen des Forums von São Paulo vom 4. bis zum 6. Juli 2012 in Caracas fand inmitten einer schweren **strukturellen Krise des Kapitalismus** statt, die einhergeht mit Auseinenadersetzungen um geopolitische und geostrategische Räume, dem Auftauchen neuer Machtzentren, Bedrohungen des Weltfriedens und **militärischen Interventionen** imperialistischer Mächte, die darauf abzielen, den eigenen Niedergang abzuwenden. Zur Wirtschaftskrise gesellen sich die **Umwelt-, die Energie- und die Nahrungsmittelkrise** sowie die **Krise der Systeme politischer Repräsentation**. Diese Situation erfordert eine entschlossene Antwort der Völker Lateinamerikas und der Karibik und ein wirksames Auftreten fortschrittlicher und linker Kräfte.

2. Die Überwindung der **Weltwirtschaftskrise** liegt in weiter Ferne. Die Verantwortlichen in den internationalen Finanzinstitutionen klammern sich weiterhin an das neoliberale Dogma, die Schrumpfung der US-amerikanischen Wirtschaft und die Stockung der Zugkraft Europas wirken sich auf verschiedene Regionen aus, auch auf die chinesische Wirtschaft. Lateinamerika und die Karibik werden von den negativen Auswirkungen der Weltkrise nicht verschont, obgleich die Wirtschafts- und Sozialpolitik der meisten Regierungen der Region ernstere Auswirkungen der Krise verhindert hat.

3. Während in Regionen wie **Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika** der Neoliberalismus mit seiner fortdauernden Austeritätspolitik und dem Primat des Finanzkapitals das ideologische Fundament der Wirtschaftspolitik bleibt, bestimmen in **Lateinamerika f**ortschrittliche und linke Kräfte die Geschicke eines großen Teils der Nationen und entwickeln Initiativen, die bis zu einem gewissen Grad die lange Nacht des Neoliberalismus beenden halfen. Es wurden **umfangreiche soziale Maßnahmen** eingeleitet und in der Bekämpfung der Armut unbestreitbare Erfolge erzielt, der Integrationsprozess wurde in einem nie dagewesenen Maß vorangetrieben. Nun kommt es darauf an, den Prozess fortzusetzen und die Errungenschaften unter den Bedingungen der Krisenverschärfung zu sichern.

4. Die Rechte und der Imperialismus reagieren in unterschiedlicher Form auf das Anwachsen fortschrittlicher und linker Kräfte in Lateinamerika und der Karibik – unter anderem mit **systematischen Aggressionen** vonseiten der US-Regierung sowie Manipulation und Kriminalisierung sozialer Forderungen. Das dient dem Ziel, gewalttätige Auseinandersetzungen zu provozieren und Staatsstreiche herbeizuführen.

5. Festzuhalten ist, dass in **Bolivien** zwei Putschversuche und ein Mordversuch stattfanden. Außerdem gab es eine Meuterei der Polizei, die von den sozialen Bewegungen niedergeschlagen wurde.
Und es gab weitere Vorkommnisse dieser Art: 2002 wurde Präsident **Chávez** für 47 Stunden entmachtet und im Juni 2009 Präsident **Zelaya** (Honduras) seines Amtes enthoben. Im September 2010 ereignete sich ein Putschversuch in **Ecuador**, dessen Urheber sich dank der unverzüglichen Mobilisierung des ecuadorianischen Volkes und des raschen Handelns der internationalen Gemeinschaft nicht halten konnten. Erst vor wenigen Wochen wurde der Präsident **Paraguays** Fernando Lugo gestürzt. Der Putsch in **Honduras** und der Sturz Fernando Lugos zeigen, dass die Rechte entschlossen ist, zum Sturz von Regierungen, die nicht ihren Interessen dienen, Gewalt anzuwenden und/oder institutionelle Verfahrensweisen zu umgehen.

6. Des Weiteren hat die Rechte eine umfangreiche **internationale Medienkampagne** gestartet, die von mächtigen Medienkonzernen umgesetzt wird. Das Verhalten der rechten Medien steht immer wieder auf der politischen Tagesordnung der Region: Große Medienunternehmen entwickeln Pläne zur Destabilisierung und gebärden sich als mächtige Instanzen, die befugt sind, sich über Regierungen hinwegzusetzen, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Große Medienunternehmen provozieren tagtäglich die Demokratie und ihre Institutionen. Das ist vielleicht eine der größten **Herausforderungen für linke Regierungen: die Demokratisierung der Medien.**

7. Gleichzeitig belegen bedeutende Wahlsiege den **Vormarsch fortschrittlicher und linker Kräfte**: der von Dilma Rousseff in Brasilien, Daniel Ortega in Nicaragua, Cristina Fernández de Kirchner in Argentinien und Danilo Medina in der Dominikanischen Republik.

8. Die Präsidentinnen Dilma Rousseff und Cristina Fernández de Kirchner sowie Präsident José Mujica beschlossen vor einigen Tagen, die durch einen Putsch an die Macht gelangte Regierung Paraguays bis zur Wiederherstellung der Demokratie aus **MERCOSUR** (Mercado Común del Sur) auszuschließen. Gleichzeitig befürworteten sie die Aufnahme Venezuelas als Vollmitglied in den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Block dieses Teils der Welt.

9. In absehbarer Zeit ist mit der Aufnahme Ecuadors in den Mercado Común del Sur zu rechnen, was eine Neuerung mit sich bringen würde: Der Südblock würde Zugang zum Pazifik erlangen; mit der Karibik ist er bereits durch das Mitglied Venezuela verbunden.

10. Die Staatschefs der Länder der **Comunidad Andina de Naciones** wollen auf dem Weg zur Integration einen großen Schritt vorwärts tun, auch wenn noch enorme Schwierigkeiten zu überwinden sind.

11. Die Mitgliedsländer der Alianza Bolivariana de los Pueblos de nuestra América (**ALBA**) streben eine Abstimmung ihrer Wirtschaftspolitik an. Das betrifft zum Beispiel die **gemeinsame Währung Sucre** und den Reservefonds Petrocaribe. Vor Kurzem beschlossen die Präsidenten der Mitgliedsländer die Einrichtung einer Wirtschaftszone unter dem Dach der ALBA, ein Meilenstein bei den Integrationsbemühungen der Länder Antigua und Barbuda, Bolivien, Kuba, Ecuador, Dominikanische Republik, Nicaragua, St. Vincent und die Grenadinen und Venezuela.

12. Das Ausmaß der Anstrengungen der Unión de Naciones Suramericanas (**UNASUR**) ist ebenso überraschend wie ermutigend. Ein Bündel von Initiativen zur Integration wurde auf den Weg gebracht. Angestrebt wird etwa eine gemeinsame Verteidigungspolitik, die Verteidigung mit der Entwicklung und Erhaltung Lateinamerikas als friedliche und atomwaffenfreie Zone verbindet. Gleichzeitig zeigen sich Fortschritte bei der Neugestaltung der Wirtschaft nach den Kriterien Komplementarität, Zusammenarbeit, Achtung der Souveränität und Solidarität.

13. Die Gründung der Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños (**CELAC**) in Caracas im Dezember 2011 war ein Meilenstein auf dem Weg zur Integration. Die dabei unterzeichnete Vereinbarung markiert den Start eines Arbeitsprogramms, das, ausgehend von der allgemeinen Überzeugung, dass die großen gemeinsamen Probleme nur durch Integration zu lösen sind, auf der Suche nach Gemeinsamkeiten aufbaut und die Notwendigkeit der Einheit betont.

14. Angesichts des **Scheiterns der ALCA** und der begrenzten Erfolge bilateraler Freihandelsabkommen versucht der Imperialismus mit der Förderung der Alianza del Pacífico den Integrationsprozess in Lateinamerika zu behindern.

15. Die Integration hat eine politische Grundlage, reagiert auf eine sich verändernde Realität und stützt sich auf eine materielle Grundlage in Form von Produktivkräften sowie vielfältigen und reichhaltigen natürlichen Ressourcen: Wald, Erdöl, Mineralien, seltene Erden, Gas, ausgedehnte Ländereien zur landwirtschaftlichen Nutzung. Vor allem aber stützt sich die Integration auf die kulturelle und individuelle Vielfalt von über 500 Millionen Menschen. Der Integrationsprozess muss eine gemeinsame Politik und die **souveräne Nutzung der natürlichen Ressourcen anstreben;** das schließt den Zugang zu **Wasser** und seine Anerkennung als Menschenrecht ein.

16. Ein übergreifendes Thema des Forums von São Paulo ist die Notwendigkeit einer gemeinsamen Politik und **nachhaltigen Entwicklung**; das beinhaltet Wissenschaft und Technologie sowie menschliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung von Frauen, Kindern und Jugendlichen.

17. Aufgrund des Reichtums an erneuerbaren und nichterneuerbaren natürlichen Ressourcen in unserer Region ist es unerlässlich, den **Umweltschutz** zu intensivieren, eine umfassende industrielle, technologische und wissenschaftliche Entwicklung einzuleiten und die Rechte der indigenen Völker, darunter ihre Mitspracherechte, anzuerkennen.

18. **Die Rechte versucht den Diskurs über Umweltschutz zu bestimmen** und verschweigt dabei die neoliberal geprägte Ausplünderung der Erde und die Umweltschulden, die der Kapitalismus gegenüber der Welt angehäuft hat. Um die Verfügungsgewalt über die natürlichen Reichtümer tobt ein heftiger Kampf.

19. Die im Forum von São Paulo vertretenen Parteien der Linken, des Fortschritts, des Volkes und der Demokratie streben nach Beziehungen, die von Freundschaft, Brüderlichkeit, integrativer solidarischer Zusammenarbeit und Achtung der nationalen Souveränität geprägt sind und die auch von der Regierung des ALBA-Mitglieds Venezuela gefördert werden. Deshalb weisen sie die unbegründeten Einmischungsvorwürfe, die die illegitime Regierung Paraguays gegen Außenminister Nicolás Maduro erhoben hat, mit allem Nachdruck zurück.

20. Um den strategischen und taktischen Herausforderungen, die sich dem Forum von São Paulo stellen, wirksam begegnen zu können, bauen wir auf die Resonanz, die das 18. Treffen gefunden hat, an dem 200 Delegierte von 100 Parteien und Organisationen aus 50 Ländern und allen Kontinenten teilgenommen haben.

21. Vom 4. bis zum 6. Juli befassten sich die Delegierten mit zahlreichen Aktivitäten, von denen einige hervorzuheben sind: die Zusammenkünfte der Sekretariate der Regionen des Südkegels, der Anden-Amazonas-Region, Mesoamerikas und der Karibik, die **Workshops** zu den Themen Afroamerikaner, lokale und regionale Behörden, Verteidigung, Demokratisierung der Medien, Errichtung von Schulen und Berufsschulen, Umwelt, Klimawandel, Migration, Gewerkschaftsbewegungen, soziale Bewegungen und Volksherrschaft, indigene Völker, Sicherheit landwirtschaftlicher Produkte, Sicherheit und Drogenhandel, Landarbeiter, Einheit und Integration Lateinamerikas und der Karibik, das erste **Frauentreffen**, das vierte **Jugendtreffen**, das zweite Seminar über fortschrittliche und linke Regierungen und das Seminar über Frieden, nationale Souveränität und Dekolonisation. [...]

23. Die Mitglieder des Forums von São Paulo, ob aus dem linken, dem fortschrittlichen oder dem antiimperialistischen Spektrum, erkennen an, dass die Präsenz und die Partizipation von **Frauen** in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, einschließlich der Parteien, unerlässlich ist für die Stabilität, das Wachstum und die Entwicklung der Gesellschaft. Der Aufbau des Sozialismus (beziehungsweise einer sozialistischen und gerechten Gesellschaft) ist nicht möglich ohne eine Veränderung der traditionellen Rollen und Normen, die Männern und Frauen im Lauf der Geschichte auf unterschiedliche Weise zugewiesen und von ihnen angenommen wurden, und ohne die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die Beseitigung der Grundlagen der Diskriminierung der Frau. Beide, Frauen wie Männer, haben gleichermaßen teil am öffentlichen wie am Privatleben. Eine bleibende Forderung ist die Aufnahme einer angemessenen Einstellung zur Geschlechterfrage und der Agenda der linken und revolutionären Frauen in die Politik sowie die Programme und Aktionen für den Kampf gegen die Rechte und den räuberischen und patriarchalischen Kapitalismus sowie für den Aufbau des Sozialismus.

24. Wir betonen, dass seit der Gründung des Forums die Anerkennung der Zugehörigkeit der **Malvinas** zu Argentinien eine Selbstverständlichkeit ist. Das 18. Treffen befürwortet die Aufnahme diplomatischer Verhandlungen zwischen Argentinien und Großbritannien sowie die Erneuerung des Protests gegen die von der britischen Regierung unternommenen Handlungen und der Forderung nach Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone. Gleichzeitig verurteilt das Forum von São Paulo, dass verschiedene lateinamerikanische und karibische Staaten nach wie vor koloniale Züge aufweisen, und lehnt die Versuche der Rekolonisierung ab. [...]

26. Die zum Forum gehörenden Parteien und Bewegungen sowie andere soziale Bewegungen wollen alles dafür tun, dass die **Unabhängigkeit Puerto Ricos** zu einem wesentlichen Bestandteil der Aktivitäten der Vereinten Nationen wird. Es ist unfassbar, dass im 21. Jahrhundert in unserer Region oder in anderen Teilen der Welt koloniale Inseln existieren. Wir unterstützen die Forderung nach Freilassung des puerto-ricanischen politischen Gefangenen Oscar López Rivera, der einzig wegen seines „Verbrechens“, für die Unabhängigkeit seines Landes zu kämpfen, seit mehr als 31 Jahren in Gefängnissen der USA festgehalten wird.

27. Das Forum muss neue Anstrengungen gegen die **US-amerikanische Blockade Kubas** und für die Freilassung der fünf Helden unternehmen und einen gemeinsamen Aktionsplan dafür entwickeln. Diese Ziele müssen von allen verfolgt werden. [...]

36. Das Forum von São Paulo **unterstützt den Kampf Palästinas um Souveränität und Selbstbestimmung** und seine Aufnahme als Vollmitglied in die Vereinten Nationen.

37. **Wir lehnen jegliche bewaffnete ausländische Intervention in Syrien und im Iran ab** und rufen die fortschrittlichen und linken Kräfte zur Verteidigung des Friedens in der Region auf.

38. In den kommenden Monaten werden verschiedene **Wahlen** abgehalten, zum Beispiel im November 2012 Gemeindewahlen in Nicaragua. Im Februar 2013 wird in Ecuador gewählt, wo Präsident Rafael Correa sich zur Wiederwahl stellt. Das Forum von São Paulo erklärt seine Verbundenheit, Solidarität und volle Unterstützung.

39. Das Forum von São Paulo ruft zur Verteidigung der Demokratie in **Mexiko** auf, wo die Rechte versucht hat, die Präsidentenwahl am 1. Juli durch Manipulation der Medien mithilfe gefälschter Umfragen, massiven Stimmenkauf und andere Täuschungsmanöver in ihrem Sinn zu beeinflussen. Das alles geschah in der Absicht, einen Kandidaten gegen die Interessen des mexikanischen Volkes durchzubringen. Das Forum von São Paulo tritt dafür ein, dass die von fortschrittlichen Parteien erhobenen Vorwürfe gründlich untersucht werden.

40. Die wichtigste Schlacht ist die für den 7. Oktober angesetzte Wahl in Venezuela. (...)Das Forum von São Paulo ruft die fortschrittlichen und linken Kräfte dazu auf, die Demokratie in Venezuela zu stärken und die Destabilisierungsversuche der Rechten abzuwehren.

41. Das 18. Treffen des Forums von São Paulo ruft alle Völker dazu auf, gegen Neoliberalismus und Krieg zu kämpfen und eine Welt des Friedens, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit zu schaffen. **Eine andere Welt ist möglich und wir sind dabei, sie zu schaffen: eine sozialistische Welt.**

Alle Dokumente auf Spanisch:
http://forodesaopaulo.org/?p=1728

Übersetzung: Werner Horch

Eric Toussaint

Heute hat sich das Epizentrum der Alternativen von Lateinamerika nach Europa verlagert

Rede auf dem Jugendfestival von SYRIZA in Athen am 6.10.2012, dem Tag vor den Wahlen in Venezuela

Wir befinden uns in einer der schlimmsten Krisen des weltweiten kapitalistischen Systems. Allerdings: der Kapitalismus wird nicht eines natürlichen Todes in seinem Bett sterben. Die Krisen gehören zur Natur des Kapitalismus. Einzig das bewusste Handeln der Völker kann den Kapitalismus zerstören und überwinden und den Weg zum demokratischen Sozialismus öffnen.

Das griechische Volk befindet sich heute im Epizentrum der Krise des Kapitalismus.
Die Art und Weise, wie die griechische Bevölkerung mit ihren Aktionen dieser Krise widerstehen kann und ihr eine Antwort gibt, ist entscheidend für die Entwicklung einer internationalen Lösung. Ihr befindet Euch im Epizentrum sowohl der Krise als auch der Lösung dieser Krise.
Vor 6 oder 7 Jahren befand sich das Epizentrum der Alternative zum Kapitalismus in Südamerika, in Venezuela, Ecuador und Bolivien. Ab 2004 erklärte Hugo Chavez, dass er nicht mehr an den „Dritten Weg" glaube und meinte, dass ein „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" notwendig sei.
Heute hat sich das Epizentrum der Alternativen nach Europa verlagert. Die Bevölkerungen in Venezuela, Ecuador und Bolivien haben der Welt gezeigt,
- dass es durchaus möglich ist, der kapitalistischen Offensive zu widerstehen,
- dass eine Politik der Umverteilung der Reichtümer umgesetzt werden kann,
- dass große Unternehmen vergesellschaftet werden können,
- dass es schließlich unbedingt möglich und nötig ist, die Kontrolle über die Gemeingüter und die natürlichen Ressourcen wieder zu erlangen.

Das haben sie durchgeführt. Sie sind immer noch an der Regierung, und wir hoffen, dass Hugo Chavez morgen, am 7.Oktober, erneut als Präsident Venezuelas gewählt wird.

In Europa erleben wir jetzt einen historischen Moment. Niemals im Laufe der letzten 70 Jahre haben wir in den europäischen Ländern eine so brutale Offensive wie heute erlebt. Überall in Europa, nicht nur in Griechenland, werden die Schulden zum Vorwand genommen, um eine Politik der Haushaltskürzungen durchzusetzen. In Griechenland sehen wir deutlich die Ergebnisse dieser Politik in ihrer brutalsten Version, aber Griechenland stellt erst den Beginn einer Offensive dar, die auch die Bevölkerungen von Portugal, Irland, Spanien und anderen europäischen Ländern betrifft. Darum müssen wir eine solche Politik bekämpfen und unsere Anstrengungen bündeln, um die Zahlungen der illegitimen Schulden abzulehnen. Das ist ein grundlegendes Ziel für uns auf der Ebene des Kontinents.

Die griechische Bevölkerung hat Europa in den letzen Jahren etwas Wesentliches gezeigt. Zuerst hat die griechische Bevölkerung Widerstand geleistet, sich organisiert und an mindestens 14 Generalstreiks teilgenommen. Es ist allerdings auch von großer Bedeutung, dass die von SYRIZA vorgeschlagene radikale Initiative viele Stimmen bekommen hat, obwohl sie die Wahlen nicht gewonnen hat. Das ist eine grundlegende Lehre für den Rest Europas, wo die Linken viel zu oft zaghaft bleiben. Das Beispiel Griechenlands zeigt die Kraft einer vereinigten Linken, die eine Koalition von 12 unterschiedlichen politischen Organisationen gebildet hat und daran arbeitet, die Organisationen innerhalb von SYRIZA zu vereinigen.
Das Beispiel Griechenland zeigt: Wenn eine Partei oder eine Koalition NEIN sagt, d.h.: „wenn wir an die Regierung kommen, werden wir der Troika nicht gehorchen". Eine solche mutige und kämpferische Haltung kann die Unterstützung Vieler erreichen. Das ist eine Lehre für alle!
Die Reduzierung der griechischen Schulden im März 2012 ist allerdings ein Betrug und eine Falle. Es ist sehr wichtig, der internationalen öffentlichen Meinung zu zeigen, dass die Schulden von Griechenland gegenüber der Troika in Höhe von 150 Milliarden **illegitime** Schulden sind, die durch Aktionen der Bevölkerung zu annulieren sind – dank des Ungehorsams einer Volksregierung.

Es wird versucht, Euch davon zu überzeugen, dass ein Moratorium (Stoppen des Schuldendienstes) Chaos in das Land bringen würde. Drei Beispiele aus den letzten 10 Jahren widersprechen völlig der immer wiederholten Behauptung, dass es keine andere Lösung gibt als das Zurückzahlen der Schulden.

Argentinien hat im Dezember 2001 die Zurückzahlung der Schulden in Höhe von 90 Milliarden gestoppt. Seit 2003 gibt in Argentinien ein Wirtschaftswachstum von jährlich 4 bis 7 %.
Ecuador hat die Zahlung der Schulden zwischen Nov 2008 und Juni 2009 suspendiert und konnte bei seinen Gläubigern eine Verringerung seiner Schulden um 65% durchsetzen. Ecuador geht es wirtschaftlich sehr gut.
Island, dieses neoliberale Modell, hat im Sept. 2008 wegen des Bankrotts seines gesamten Bankensystems große Schwierigkeiten gehabt. Island hat damals die Rückzahlung der Schulden seiner Banken an das Vereinigte Königreich und die Niederlanden abgelehnt. Island geht es sehr gut mit einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 3%.

Klar ist, dass Griechenland weder Argentinien, noch Ecuador oder Island ist. Trotz der klaren Unterschiede kann man daraus Folgendes lernen:
Hier oder woanders gilt: wenn Regierungen, die von ihren Bevölkerungen unter Druck gesetzt werden, sich zu einem Moratorium von illegitimen Schulden entschließen, dann könne sie eine Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Bevölkerungen erreichen. Das ist nachahmenswert.
Klar ist allerdings, dass eine Streichung der Schulden notwendig, aber nicht hinreichend ist. Die Schulden Griechenlands zu annullieren, ohne die gesamte Wirtschaft umzugestalten und das ungerechte soziale und ökonomische Modell zu verändern, wird es Griechenland nicht ermöglichen, eine Alternative zugunsten der Bevölkerung aufzubauen. Die Suspendierung wie die Annullierung der Schulden ist notwendig. Aber zu einem alternativen Modell gehören unter anderem die Vergesellschaftung des Bankensystems und ein anderes Steuersystem, damit die Reichen mehr Steuern bezahlen und die Mehrwertsteuern auf lebensnotwendige Güter und Dienstleistungen reduziert werden.

Liebe Freudinnen und Freunde!
Die Geschichte ist nicht vorherbestimmt.
Mehrere Szenarien sind möglich.
Die aktuelle chaotische Situation kann noch jahrelang andauern und die Regierungen im Dienste der Banken können immer autoritärer werden. Auch ein schlimmeres Szenario ist möglich. Ein autoritäres neofaschistisches Szenario. Das ist eine große reelle Gefahr.
Es gibt allerdings auch noch 2 ganz andere Szenarien.
Unter dem Druck der Bevölkerung könnte es einen regulierten Kapitalismus geben, einen Kapitalismus wie in den Jahren 1950 bis 1960, einen keynesianischen Kapitalismus. Das ist die eine Möglichkeit.
Aber wenn wir heute Abend so zahlreich versammelt sind, dann deshalb, weil wir der Meinung sind, dass es sich nicht lohnt, unseren Kampf auf den Versuch zu beschränken, den Kapitalismus zu zügeln. Wir wollen den Kapitalismus überwinden!
Wir wollen einen demokratischen Sozialismus! Wir wollen einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts auf der Grundlage von Selbstverwaltung.
Es lebe der internationale Sozialismus.
Es lebe der Sozialismus in Selbstverwaltung.
Es lebe Syriza! Es lebe das griechische Volk!
Es lebe der Widerstand der Völker!
Es lebe die Revolution.

http://cadtm.org/VIDEO-Discours-d-Eric-Toussaint-13
Übersetzung: SiG-Redaktion

Tommaso Fattori
Florenz 10+10, 8.-11. November 2012
Kräfte vereinigen für ein anderes Europa

Im November treffen sich Vertreter/-innen europäischer sozialer Bewegungen in Florenz, um kontinentumspannende Reaktionen auf die Sparpolitik und die europäische Demokratiekrise zu planen.
Tommaso Fattori ruft uns auf, ***„Florenz 10 + 10“*** *Priorität zu geben.*

Wir erleben in Europa gerade besonders dramatische Zeiten. Die Demokratie liegt im Todeskampf, und wir können beobachten, wie auf nationaler und supranationaler Ebene postdemokratische Prozesse einsetzen. Die Führer/-innen der EU haben die Entscheidungsmacht in Bezug auf öffentliche Politik und Fiskalpolitik noch stärker in den Händen einer Oligarchie aus Regierungen, Technokratinnen und Technokraten und der Europäischen Zentralbank (EZB) konzentriert, die dem Diktat der Finanzmärkte untersteht. Der Neoliberalismus, die wahre Ursache der Krise, ist nicht nur nicht tot, sondern scheint sich vollkommen wohl zu fühlen: Er benutzt die Krise, um soziale Rechte und Arbeiterinnenrechte abzuschaffen und Gemeingüter, öffentliches Eigentum und öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren.

Und schließlich befindet sich die unglaublichste Propagandaoperation unserer Tage in vollem Gange: Staaten und „Märkte“ versuchen die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die öffentliche Verschuldung durch übermäßige Sozialausgaben und hohe Löhne verursacht worden sei. In Wirklichkeit hat der Finanzsektor die Krise ausgelöst, und das Haushaltsdefizit in der EU ist das Ergebnis der Krise und nicht ihre Ursache.

In einem solchen Moment ist eine starke gesellschaftliche Reaktion vonnöten: Wir müssen jetzt unbedingt handeln, unsere Kräfte vereinen und die Bedingungen für eine gemeinsame gesellschaftliche Reaktion und eine paneuropäische Mobilisierung herstellen. Es ist objektiv notwendig, einen europäischen Raum „strategischer Bündnisse“ zu schaffen, um gemeinsame Strategien und Initiativen auszuarbeiten und die Solidarität wiederherzustellen. Als die großen Wirtschaftsmächte und die „Troika“ (der Internationale Währungsfonds, die Europäische Kommission und die EZB) mit ihrem Angriff auf Griechenland begannen, waren wir anderen in Europa unfähig, eine gesellschaftliche Reaktion zu organisieren. Stattdessen beschränkten sich die Gruppen auf ihre jeweils eigenen Krisen und ihr eigenes Land und überließen Griechenland sich selbst. Das darf nie wieder passieren.

Das Ende der Zersplitterung

Wir müssen die momentane Zersplitterung unserer Kräfte überwinden. Im Allgemeinen sind wir uns über Analysen und Vorschläge einig – in Europa existieren inzwischen Hunderte einander ähnlicher Dokumente, Aufrufe und Erklärungen, die eine gute Grundlage für eine gemeinsame Plattform bilden –, aber wir müssen uns zusammenschließen.

Florenz 10 + 10 ist nur ein Beitrag zu einem allgemeineren Prozess. Wenn wir eine glaubwürdige soziale und wirtschaftliche Alternative aufbauen wollen, ist der kleinste notwendige Raum dafür heutzutage der europäische Raum. Es ist ein Fehler, die globale Dimension des Zusammenpralls von Kapital und Arbeit, Kapital und Natur, Kapital und Allgemeingütern zu unterschätzen. In Florenz wollen wir den echten sozialen Akteurinnen und Akteuren einen geeigneten Raum für Bündnisse und Strategien auf europäischer Ebene bieten und lokale Widerstandsformen und lokale Kämpfe verbinden.

Außerdem müssen wir die Mauer zwischen Ost- und Westeuropa niederreißen, indem wir Osteuropa und den Balkan vollständig in unseren Kampf miteinbeziehen. Und natürlich müssen wir Brücken zum südlichen Mittelmeerraum bauen, wo im Jahr 2013 das nächste Weltsozialforum stattfinden wird.

Und schließlich brauchen wir auch einen Langzeitplan. Genau deshalb lautet der Name 10 + 10 – zehn Jahre nach dem Europäischen Sozialforum (ESF) von 2002, aber vor allem „plus zehn“: Wir müssen eine gemeinsame Strategie und Vision für die nächsten zehn Jahre entwickeln und uns nicht auf Pläne für morgen oder für die nächsten politischen Wahlen beschränken. Es geht darum, zu verstehen, welchen Weg wir einschlagen wollen.

Nicht das ESF

Florenz 10 + 10 ist ein Experiment, das sich auf frühere Erfahrungen und Prozesse gründet: ein Raum, in dem man auf aktionsorientierte Weise alte Verbindungen wiederherstellen kann. Es ist kein ESF, auch wenn der „Vorwand“ für den Beginn des ganzen Prozesses eben das zehnte Jubiläum des ersten ESF war. Das ESF war ein außergewöhnlicher Moment bei der Konstruktion eines kontinentweiten politischen Kollektivs, das Analysen, Vorschläge und Lösungen zur Verfügung stellte. Wären sie in die Politik eingeflossen, hätten sie Europa und die ganze Welt davor bewahren können, in die schreckliche wirtschaftliche, umweltpolitische, soziale und demokratische Krise zu schlittern, die heute herrscht.

Zehn Jahre später wollen wir nicht das feiern, was wir damals hatten, und erst recht nicht Methoden wiederverwenden, die in die damalige Zeit und zu unserem damaligen Entwicklungsstand gehörten. Die sozialen Bewegungen haben sich verändert, es sind neue Akteurinnen und Akteure aufgetreten, es gab Niederlagen, aber auch Siege wie den der Bewegung für Wasser und Gemeingüter beim italienischen Referendum vor einem Jahr. Ganz sicher ist es nicht länger an der Zeit, unsere Kräfte auf Tausende von Workshops und Seminaren zu verwenden. Stattdessen sollten wir einen Kern starker gemeinsamer Aktionen und Initiativen schaffen.

Deshalb ist das Programm für Florenz 10 + 10 nicht einfach ein Raum, der mit Hunderten unzusammenhängender Initiativen gefüllt werden soll, oder eine Art „Sommerakademie“ für soziale Bewegungen. Ganz im Gegenteil: Beim internationalen Vorbereitungstreffen in Mailand haben wir gemeinsam die fünf wichtigsten „Bündnisräume“ (oder Fokusgebiete) festgestellt. Wir begannen dabei mit den Themen, an denen europäische Netzwerke und Koalitionen schon jetzt arbeiten.

Fünf Hauptgebiete

1) Demokratie
Netzwerke, soziale Bewegungen und Organisationen aus ganz Europa wollen sich dem von oben nach unten verlaufenden faktenschaffenden Prozess durch einen basisdemokratischen Prozess widersetzen, um einen demokratischen Pakt der Bürgerinnen und Bürger zu schließen: die

Grundlage für ein demokratisches Europa, in dem die Würde aller Menschen ungeachtet ihrer Herkunft respektiert wird und ihnen individuelle, kollektive, arbeitsbezogene und soziale Rechte zugesichert werden. Es geht auch darum, einen demokratischen Schutz gegen die rechten Kräfte, gegen Xenophobie, gegen die Zerstörung der Solidarität aufzubauen: Demokratie bedeutet auch, Solidarität wiederherzustellen.

2) **Finanzen/Schulden/ Kürzungsmaßnahmen**
Während Florenz 10 + 10 werden wir sowohl über öffentliche als auch über private Verschuldung sprechen, um neue Vorschläge für ein anderes europäisches Wirtschaftsmodell zu formulieren: eines, das frei von Finanzmärkten und Verschuldungsdiktaturen handeln kann, auf Solidarität basiert und die Bevölkerung an Beschlüssen beteiligt, die über unsere Zukunft entscheiden. So werden Kampagnen gegen die Kürzungspolitik und den Europäischen Fiskalpakt und Kampagnen für Schuldenaudits und -tribunale zusammengebracht werden.

3) Arbeitsbezogene und soziale Rechte
Arbeitsbezogene Rechte lassen sich nicht von sozialen Rechten im Allgemeinen trennen, und wir müssen konkrete Alternativen vorschlagen, um allen Menschen ein Leben in Würde und einen Beruf mit Zukunft zu ermöglichen. Es sollen viele verschiedene Vorschläge diskutiert werden, darunter auch ein allgemeines Mindestgrundeinkommen.

4) Gemeingüter und öffentliche Dienstleistungen
Dieser „Bündnisraum" kombiniert viele Themen, die mit unseren natürlichen, sozialen und digitalen Gemeingütern und öffentlichen Dienstleistungen zu tun haben, etwa Land, Nahrung, Wasser, Energie, aber auch soziale Rechte, Bildung und Wissen. Außerdem thematisiert und widerlegt dieser Bereich die Post-Rio-Agenda zum Thema umweltfreundliche Wirtschaft, Finanzialisierung der Natur und unnötige Infrastrukturanlagen in großem Maßstab, von denen behauptet wird, sie würden uns aus der Krise helfen. Das Ziel ist es, eine gemeinsame Grundlage zu finden und gemeinsame strategische Aktionen zu entwickeln. Außerdem wollen wir konkrete solidarische Lösungen für Menschen finden, die gerade jetzt vor Ort kämpfen, um ihre öffentlichen Dienstleistungen und Gemeingüter vor Privatisierung und Kommerzialisierung zu schützen.

5) Europa im Mittelmeerraum und in der Welt
Dieser Bündnisraum gründet sich auf einige fundamentale Elemente: die notwendige Aufgeschlossenheit Europas; Kooperation, Solidarität und fairer Handel; Frieden und soziale Gerechtigkeit; die Unterstützung sozialer Kämpfe für Demokratie und Menschenrechte (die arabischen Revolutionen, der Kampf gegen Besatzung – etwa in den palästinensischen Autonomiegebieten und der Westsahara – und die Rechte ganzer Völker, etwa der Kurden). Weiterhin werden Strategien gegen die Militarisierung des Mittelmeerraums diskutiert werden.

Konkrete Ergebnisse

Bei optimalem Verlauf könnte Florenz 10 + 10
- Kernvorschläge für das weitere Handeln erbringen (die Kombination der Ergebnisse aller fünf „Bündnisräume")
- und Anfang des Jahres 2013 eine Art großer gemeinsamer europäischer Mobilisierung in Gang setzen. Eine kontinentumspannende Demonstration? Eine internationale Kundgebung in Brüssel? Einen europäischen Streik?
Wir sollten zumindest versuchen, etwas zu finden, was wir alle zusammen tun können.

Gleichzeitig möchten wir eine dritte Ebene erstellen: Wir wollen zusammen einen mittel- bis langfristigen Prozess beginnen. Zu den wichtigsten Ideen und Vorschlägen gehört ein „Alternativgipfel" in Form eines Prozesses, der im November beginnen und in mehreren Stadien ablaufen wird. Dazu gehören mehrere Mobilisierungen und ein Kulminationspunkt im Spätfrühling 2013, vermutlich in Athen.

Hinter der Initiative steht inzwischen ein riesiges Spektrum sozialer Akteurinnen und Akteure, etwa soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Bürgerinnengruppen und -initiativen (z. B. für Umweltschutz oder Kultur), Studierendenorganisationen, feministische Gruppen und individuelle Aktivistinnen und Aktivisten.

In Florenz werden viele schon vorhandene Prozesse zusammenkommen: Es gibt das erste Treffen des „European Water Commons Movement"; eine große Versammlung von Aktivistinnen und Aktivisten für Demokratie, bei der sehr unterschiedliche Akteurinnen und Akteure zusammentreffen werden (etwa 15M aus Spanien und Blockupy Frankfurt); das Treffen verschiedener Koalitionen, die zum Thema Finanzen und Verschuldung arbeiten; das Treffen kritischer Ökonominen und Ökonomen und viele andere.

Florenz 10 + 10 stellt eine Chance und einen Beitrag für einen größeren Prozess. Vielleicht ist es kein perfekter Prozess, und bis November dauert es nicht mehr lange, aber unsere Gegner/-innen – die Wirtschafts- und Finanzmächte, die Technokratinnen und Technokraten – sind sehr schnell, und unsere Bewegung ist zurzeit zu langsam und zu zersplittert.

Tommaso Fattori ist ein italienischer Aktivist gegen Privatisierung und ein Mitglied des Organisationskomitees für Florenz 10 + 10. Mehr zu Florenz 10 + 10 unter: www.firenze1010.eu http://www.firenze1010.eu/index.php/en/homepage/10-news/136-article-on-redpepper-org
Übersetzung: coorditrad /Korrektur: Werner Horch

14. November 2012: Generalstreik in Südeuropa

Europaweiter Streik-, Aktions- und Solidaritätstag

Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)
Erklärung des EGB-Exekutivausschusses vom 17. Oktober 2012

1. Der EGB-Exekutivausschuss beschloss bei seiner Sitzung am 17. Oktober 2012 einen Aufruf zu einem Aktions- und Solidaritätstag. Er soll am 14. November 2012 stattfinden und Streiks, Demonstrationen, Versammlungen und andere Aktionen beinhalten. Ziel ist es, die europäische Gewerkschaftsbewegung für eine Unterstützung der EGB-Politik zu mobilisieren, wie sie im europäischen Sozialpakt formuliert ist.

2. Der Ausschuss erklärt seinen entschiedenen Widerstand gegen die Kürzungsmaßnahmen, die Europa in eine wirtschaftliche Stagnation, ja eine Rezession treiben, sowie gegen die fortdauernde Zerstörung des europäischen Sozialstaatsmodells. Diese Maßnahmen sind weit davon entfernt, Vertrauen wiederherzustellen, und führen nur zu einer Vergrößerung der Ungleichgewichte und begünstigen Ungerechtigkeit.

3. Der Exekutivausschuss befürwortet zwar eine solide Haushaltsführung, ist jedoch davon überzeugt, dass die Rezession nur gestoppt werden kann, wenn Haushaltsbeschränkungen gelockert und Ungleichgewichte beseitigt werden und darauf hingewirkt wird, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erreichen, den sozialen Zusammenhalt zu fördern und die in der Grundrechtecharta niedergelegten Werte zu achten.

4. Die Haushaltskonsolidierung hatte schlimmere Auswirkungen, als von Institutionen wie der Europäischen Kommission und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) erwartet worden waren. Der IWF räumt mittlerweile sogar ein, dass die Auswirkungen der Kürzungsmaßnahmen auf das Wachstum völlig falsch eingeschätzt wurden. Diese Fehleinschätzung hat erhebliche negative Auswirkungen auf das tägliche Leben der vom EGB vertretenen Arbeiter/-innen und Bürger/-innen und stellt die mit dem Fiskalpakt vorangetriebene und von der Troika auferlegte Austeritätspolitik komplett infrage.

5. Der Exekutivausschuss konstatiert einen wachsenden Widerstand der Bürger/-innen und Arbeiter/-innen in den betroffenen Ländern und bekräftigt seine Unterstützung der Mitgliedsgewerkschaften im Kampf um menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Situation ist auf eine mangelnde Koordination der Wirtschaftspolitik und das Fehlen sozialer Mindeststandards für ganz Europa zurückzuführen. Das beförderte im Zusammenspiel mit einem freien Kapitalverkehr einen zügellosen Wettbewerb zwischen den Staaten, vor allem auf den Gebieten Besteuerung, Arbeitskosten und Sozialleistungen.

6. Die Mitglieder des Exekutivausschusses wiederholen, dass der gesellschaftliche Dialog und Tarifverhandlungen ein zentraler Bestandteil des europäischen Sozialstaatsmodells sind. Sie widersetzen sich energisch den Frontalangriffen auf solche Rechte, auf nationaler und auf europäischer Ebene, und fordern die sofortige Annahme und Umsetzung der zurzeit vom Rat behandelten europäischen Sozialpartnerschaftsvereinbarung.

7. Sie erinnern daran, das die Union vertraglich an Folgendes gebunden ist: „*Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin*.“ Sie erinnern außerdem daran, dass die Befürwortung des Lissabonvertrags durch den EGB hauptsächlich von der Verfolgung dieser Ziele abhing.

8. Sie nehmen zur Kenntnis, dass in den Institutionen und Regierungen derzeit Überlegungen über die Erforderlichkeit weiterer Vertragsänderungen angestellt werden. Ein Richtungswechsel ist notwendig. Eine Lösung der Krise in Übereinstimmung mit den drei Eckpunkten des vom EGB vorgeschlagenen und zunehmende Unterstützung erfahrenden europäischen Sozialpakts sollte Priorität genießen. Er beinhaltet den gesellschaftlichen Dialog und Tarifverhandlungen, eine auf nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Beschäftigung ausgerichtete Wirtschaftspolitik sowie wirtschaftliche, steuerliche und soziale Gerechtigkeit.

9. Sie betonen, dass aktive Solidarität, sozialer Fortschritt und demokratische Verantwortung integrale Bestandteile des europäischen Projekts sein müssen. Sie halten es für unerlässlich, dass das Ziel sozialer Fortschritt ein integraler und operativer Bestandteil jedes neuen Vertrags ist. Der EGB wird jeden weiteren Schritt zur europäischen Integration auf dieser Grundlage prüfen.

http://www.etuc.org/a/10439

europäischer Sozialpakt des EGB:
http://www.etuc.org/a/10141

Aus dem Englischen übersetzt von Werner Horch

Attac Deutschland

Macht am 14.November mit!

Aufruf der Projektgruppe Eurokrise und des Koordinierungskreises , 26.10.2012

Liebe Leute in und um Attac,

macht mit beim europäischen Aktions- und Solidaritätstag am 14. November. Stärkt den südeuropäischen Generalstreik und die europaweiten Proteste gegen die desaströse Krisenpolitik!

Am 14. November wird in Portugal, Spanien, Zypern, Malta und vielleicht auch in Italien gestreikt: Ein eintägiger (süd)europäischer Generalstreik aus Protest gegen die Austeritätspolitik der EU.

Der Vorschlag dazu kam von der portugiesischen CGTP, der zypriotische Gewerkschaftsbund hatte als erster ebenfalls zum 14. November aufgerufen, nun haben sich auch die beiden größten Verbände Spaniens, CCOO und UGT dafür ausgesprochen.

Die Gewerkschaften Griechenlands haben bereits für den 18. November zum Generalstreik aufgerufen, sollen aber jetzt bewegt werden, diese Aktion ebenfalls auf den 14. November vorzuziehen.

In verschiedenen Föderationen Italiens wird dies ebenfalls diskutiert. Der Exekutivausschuss des Europäischen Gewerkschaftsbundes erklärt den 14. November zum Aktions- und Solidaritätstag, der Streiks, Demonstrationen, Versammlungen und andere Aktionen beinhalten soll.

Die Blockupy-Aktionsberatung am 21.10. in Frankfurt hat zu Solidaritätsaktionen überall in Deutschland aufgerufen. Attac Deutschland wird sich an diesen Aktivitäten beteiligen. Die bundesweiten AGen und Gremien werden ihren Beitrag leisten.

Die Gruppen vor Ort bitten wir:

- Sprecht eure örtlichen Gewerkschaften an!
- Aktiviert die lokalen Umfairteilen-Bündnisse!
- Bildet wenn nötig neue Aktionsbündnisse!
- Organisiert örtliche Kundgebungen, Mahnwachen, Flashmobs oder was immer euch möglich ist!

Die Krise und das autoritäre Krisenmanagement der EU sind keine Probleme nur Südeuropas; sie gehen wesentlich auf die imperiale Politik der Bundesregierung zurück und erfordern eine Antwort in Deutschland!

http://www.attac.at/kampagnen/solidarisch-aus-der-eurokrise/veranstaltungen/europ-generalstreik-1411.html

__Italien__: Der __italienische Gewerkschaftsbund CGIL__ ruft zu einem 4 stündigen Generalstreik auf,
http://www.labournet.de/internationales/it/krise.html
__Frankreich__: ertsmals seit langem einigen sich 5 französische Verbände zu einem gemeinsamen Aktionsaufruf am 14. November,
http://www.labournet.de/internationales/fr/politik.html
http://www.france.attac.org/evenement/14-novembre-mobilisation-europeenne-contre-lausterite
in __Spanien__ ruft die asturische CSI ebenfalls zur Beteiligung, http://www.labournet.de/internationales/es/gewerkschaft.html
in __Portugal__ reihen sich erste UGT-Einzelgewerkschaften in die Streikreihen ein,
http://www.labournet.de/internationales/pt/empoerung.html
in __Belgien__ rufen die Gewerkschaftsjugend des FTGB und die Brüsseler Metallgewerkschaft zur Beteiligung am Generalstreik auf,
http://www.labournet.de/internationales/be/index.html
und in __England__ das Netzwerk der Shop Stewards zu den massivsten Aktionen, die jeweils möglich seien.
http://www.labournet.de/internationales/gb/krise.html
***Weitere Infos:** http://www.labournet.de/internationales/europa/index.html*

Proteste überall in Europa

Wir dokumentieren nur einige der vielfältigen Proteste

Spanien: Am 25. September protestierten gegen die Kürzungspolitik der Regierung von Ministerpräsident Mariano Rajoy:

Trotz der vorweggenommenen Kriminalisierung kamen 50 000 bis 100 000 Menschen nach Madrid, um in einem Sternmarsch von drei Plätzen ausgehend auf das Parlamentsgebäude zuzugehen und dessen Zugänge zu blockieren. Die Polizei verhinderte das mit einem brutalen Einsatz gegen die Demonstranten
Dazu aufgerufen hatte die Bewegung der »Empörten«, die durch verschiedene Bündnisse und Organisationen, wie die »Koordination 25. September« und die Plattform »Aufrecht stehen« repräsentiert wurde.

Portugal: http://blog.attac.de/?cat=222, http://www.labournet.de/internationales/pt/krise.html

Großbritannien: 150 000 Menschen demonstrieren am 20.Oktober (Aufruf der TUC)

Erklärung, in Guardian erschienen: *„Europa gerät immer tiefer in die Krise. Seine Regierungen setzen ihre gescheiterte Sparpolitik weiter fort, trotz der zunehmenden Kämpfe der Völker Europas zur Verteidigung der sozialen und wirtschaftlichen Fortschritte vieler Jahrzehnte. Die Wirtschaftskrise hat sich zunehmend in eine soziale und politische Krise verwandelt in der die Menschen Armut, Hunger und sogar Tod gegenüberstehen. Diejenigen, die sich dieser Sparpolitik widersetzen, müssen zusammenarbeiten gegen diese Politik, die die Mehrheit unserer Bevölkerung Not und Elend ausliefern.* ***Deshalb sind wir nach London gekommen um morgen an der TUC Demonstration teilzunehmen um gemeinsan für die Menschen in diesem Land, gegen die Sparpolitik und für eine Zukunft einzutreten***. Stefanos Samoilis MP Syriza, Greece, Marisa Mathias MEP Bloco de Esquerda, Portugal, Florian Wilde Die Linke, Germany, Elisabeth Gauthier French Communist party, Giorgos Charisis ADEDY union federation, Greece, Haralambos Kokkinos Vice-president, DOE, Greece, Dimitris Gkinis OLME union, Greece, Annick Coupe Solidaire union, France, Dominique Giannotti FSU union, France, Alfons Bech Comissions Obreres of Catalonia, Spain, Anders Svensson Welfare not Profit, Sweden, **Verveine Angeli Attac France**, Christian Pigeon SUD PTT, France, Nicolas Galepides SUD PTT France, Fred Madelin SUD PTT France, Myriam Djegham Les Comités action contre l'Austérité en Europe, Belgium, Athanasios Kikinis DOE, Greece, Loukas Korfiatis OLME union, Greece, Myriam Bourgy Committee for the Abolition of Third World Debt, Belgium
http://cooptv.wordpress.com/2012/10/21/tuc-demonstration-gegen-kurzungspolitik-in-london-20-okt-12/

Videos:http://www.coalitionofresistance.org.uk/2012/10/video-oct20-voices/ , http://www.guardian.co.uk/politics/video/2012/oct/21/protest-tuc-rally-london-video , Fotos: http://afuturethatworks.org/thanks-for-marching-with-us/#more-615

Konferenz am 21. Oktober in London: Europa against austerity, http://www.coalitionofresistance.org.uk/

Frankreich: Demonstration in Paris gegen den Fiskalpakt am 30.9.

In einer "Blitzkampagne" (Ende August begonnen, http://www.france.attac.org/articles/la-declaration-unitaire-de-campagne) hat also ein breites Bündnis es geschafft, 80 000 Menschen zu mobilisieren.
http://www.youtube.com/user/chrisdenhond
http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=PO6OQnMBzyU
Am 8. Oktober fand in Paris eine europäische Konferenz statt, Ergebnisse hier:
http://www.france.attac.org/videos/videos-du-meeting-europeen-unitaire

Griechenland: 9. Oktober: Zehntausende besetzen Syntagma-Platz in Athen

http://blog.attac.de/?p=1361, http://blog.attac.de/?cat=4
Mehrere Interviews: http://www.kontext-tv.de/sendung/05102012/griechenland-frangakis/soziale-krise-rettungspakete
http://www.kontext-tv.de/sendung/05102012/griechenland-frangakis/privatisierung-treuhand
http://www.kontext-tv.de/sendung/05102012/griechenland-frangakis/syriza-widerstand-polizei-gewalt
„Wir sind alle Griechen" - Delegation von belgischen Gewerkschaftsmitgliedern am 18/10/2012.
http://www.metallos.be/pages/boite-a-outils/videos-dossiers-en-images/nous-sommes-tous-des-grecs

Deutschland, 29.9.

Demonstrationen „Umfairteilen",

http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten (29.9.2012)

Vortrag von Prof. Hartmann: Arm und reich in Deutschland
http://www.tele-akademie.de/begleit/video_ta121021.php
(Herrschafts-)Eliten in Europa - Bilderberger & Co. Beiträge auf der Attac-Sommerakademie in Mainz:
http://www.youtube.com/watch?v=AAyYRyL_lfU&feature=relmfu

Werner Rätz

Ziviler Ungehorsam und Blockupy

Der relative Erfolg der beiden Bündnisse „Blockupy" und „UmFAIRteilen" hat für Attac eine schwierige Situation geschaffen. Blockupy war ein Bündnis von linken und linksradikalen Organisationen, auch wenn es vielfältige Bemühungen gegeben hatte, es in die bürgerlich-liberale und gewerkschaftliche Linke hinein zu erweitern. UmFAIRteilen umfasst fast ausschließlich Organisationen aus diesem bei Blockupy fehlenden Spektrum, darunter einige sehr große und einflussreiche. Gerade die Sozialverbände hatten sich bisher sehr schwer damit getan, zu Themen der ökonomischen Gerechtigkeit und Umverteilung Stellung zu beziehen oder gar offensiv auf die Straße zu mobilisieren. Nun tun sie es, aber sie tun es mit ihren eigenen, aus Attac-Sicht oft sehr vorsichtigen Positionen.

Die beiden Bündnisse sind nach politischen Spektren sozusagen spiegelbildlich aufgestellt mit nur sehr wenigen Organisationen außer uns als Bindeglied. Und anders als bei der G8-Mobilisierung 2007 in Heiligendamm, wo es zumindest formal eine gemeinsame Koordinierung gab, agieren die beiden aktuellen Bündnisse formal und real getrennt voneinander. UmFAIRteilen-Partner haben sich deutlich von Blockupy ferngehalten, aus dem Blockupy-Spektrum kommt klare Kritik an der geringen Reichweite der UmFAIRteilen-Forderungen und ihrer Kompatibilität mit rot-grünen Wahlkampfpositionen.

Linkes Kräftesammeln

Obwohl bei beiden der politische Schwerpunkt links der Mitte des jeweiligen Bündnisses liegt, sie also das Potenzial hätten, in ihren jeweiligen Spektren die Mitte nach links zu verschieben, resultiert daraus keine Gemeinsamkeit. Das war auch nicht das Ziel von Blockupy gewesen. Es ging vielmehr um eine eigenständige linke Handlungsfähigkeit angesichts der Krise. Die sollte schon so breite Teile der Linken einbeziehen wie möglich, gerne auch die Teile der Partei die LINKE oder anderer, die dazu bereit sein würden. Aber wir wollten uns bewusst nicht schon von vorne herein durch Kompromisse mit sozialdemokratisch orientierten Großorganisationen lähmen, die nach allen bisherigen Erfahrungen dann letztlich real doch nicht mitziehen würden. Es ging also mehr um ein linkes Kräftesammeln als um eine Demonstration der gesellschaftlichen Breite.

Eine solche würde auch kaum möglich sein, sitzt doch das offiziell propagierte Krisenverständnis (viele haben über ihre Verhältnisse gelebt und nun muss gespart werden) sehr tief in den Köpfen. Auch der Umfairteilen-Aktionstag am 29. September hat nicht mehr Menschen auf die Straße gebracht als die seinerzeitigen Wir-zahlen-nicht-für-eure-Krise-Demos. Obwohl Attac also gute Gründe hatte, die Blockupy-Strategie mitzutragen, war es für uns als Netzwerk, das auch weit in die bürgerlich-liberale Linke hineinreicht, unverzichtbar, ebenfalls den Versuch zu unternehmen, in diesen Zusammenhängen etwas zu bewegen. Da galt in Bezug auf die Parteien: Würde es gelingen, Teile ihres Umfeldes so mitzunehmen, dass von links Druck auf SPD und Grüne entsteht, wäre das gut. So nachvollziehbar diese Überlegung ist, so offensichtlich das Problem, dass es nicht die linken Kräfte sind, die die Wirkung eines solchen Bündnisses bestimmen, sondern die großen. Und deren Positionen sind eher so, dass sie sich für ein sozialdemokratisches Links-blinken-und-rechts-abbiegen besser eignen als für realen politischen Druck.

Mangelndes Verständnis der Krise

Dabei geht es nicht einmal darum, den einzelnen Verantwortlichen in den Großorganisationen mangelnden Willen zu unterstellen. Vielmehr scheitern wir in der Öffentlichkeit immer wieder am mangelnden Verständnis der Radikalität der kapitalistischen Krise. Auch radikale Protestformen sind hierzulande durchaus mehrheitsfähig, sei es wie im Anti-AKW-Bereich so, dass wenige blockieren oder schottern und viele das gut finden, oder wie in Stuttgart21 so, dass sehr viele selbst ungehorsam werden, oder wie bei der Abwehr der Rechten eine Mischung daraus. Beim Atomprogramm, dem neuen Bahnhof, den Nazidemos ist es klar, dass das Thema radikal gebrochen ist, dass es ein Entweder-Oder gibt. Bisher ist es nicht gelungen, diese Einsicht auf das wirtschaftspolitische Feld zu übertragen.

Die Aufgabe ist also deutlich: Es müssen Inhalte und Forderungen entwickelt werden, die über Einzelaspekte hinausgehen, die ökonomisch und gesellschaftlich eine Alternative zu den bestehenden Verhältnissen darstellen. Vermögensabgabe und Vermögensteuer allein sind das sicher noch nicht, können aber einen Einstieg bilden und Umfairteilen einen Rahmen. Es ist weiterhin notwendig, die europäische Dimension des Ganzen zu betonen. Da geht es nicht nur darum, dass tatsächlich das herrschende Krisenmanagement anderswo in Europa seine zerstörerische Wirkung viel stärker entfaltet als in Deutschland, sondern mehr noch darum, reaktionäre nationalistische Lösungen abzuwehren. Da haben beide Bündnisse Anfänge gemacht, das muss weitergehen. Und schließlich wird der Bruch deutlich werden müssen, den die Krise und der Umgang der Eliten damit durch die Gesellschaft zieht.
Aktionsformen, Inhalte und Forderungen müssen angemessen sein und die Hoffnung bieten, auch die Kraft zur Durchsetzungsfähigkeit zu erreichen. Dabei spielt der Zivile Ungehorsam eine wesentliche Rolle und Blockupy hat ihn in Deutschland und im restlichen Europa ein Stück weit plausibel gemacht. Also: Auf zum nächsten Blockupy!

Werner Rätz ist beim globalisierungskritischen Netzwerk Attac engagiert und dort Ansprechpartner der AG „Genug für Alle".
http://www.neues-deutschland.de/rubrik/in-bewegung (Debatte zur Zukunft der Proteste gegen die Krisenpolitik)

***Treffen von Blockupy in Frankfurt** – 20. und 21. Oktober 2012 **: Ergebnisse hier:** www.blockupy-frankfurt.org*

http://www.die-soziale-bewegung.de/

***„Gegen Niedriglöhne und Minijobs!** Die schwarz-gelbe Koalition hat die Einkommensgrenze für Minijobs auf 450 Euro ab 1.Januar 2013 angehoben. „Statt den Niedriglohnsektor einzudämmen, will die Koalition ihn auch noch ausweiten", kritisierte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. MinijobberInnen gehören zu den Hauptrisikogruppen für Altersarmut. (...)DGB ist für Sozialversicherungspflicht ab dem ersten verdienten Euro." http://www.dgb.de/themen/++co++8a5f5cbe-19d5-11e2-977d-00188b4dc422*

Attac Österreich zum Amnesty-Report: Kürzungspolitik nur noch mit Gewalt durchsetzbar

25.10.2012: Europäische Attac-Vertreter bestätigen brutale Polizei-Repressionen

Wie ein heute in Madrid präsentierter Bericht* von Amnesty International belegt, ist die wachsende Polizeigewalt in den von Kürzungspolitik am stärksten betroffenen europäischen Ländern erschreckend. Attac-Österreich Obfrau Alexandra Strickner: „*Diese Politik hat längst jede Mehrheit in der Bevölkerung verloren und kann nur noch mit Gewalt durchgesetzt werden. Sie ist daher nicht nur sozial ungerecht und ökonomisch falsch, sondern auch undemokratisch. Die EU-Eliten - darunter auch die österreichische Bundesregierung - treiben die breite Bevölkerung in die Armut, während sie Vermögende und Banken retten und schützen*."

Thanos Contargyris, Vertreter Griechenlands im europäischen Attac-Netzwerk, erklärt: „*Die Fakten des Amnesty-Reports bestätigen, was wir alle seit Mai 2010 bei den vielen Demonstrationen gegen die Kürzungspolitik beobachten. Polizeigewalt ist zum Regelfall geworden. Der zweimalige Tränengasangriff auf den populären 90jährigen Widerstandskämpfer Manolis Glezos ist nur einer der bekanntesten Fälle. Die unveröffentlichten Übergriffe sind zahlreich und nehmen weiter zu. Ich selbst habe erlebt, wie es Polizisten von ihren Vorgesetzten überlassen wurde nach eigenem Ermessen gewaltsam gegen Demonstranten vorzugehen, Jene, die die Vorgesetzten auf diese Übergriffe hinwiesen wurden verhaftet.*"

Auch Attac Spanien verurteilt die zahlreichen brutalen Polizeiaktionen bei friedlichen Demonstrationen. Vertreter von Attac Spanien sind zunehmender gewalt-tätiger Repression und Eskalation seitens der Polizei ausgesetzt – zuletzt bei den Großdemonstrationen im September 2012. Am 25. September wurden hunderte friedliche Demonstranten vor dem Parlament von über 1200 Polizisten verprügelt und verhaftet, wie zahlreiche Videos dokumentieren*. Die gewaltsamen Übergriffe wurden sogar in U-Bahnstationen und Zügen fortgeführt. 64 Personen wurden dabei verletzt. Gleichzeitig plant die spanische Regierung eine Gesetzesänderung, mit der Videoaufnahmen von Polizisten "in Ausübung ihrer Funktion" verboten werden sollen. Dabei haben es genau diese Videos ermöglicht, die brutalen Interventionen der Polizisten zu beweisen. Diese Gesetzesänderung reiht sich in eine Folge von Maßnahmen, mit denen friedlicher Widerstand während Versammlungen und Demonstrationen strafbar gemacht werden soll.

„*In den von der Troika überwachten Ländern zeigt der autoritäre Neoliberalismus sein wahres Gesicht*", erklärt Luis Bernado von Attac Portugal. „*In Portugal werden zahlreiche soziale Bewegungen vom Geheimdienst überwacht und kriminalisiert. Die Polizei hat die Verfassungsrechte mehrfach verletzt, indem sie Demonstranten gefilmt und Journalisten geschlagen hat. Demonstranten wurden identifiziert sowie dazu gezwungen sich schuldig zu bekennen und unverhältnismäßige Strafen zu bezahlen. Gesetze gelten mittlerweile nicht mehr: In Portugal findet de facto ein Staatsstreich gegen die Verfassung statt. Nur ein gemeinsamer internationaler Aufschrei der Menschen in Europa kann die zunehmende Aushöhlung von Demokratie und Recht stoppen*."

Attac fordert völlige Umkehr der EU-Wirtschaftspolitik

Das europäische Attac Netzwerk fordert eine völlige Umkehr der desaströsen europäischen Krisenpolitik: Parallel zur überfälligen Regulierung der Finanzmärkte, einer koordinierten Einführung von Vermögens- und höheren Kapitalertragssteuern und einer solidarischen europäischen Wirtschaftspolitik fordert Attac einen direkten Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB ohne Zwischenschaltung von Banken in einem klar abgegrenzten Rahmen.

Videos über Spanien:
politica.elpais.com/politica/2012/09/25/videos/1348598774_223764.html
http://www.youtube.com/verify_age?next_url=/watch%3Fv%3DUDCRgqspmyU

*** Presseaussendung von Amnesty Österreich:**
EU: Polizeigewalt bei Demonstrationen gegen geplante Sparmaßnahmen nimmt zu
http://www.amnesty.at/service_links/presse/pressemitteilungen/eu_polizeigewalt_bei_demonstrationen_gegen_geplante_sparmassnahmen_nimmt_zu/

Attac Spanien

Demokratie aus den Händen der Finanzmärkte retten

26.9.2012

Dies ist eine dringende Bewertung von Attac Spanien zu den gestrigen Ereignissen; nach einer fast schlaflosen Nacht in Madrid:

1. Attac Spanien fordert die sofortige Freilassung seines Mitglieds, Miguel Quinteiro von Attac Galizien, der gestern während der Ausübung seines Grundrechts auf friedliche Demonstration während der Proteste vor dem Parlament festgenommen wurde.

2. Attac Spanien verurteilt die Manipulation der Teilnehmer_innenzahlen durch die Regierung. Nach unserer Schätzung, basierend auf anderen vergleichbaren Protesten, waren zu verschiedenen Zeiten des Tages zwischen 50.000 und 100.000 Menschen am Parlamentsgebäude.

3. Attac Spanien stellt fest, dass diese hohe Teilnehmer_innenzahl trotz der Androhung von Regierungsseite, Teilnehmer_innen hätten mit ein bis drei Jahren Gefängnis zu rechnen, ein großer Erfolg ist. Diese Drohung wurde in den letzten Tagen wiederholt erneuert. Wir verurteilen die Einschüchterungskampagne der spanischen Regierung ebenso wie die Polizeibrutalität gegen friedliche Demonstrant_innen. Diese Polizeistrategie ist für die vielen Verletzten verantwortlich, ebenso hat sie dabei versagt, den Artikel 21 unserer Verfassung zu gewährleisten: "das Recht auf Versammlung, friedlich und ohne Waffen. Die Ausübung dieses Rechts bedarf keiner vorherigen Anmeldung."

4. Die Botschaft der gestrigen Demonstration und zahlloser früherer Aktionen, die die mangelne soziale Legitimation für die aktuellen Kürzungsmaßnahmen in den Vordergrund stellten, war die Notwendigkeit, die Demokratie aus den Händen der Finanzmärkte zu retten. Ungeachtet der Unterschiede in Strategie und Analyse zwischen den verschiedenen sozialen Bewegungen wird das wesentliche Anliegen dieser Proteste weitgehend von den sozialen Bewegungen und der Occupy-Bewegung geteilt: den Menschen ihre Souveränität wiederzugeben, die ihnen von den Finanzmärkten geraubt wurde. Attac Spanien teilt dieses Anliegen und stellt fest, dass dies nicht möglich sein wird, solange Demokratie nur dem Namen nach existiert.

In Solidarität,-Attac Spanien
http://www.attac.de/startseite/detailansicht/datum/2012/09/26/50000-bis-100000-in-madrid-vor-dem-parlament/?no_cache=1&cHash=4a3445c5e36bedb96194c6aa482ea847

Dr. Christian Christen, Prof. Dr. Elmar Altvater, Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, PD Dr. Ralf Ptak, Dr. Werner Rügemer und Dr. Thomas Sablowski

„Eine andere Welt ist möglich“ aus der rechten Ecke?

Neoliberalismus, Eurokrise und Rechtspopulismus

Schon bei der Herausbildung der globalisierungskritischen Bewegung am Ende der 1990er Jahre wurde deutlich, dass eine soziale, politische, ökonomische wie kulturelle Kritik nicht automatisch emanzipatorisch sein muss. Die in einfachen Parolen verpackte Kritik an herrschenden „Zuständen“, der „Globalisierung“ oder der „Entmachtung der Politik durch den Markt“ findet sich fast deckungsgleich im politischen Spektrum von **links** bis weit **rechts**. Ebenso lässt sich der bekannte Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ aus der rechten Ecke vortragen und über die Zeit gab es auch praktisch immer wieder solche Versuche. Und nicht zu vergessen: ein ähnlicher Anspruch unterliegt dem Neoliberalismus, der seinerseits eine „andere Welt“ erschaffen will.

Selbstverständlich sind die Vorstellungen über die „andere Welt“ und die Mittel und Ziele, sie zu erreichen, vollkommen verschieden. Es bleibt also richtig, dass sich ATTAC mit der Gründung klar nach rechts abgrenzte und nationalistische, antisemitische, rassistische und sexistische Positionen verurteilt und ausschließt.
Wichtig bleibt diese Abgrenzung bis heute aus drei entscheidenden Gründen: **Erstens** haben Parteien und Gruppierungen bis weit in die extreme Rechte und das rechtspopulistische Lager ihre eigene Kritik an der Globalisierung, den Finanzmärkten, am „angelsächsischen“ Kapitalismus, der Konzernherrschaft, der Europäischen Union uvm. stetig ausgebaut und vorgetragen. Mehr oder weniger erfolgreich nutzten sie so u.a. die öffentliche Aufmerksamkeit für die globalisierungskritische Bewegung für eigene Zwecke und ihre bessere Positionierung. Parallel dazu gab es in ganz Europa immer wieder auch Versuche aus dem Lager der extremen Rechten, die globalisierungskritische Bewegung direkt personell zu unterwandern, Querfront-strategien zu fördern oder die Bewegung für sich zu vereinnahmen.
Zweitens findet sich in allen sozialen Bewegungen ein vielfältiges Meinungsspektrum. Die Beteiligten haben unterschiedliche Zugänge, Sichtweisen und geben deshalb verschiedene Antworten auf gesellschaftliche Fragen. Folglich ist eine ständige inhaltliche Profilierung und kritische Reflexion der eigenen Positionen u.a. bezüglich der Anschlussfähigkeit an anti-emanzipatorische Argumente, deren Sprachbilder und öffentliche Kampagnen geboten.
Schließlich ist **drittens** ein zentraler Bezugspunkt von ATTAC die Pluralität, um sinnlose Abgrenzungsrituale und die politische Zersplitterung der sozialen Bewegungen zu überwinden.

Unterschiedliche Ansätze und Antworten zu haben ist also Konstitutionsprinzip, mit allen daraus resultierenden Schwierigkeiten für die eigene Strategiebildung, die effiziente Organisation und Darstellung nach innen und außen.

Debatten der extremen Rechten im Wandel der Zeit

Nun kann Pluralität nicht heißen, dass alle analytischen Ansätze und Positionen gleichwertig sind, unkritisch nebeneinander stehen und bestehen können. Ebenso reicht der Verweis auf den Grundkonsens zur Ablehnung rechter Positionen in und von ATTAC allein nicht aus, um eine Entscheidung treffen zu können, etwa darüber, welche argumentative Stoßrichtung eine Kampagne haben sollte, welche Bündnisse eingegangen werden, wo und wie publiziert und die Öffentlichkeit gesucht und mobilisiert wird.

Warum?

Erstens haben sich **Programmatik und Form** der extremen Rechten in Deutschland wie in Europa stetig **gewandelt**. Das Spektrum lässt sich nicht auf „dumpfe“ Schläger, Skinheads, Hooligans oder militante bis terroristische Gruppen reduzieren, die klar nationalistisch, rassistisch und antisemitisch auftreten. Entsprechend sind die Argumente im rechtsextremen Spektrum subtiler, die Grenzen zu autoritär-konservativen wie neoliberal-darwinistischen Strömungen sind mit der Zeit flexibler geworden. Schließlich sind unzählige rechtspopulistische Think Tanks, Initiativen und Parteien entstanden, die moderater und zeitgemäßer argumentiert.

Zweitens hat sich das **politische Diskussionsklima** in den letzten Jahrzehnten verschoben. Trotz partieller Erfolge von ATTAC und anderer sozialer Bewegun-gen, der Gewerkschaften und linker Parteien bei Wahlen lässt sich dieser Wandel überall in Europa ausmachen:
Der offenkundigste Ausdruck der **Rechtsverschiebung** sind eine Vielzahl von **Regierungen** (Italien, Österreich, Niederlande, Norwegen, Dänemark, Ungarn), die seit den 1990er Jahren unter Beteiligung oder Führung rechtspopulistischer, rechtsextremer bis neofaschistischer Parteien gebildet werden konnten. Auch wenn es in Deutschland bei der Regierungsbildung so etwas bisher nicht gab, besteht kein Anlass die Situation zu beschönigen: Zu erinnern ist nur an die Erfolge der Republikaner, der „Schill-Partei“, der DVU und NPD bei Landtagswahlen, an unzählige „Bürgerinitiativen“ aus dem konservativen bis rechtspopulistischen Bereich (Bürgerkonvent, Pro Deutschland, Pro NRW...), an die „national befreiten Zonen“ in verschiedenen Bundesländern und andauernde gewalttätige Übergriffe bis hin zum offenen Rechtsterrorismus einer NSU.

Programme wie Texte der Parteien und Gruppen aus dem Spektrum der extremen Rechten sind oft frei von eindeutig identifizierbarem Vokabular. Den rassistischen Blut- und Boden- Stereotypen werden etwa aktualisierte Begründungen an die Seite gestellt oder sie wurden ersetzt, indem vormals rassistische Unterschiede seither an der Kultur und der Religion festgemacht werden. Sei es als regionale, kulturelle Unterschiede in Europa oder, indem das Bild des Kulturkampfes zwischen dem christlichen Europa und dem fremden Islam bemüht wird.
Auch der **moderne Sozialdarwinismus** bedarf zur Argumentation nicht erst seit der Hetzschrift eines Thilo Sarrazin lange keines Diktators und keines Verweises auf

die Eugenik mehr. Er kommt vielmehr sehr oft in neoliberaler Verpackung daher, in dem Markt und Wettbewerb für die soziale Selektion sorgen und letztlich bestimmen, was nützlich und was schädlich ist bzw. was „wir“ uns leisten können. Das Versagen im nationalen, europäischen wie im globalen Konkurrenzkampf lässt sich so auf die individuelle Leistungsverweigerung (faul gegen tüchtig; Leistungselite gegen Schmarotzer / Parasiten) zurückführen und wird zudem an schädlichen sozioökonomischen Strukturen (meist der Sozialstaat) oder dem Zentralismus der EU festgemacht. Letzterer galt im Spektrum der extremen Rechten immer als Ausgeburt von Fremdherrschaft, welche die produktiven Kräfte der Nation, des gemeinsamen Kulturraums gelähmt und nur Faulheit, Hedonismus sowie kulturelle Verwahrlosung gefördert habe.

Der **Neoliberalismus** hat nun u.a. inhaltlich **den Boden** für diese seit den 1980er Jahren zu beobachtende politische Verschiebung und die bisweilen regressiven Debatten bereitet. In jeder Krise kommt dessen autoritärer Charakter unverblümt zum Zug, der sich von Beginn an im Rückbau des Sozialstaates und dem Abbau sozialer, demokratischer Rechte ausdrückt. Unter der übergeordneten Klammer der Verwirklichung von individueller Freiheit (der vermeintlich positiven Botschaft) steht das Ziel nach weitgehender Vermarktlichung aller Lebensbereiche, während auf theoretischer Ebene die Grundsätze der französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) zu einem negativen Begriff von Individualität umgedeutet werden, der heute in weiten Teilen gesellschaftsfähig geworden ist. Ein **primär ökonomischer Individualismus**, der gegen vermeintlich sozial bornierte Vorstellungen eines solidarischen Miteinanders freier Individuen in einer aufgeklärten Gesellschaft polemisiert. In dieser Folge ließen sich u.a. ohne große, dauerhafte Massenproteste zahlreiche Änderungen der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Fiskalpolitik und Reformen durchsetzen, ohne die Deregulierung und Flexibilisierung nie auskommen.

Bei aller Rede von Freiheit, Wettbewerb und weniger Staat/Politik ist **der neoliberale Wettbewerbsstaat stets ein „starker Staat“**. Er nimmt zur Durchsetzung von Markt und Wettbewerb aber andere Aufgaben wahr als jedes emanzipatorische Gemeinwesen, über dessen staatliche Institutionen soziale, demokratische und ökonomische Rechte für alle Bürger organisiert werden. Und in diesen Veränderungen setzen sich eben unterschiedliche Interessen durch, andere Interessen fallen herunter oder werden als weniger wichtig zurückgestellt.

Vor diesem Hintergrund bleibt es weitgehend unzureichend, etwa den „guten“ rheinischen Kapitalismus/ die soziale Marktwirtschaft gegen den „bösen“ angelsächsischen Kapitalismus und/oder die „guten“ nationalen Lösungen gegen die antidemokratische EU-Bürokratie in Stellung bringen zu wollen.
Antidemokratische, antisoziale und autoritäre Elemente finden sich auf allen Ebenen (Kommune, Region, Nation, EU). Für soziale, demokratische Rechte und ökonomische Teilhabe zu streiten, funktioniert auch deshalb ganz ohne eine moralische Gegenüberstellung der Institutionen und Ebenen oder deren Überhöhung in einem scheinbar objektiven Vergleich. Die **Anrufung des „Staates“ und/oder der „Politik“** als vermeintlich moralisch übergeordnete Instanz, losgelöst von konkreten Subjekten, die eben diesen Staat und die Politik prägen und Träger ökonomischer Interessen sind, ist ebenso ein genuines Bild aus dem rechten politischen Spektrum.
Bestenfalls ist die Übernahme solcher Bilder und Botschaften, ohne nach dem tatsächlichen Gehalt und der Zielstellung dieser „Politik“ und der Beteiligung aller Menschen zu fragen, für eine emanzipatorische soziale Bewegung naiv.
Schlimmstenfalls ergibt sich – bewusst oder unbewusst – die relativ harmlos daherkommende, aber eben sehr leichte Anschlussfähigkeit an Debatten im politischen Spektrum moderner rechter Parteien, Gruppen und Bewegungen.

Eurokrise als Katalysator des Rechtspopulismus

Eine zeitgemäße Auseinandersetzung mit den politischen Positionen der extremen Rechten und eine Klärung der eigenen Standpunkte und Strategie wird für ATTAC notwendiger, da im Zuge der Zuspitzung der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 eben auch die Kritik aus der konservativen bis rechtsextremen Ecke immer schriller wird. ATTAC steht damit vor ganz besonderen **Herausforderungen**:

Einerseits sind die seit Jahren vorgetragenen Analysen zum Krisenpotential der herrschenden Politik weitgehend zutreffend gewesen und heute fast schon Allgemeingut. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat ATTAC in vielen Punkten bestätigt. Zugleich zeigt sich aber, wie wenig die „richtige“ Analyse und gute Forderungen reichen, um eine bessere Welt zu ermöglichen. Die globalisierungskritische Bewegung stagniert, ohne dass es eine alternative soziale Bewegung mit dauerhafter Kraft gäbe. D.h. es fehlt in Europa in weiten Teilen schlicht an einer breiten gesellschaftlichen Bewegung und damit an aufgeklärten, solidarischen Individuen, die in der Breite den relativ stabilen und flexiblen neoliberalen Konsens konkret in die Enge treiben könnten. Hier geht es ATTAC nicht anders als den Gewerkschaften und vielen „linken“ Parteien.
Andererseits wächst seit 2007 die öffentliche Kritik an den Verhältnissen durchaus. Parallel mit diesem Krisendiskurs wachsen aber auch die Angst vor kommenden Entwicklungen und die Verwirrung bei vielen Menschen, die die Situation längst nicht mehr begreifen können. Aber wie soll etwa der normale Beobachter auch verstehen und einordnen, dass strikte Verfechter von „Markt“, Standortlogik und Wettbewerb sofort alle Grundsätze vergessen, um die marode Struktur des Finanzsektors mit massiven Interventionen und Subventionen zu stabilisieren. Selbst unzählige „Experten“ präsentieren wortreich nur ihre eigene Hilflosigkeit und sondern altbekannte Phrasen ab. Gleichzeitig wird der Öffentlichkeit in den Medien, von führenden Parteienvertretern, Journalisten und genau diesen Experten die Machtlosigkeit von Politik und Alternativlosigkeit der Handlungen erklärt und behauptet, die systemische Krise sei Folge der gierigen Durchsetzung von Einzelinteressen, von Korruption, Faulheit, Betrug und Ineffizienz. Gemeint sind aber meist nicht die „Leistungseliten“ oder Finanzakteure selbst, sondern die Bevölkerung in den Krisenländern. In einem unsäglichen Schauspiel „wir“ gegen „die anderen“ werden entscheidende Ursachen der Krise und die Verursacher in Politik, Ökonomie, Wissenschaft und Medien verschwiegen.

Ebenso resultieren aus diesen Debatten kein signifikantes emanzipatorisches Handeln oder zumindest eine Selbstkritik der Verantwortlichen und ihre Abkehr von den hergebrachten Politikmustern. Stattdessen werden mit **Hetze** und **Häme nationale Ressentiments** geschürt, der Wunsch nach harten Strafen und Einschnitten bedient und die absolute Unzulänglichkeit nationaler wie europäischer Politik verdeckt. Die noch zu Beginn der jüngsten Zuspitzung für Portugal, Irland, Griechenland, Spanien gebrauchte Abkürzung **PIGS** wurde in diesem Sinne mit Schweine (engl. pigs) übersetzt, was der öffentlich vermittelten Gefühlslage entsprach: Die „südlichen Faulpelze“ haben sich in den Euroraum getrickst. Sie konsumieren auf Pump als wenn es kein Morgen gebe und halten sich schadlos an den fleißigen Nordländern – allen voran am sparsamen und wettbewerbsfähigen Deutschland – und zerstören die an und für sich gute EU und gefährden den EURO. Mit der Zuspitzung der Krise wurde die Abkürzung PIGS zwar hinfällig. Die Ressentiments und offene bis unterschwellige **Hetze** blieben aber unverändert und können problemlos bei Bedarf neu geschürt und instrumentalisiert werden.

In diesem Kontext wird bis in die Feuilletons liberalkonservativer Zeitungen und die mediale Berichterstattung sogar

Kapitalismuskritik salonfähig. Praktisch hat aber dieses „Murren“ bisher keine Konsequenz, sondern dient mehr der Ablenkung, **intellektuellen Irreführung** und medialen Lust am Spektakel. Dagegen hält die offizielle Politik streng Kurs: Spardiktate, der forcierte Abbau von sozialen und demokratischen Rechten wie das autoritäre Auftreten und Handeln werden zum Markenzeichen nationaler Regierungen und der EU Kommission. Die Rede von der „marktkonformen Demokratie“ bringt das herrschende Verständnis auf den Punkt. Die Vertreter der alternativlosen Doktrin in Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Medien geraten lediglich angesichts der in der Praxis notwendigen Kriseninterventionen und offenkundigen Wirkungslosigkeit ihrer „Lösungen“ in offenen Streit. Aber auch dies ist oft kein grundsätzlicher Dissens über Ziel und Richtung der Reformen, sondern meist nur ein Streit über die jeweils präferierten Maßnahmen und ihre zeitliche Sequenz.

Zusehends wird die **europäische Integration** der letzten Jahrzehnte von wachsenden Teilen der „Elite“ heute nachdrücklich in Frage gestellt. Problematisiert wird aber nicht die stetige Aushöhlung demokratischer und solidarischer Prinzipien in der Integration selbst, die in der Vergangenheit berechtigte Kritik und Protest an den europäischen Institutionen erzeugte. Denn die bis dato in weiten Teilen als ein **Elitenprojekt** konstruierte europäische Integration hat primär ökonomischen Zwecken gedient und so sind die Interessen starker ökonomischer Akteure (Unternehmen, Finanzdienstleister, Vermögende) von den Regierenden und der europäischen Bürokratie stets zuvorkommend bedient worden. Die neoliberale Konstruktion des europäischen Binnenmarktes, die Aktionsfreiheit dieser Akteure und schließlich als „Krönung“ die Konstruktion eines gemeinsamen Währungsraumes im strikt monetaristischen Rahmen hat deshalb **immer den Wettbewerb nach innen intensiviert** und die sozialen Bedingungen für wachsende Teile der Bevölkerung verschlechtert. So sollte dieses Europa als einer der innovativsten, mächtigsten Wirtschaftsblöcke entstehen und im globalen Wettbewerb bestehen. Der Ansatz war von Anbeginn weder ökologisch-sozial noch ökonomisch auf Dauer tragfähig und gerät aktuell im Umfeld der systemischen Finanz- und Wirtschaftskrise an seine klaren Grenzen.

Wir stehen also in Europa vor einer historischen Konstellation, in der **erstens** das **Versagen von Politik,** „Eliten“ und weiten Teilen der Medien seit 2007 für jeden/ jede offenkundig ist. Weder sind diese Akteure in der Lage, eine zutreffende Interpretation der tiefgreifenden Probleme jenseits alter ideologischer Pfade zu liefern, noch werden von ihnen ökonomisch rationale, effektive und sozial ausgewogene Lösungen formuliert oder gar umgesetzt.

Zugleich mangelt es **zweitens** in allen europäischen Gesellschaften an einer wirkungsvollen sozialen Bewegung, die in der Breite ihre Alternative zur herrschenden Logik und den sozioökonomisch wie demokratisch kontraproduktiven „Reformen“ formulieren und so auch die herrschende Politik herausfordern könnte. **Eine wirkungsvolle Gegenmacht gibt es aktuell nicht.** Sie lässt sich auch nicht einfach herbeizaubern.

Drittens hat die Mehrheit der deutschen Bevölkerung (aber auch in vielen anderen Nationen) an einer solidarischen, emanzipatorischen Kritik bisher kein ernsthaftes Interesse gezeigt. In der Regel treffen auch deshalb vereinfachte und mit **Ressentiments** aufgeladene Botschaften bei vielen Menschen auf breite Zustimmung, entsprechen sie doch ihrem Alltagsverständnis. So richtig also jeder Hinweis auf den medialen Einheitsbrei und die in Kampagnenform ausgereichte Meinung ist, so wenig hinreichend wäre allein der bessere Zugang zu den Massenmedien, ein veränderter Diskurs und das bessere Argument. Auch hier gilt, dass Politik eben die Organisation von Interessen ist und um ein altes Bonmot Warren Buffets aus den späten 1990er Jahren aufzugreifen: „*Es ist Klassenkampf und meine Klasse gewinnt.*“ Auch wenn man die Diktion „Klasse“ ablehnt, der inhaltliche Kern bleibt auch im Jahr 2012 richtig.

Selbstkritische Analyse von Positionen und Strategie

Vor diesem Hintergrund reichen einfache Parolen wie hysterische Übertreibungen (etwa der Vergleich der Gesetzgebung zum EFSF/ESM mit dem Ermächti-gungsgesetz der 1930er Jahre) für eine kurze mediale Aufmerksamkeit. Sie verbieten sich aber nicht nur kategorisch aus historischen Gründen, sondern sind meist falsch und werden der Sache nicht gerecht.
Die aktuelle „Gesetzgebung“ und „Entmachtung“ der offiziellen Politik auf europäischer wie nationaler Ebene ist meilenweit davon entfernt, der Lebenssituation in einer faschistischen, menschenverachtenden und tödlichen Diktatur vergleichbar zu sein.
Darüber hinaus beinhaltet ein solcher Ansatz immer die Gefahr, bei weiterer Zuspitzung der Krise schriller und hysterischer auftreten zu müssen und sich vollends lächerlich zu machen oder eben von den gleichen Medien vorführen zu lassen, die gestern noch aus eigenen Interessen nach Schlagzeilen sehr verständnisvoll waren.
Schließlich werden darüber immer auch Personen und Gruppen angelockt oder ihnen mehr Bedeutung eingeräumt, mit denen man ansonsten nichts gemein hat als eine oberflächliche Kritik an „der Politik“ und „den Zuständen“. Ob man die reaktionären Geister, die man für einen unsäglichen Hype rief, bei Bedarf wieder los wird, ist stark zu bezweifeln.

Wie angemerkt, lassen sich besonders in einem Umfeld fundamentaler politischer und soziökonomischer Krise, in der vage Ängste, Hoffnungen und Erwartungen nach Lösungen in der Bevölkerung groß sind, völlig unterschiedliche Formen von Kritik formulieren, die oft mit Emanzipation, Aufklärung und sozialer Gerechtigkeit wenig gemein haben. Es ist deshalb nachdrücklich zu warnen, unbesehen und unüberlegt jeden Slogan für die Außendarstellung zu verwenden. Ebenso sind bei allem Respekt und aller Toleranz inhaltliche Grenzlinien für die eigene Argumentation und Schwerpunktsetzung auf der Höhe der Zeit zu formulieren, sie sind stetig zu prüfen und die eigenen inhaltlichen Positionen sind zu qualifizieren. Schließlich sind vor Auftritten, Publikationen und Kampagnen im Vorfeld entsprechende Informationen über potentielle Partner, deren Zielsetzung und Organisation zu sichten und bewerten. Im Zeitalter des Internets sind solche Informationen schnell und leicht zu beschaffen. Diese Aufgabe wird umso notwendiger, da durch die jahrzehntelange Reformpropaganda und hohe Akzeptanz vieler neoliberaler Vorstellungen deren gesellschaftszersetzender Charakter weit verbreitet ist. Damit ist die Anschluss-fähigkeit moderner rechter Diskurse bis in die Mitte der Gesellschaft stark ausgeweitet worden. Wer dies abstreitet, sollte sich den Aufstieg verschiedener Parteien aus genau diesem Spektrum, die Regierungsbildung und inhaltliche Schnittmengen zwischen etablierten konservativen, liberalen und rechtspopulistischen bis rechtsextremen Parteien genau ansehen.

Es ist bisher auch nicht ausgemacht, wie sich etwa das Parteienspektrum und der politische Diskurs in Deutschland verändert, sollte sich die Eurokrise zuspitzen, der gemeinsame Währungsraum zerbrechen und damit die Fragen nach der Schuld an der Misere und der Kostenübernahme (die in jedem Fall kommen wird) auf einem völlig anderen Niveau stellen werden.
Aber bereits der Rückblick zeigt, dass die politische Rechte nicht immer klar nationalistisch, rassistisch und antisemitisch auftritt und so muss jeder Lack-mustest versagen, wenn allein damit die Abgrenzung vorgenommen werden soll. Vielmehr sind die Argumentationen differenziert zu prüfen und die Anschlussfähigkeit eigener Positionen an extrem rechte Diskurse, Netzwerke und potentielle Bündnispartner gleichfalls in den Blick zu nehmen. Es soll

hier keiner Paranoia oder wenig hilfreichen Denkverboten das Wort geredet werden, die bereits in und um ATTAC zur Denunziation geführt haben. Beispielsweise wenn die Beschäftigung mit Finanzmarktfragen als Ausdruck latenten, strukturellen Antisemitismus gedeutet wird oder selbst die analytische Trennung unterschiedlicher Akkumulationsebenen (zwischen industriellem und finanziellem Kapital) und Akteure im Vorwurf gipfelt, hier würde stets nur in „gutes und böses“ Kapital getrennt. Eine solche Haltung ist absurd und verhindert jede zeitgemäße kritische, sozioökonomische Analyse und verbietet quasi die Suche nach konkreten politischen Alternativen hier und heute – jenseits der totalen und sofortigen Überwindung des Kapitalismus. Letztlich werden so die gesellschaftliche Regression befördert und der extremen Rechten sowie den konservativen, wirtschaftsliberalen Kreisen wird die Deutungshoheit über Analyse, Begriffe und Gestaltungsmacht überlassen.

Dessen ungeachtet sind über die klare **Grenzziehung von ATTAC gegenüber der extremen Rechten** hinaus folgende Punkte zu beachten:
1. Die mögliche Breite eines Bündnisses für Kampagnen, Aufrufe und Aktionen kann nicht ausschlaggebend für die Beteiligung sein. In jeder Krise werden auch Querfrontstrategien über alle politischen Lager propagiert. Aber es bleibt essentiell zu klären, was angesichts der skizzierten Entwicklungen anti-emanzipatorisch, antidemokratisch und anti-sozial konkret heißt und welche Bündnisse ATTAC schädigen und in eine Sackgasse führen können.

2. Es sind Gruppierungen, Strukturen und Personen im rechten politischen Lager im Blick zu halten und es ist zumindest bei Bündnissen, Aufrufen und Publikationen zu recherchieren, welche inhaltlichen Positionen, Vorstellungen und Forderungen hinter allgemeinen Parolen und Aufrufen stehen. Angesichts der Möglichkeiten des Internets und der Vernetzung sind solche kurzen „Checklisten“ mit wenig Aufwand vorab zu bearbeiten und niemand sollte sich am Ende damit heraus reden können, er/sie habe nicht gewusst, worauf er/sie sich einlässt.

3. Es ist die eigene inhaltliche Positionierung von ATTAC zu schärfen und vor allem sind trotz der angemerkten Schwierigkeiten der eigenen Struktur und gesellschaftlichen Debatte die strategischen Leerstellen zu füllen. Aktuell etwa bei der Positionierung in der Eurokrise.

4. Ebenso sind übertrieben moralische Anrufungen an „den Staat“ und „die Politik“ zu vermeiden und kritische Distanz ohne paranoide Abgrenzung zu pflegen. Die Analysen und Forderungen sind klar in der Sache vorzutragen und wenig hilfreiche Gegenüberstellungen und moralische Überhöhungen sind zu vermeiden: hier die vermeintlich guten kleinen und mittelständischen Unternehmen, dort die Großkonzerne; hier die nationale Politik, dort die Eurokratie; hier die böse und dominante Ökonomie, dort die machtlose Politik; hier die Globalisierung, dort die einfache, kleinteilige Volkswirtschaft; hier die Zinsknechtschaft, dort das produktive Kapital mit Schwundgeld. Nicht nur agiert in dieser Dialektik immer auch das rechte politische Lager. Zugleich wird eine solche Zuspitzung den sozialen, ökonomischen, politischen, kulturellen Anforderungen und sozialen Konflikten niemals gerecht und gibt vor, einfache Lösungen komplexer Probleme zu haben. Am Ende wird so meist nur Enttäuschung produziert und damit wird man der langfristigen Arbeit an einer umfassenden Transformation für eine andere, sozialere und bessere Welt für alle nie gerecht.

Wege aus der europäischen Krise

Konferenz über Alternativen zur Sparpolitik, 17.November in Essen

Campus Essen (Universität Duisburg-Essen), 10.30 Uhr – 16 Uhr

Aus dem Programm:
Gesellschaftsentwurf Europa – Plädoyer für ein gerechtes Gemeinwesen, mit Prof. Dr. Oskar Negt
Strategien und Wege zu einem demokratischen und sozialen Europa. Welche Rolle sollen die europäischen Institutionen einnehmen, welche Rolle zivilgesellschaftliche Akteure, Gewerkschaften, soziale Bewegungen? Moderation: Richard Detje, mit Dr. Hans-Jürgen Urban (Aufruf »Europa neu begründen«, IG Metall Vorstand), Dr. Sonja Buckel (Institut für Sozialforschung an der Universität Frankfurt), Prof. Dr. Andreas Fisahn (Universität Bielefeld), Andrea Ypsilanti (MdL Hessen, Sprecherin des Institutes Solidarische Moderne)
Europäische Schuldenbremse – Disziplinierung der Haushalte oder Einschränkung der Finanzpolitik? Prof. Dr. Mechthild Schrooten (Hochschule Bremen, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik)
Welche Alternativen zur Sparpolitik verfolgen soziale und demokratischen Bewegungen in den Ländern Europas? Welche Maßnahmen und Instrumente werden diskutiert? **Konkrete Schritte in ein demokratisches und solidarisches Europa** mit Theodoros Paraskevopoulos (wissenschaftlicher Mitarbeiter der Parlamentsfraktion von SYRIZA-EKM), Elisabeth Gauthier (transform!, Frankreich), Prof. Dr. Raul Zelik (Autor, Nationaluniversität Kolumbien/Medellin).
http://www.europa-neu-begruenden.de/konferenz2012/index.html

8. Dez. 2012: 3. Europäischer Tag gegen unnütze Großprojekte

„Wir kämpfen zusammen gegen Großprojekte, die eine Verschwendung von öffentlichen Mitteln sind, sozial ungerecht, ökologisch zerstörerisch und gefährlich. Großprojekte, bei denen die Bevölkerung bei der Entscheidungsfindung ausgeschlossen wird.“
http://forum-gpii-2012-ndl.blogspot.fr/

Frankreich: Gegen den Bau eines riesigen Flughafens bei Notre-Dame-des Landes (Westfrankreich)wird seit Jahren protestiert. Die BesetzerInnen des Geländes wurden von der Polizei vertrieben . „**Attac France verurteilt die Repression gegenüber diesem legitimen Widerstand. Attac unterstützt den Kampf der GegnerInnen gegen die verheerende Gier des multinationalen Konzerns Vinci** (franz. Baukonzern, Weltmarktführer) **und fordert die sofortige Beendigung der Vertreibung und Zerstörung.“ Es wird zur Wiederbesetzung am 17.November aufgerufen:**
http://www.france.attac.org/articles/nddl-manifestation-de-reoccupation-17-novembre-2012-sur-la-zone-defendre
http://www.france.attac.org/videos/notre-dame-des-landes-stephane-hessel-demande-jean-marc-ayrault-de-reconsiderer-sa-position

Drittes Europäisches Forum gegen unnütze Großprojekte in Stuttgart, 25.-30.Juli 2013:
http://www.bei-abriss-aufstand.de

Die düstere Bilanz der neoliberalen Politik in Frankreich

Aufruf von mehr als 120 Ökonomen in Frankreich

*(u.a. Mitglieder des **wissenschaftlichen Beirats von attac Frankreich:***
Daniel Bachet, Mireille Bruyère, Claude Calame, Jacques Cossart, Jean Gadrey, Véronique Gallais, Michel Husson, Jean-Marie Harribey , Esther Jeffers, Piere Khalfa, Gustave Massiah, Dominique Plihon, Christophe Ramaux, Catherine Samary, Bernard Teper, Stéphanie Treillet)

veröffentlicht in Le Monde vom 2. Oktober 2012.

Seit 2008 sieht sich die Europäische Union einer nie gekannten Wirtschaftskrise ausgesetzt. Anders als neoliberale Ökonomen glauben machen wollen, **ist diese Krise keine Staatsschuldenkrise.** Spanien und Irland sind heute den Attacken der Finanzmärkte ausgesetzt, obwohl diese Länder stets die Maastricht-Kriterien eingehalten haben. Der Anstieg der Staatsverschuldung ist eine Folge des Einbruchs der Steuereinnahmen (hervorgerufen teilweise durch Steuergeschenke an die Reichen), der staatlichen Hilfe für private Banken sowie der Inanspruchnahme der Finanzmärkte, um diese Schulden zu exzessiven Zinssätzen zu bedienen.

Die Krise entspringt auch dem völligen **Fehlen einer Regulierung des Kredits und der Kapitalströme** zu Lasten der Beschäftigung, der öffentlichen Dienstleistungen und der Produktion.

Sie wird von der Europäischen Zentralbank **(EZB)** am Laufen gehalten, die bedingungslos die privaten Banken unterstützt und jetzt von den Staaten eine „strikte Konditionalität" der Austeritätspolitik fordert, damit sie ihre Rolle als „Kreditgeber der letzten Hand" wahrnimmt.

Diese Krise wird des weiteren verschärft durch **innereuropäisches Steuerdumping** und durch das **Verbot für die EZB, den Staaten direkt Kredite zur Finanzierung von Zukunftsausgaben zu gewähren** – im Gegensatz zu anderen Zentralbanken auf der Welt wie etwa der amerikanischen Federal Reserve.

Schließlich wird die Krise auch verschärft durch die **extreme Schwäche des EU-Haushalts** und seine Deckelung auf die lächerlich niedrige Schwelle von 1,24% des BIP.

François Hollande, der sich während der Präsidentschaftskampagne verpflichtet hatte, den **Fiskalpakt** neu zu verhandeln, hat keinerlei Veränderung bewirkt und hat sich dazu entschlossen, die **Austeritätspolitik** fortzusetzen, die von seinen Vorgängern begonnen wurde. Das ist ein tragischer Fehler. Die Ergänzung durch einen **Pseudo-Wachstumspakt** mit lächerlichen Summen verbrämt lediglich eine von Merkel und Sarkozy durchgesetzte Schuldenbremse, die jegliche staatliche Finanzierung von Zukunftsausgaben verhindert und zu einem Programm drastischer Einsparungen bei allen öffentlichen Aufgaben führt.

Indem dieser Vertrag die Möglichkeit der Staaten, ihre Volkswirtschaften anzukurbeln, mehr als je zuvor einschränkt und indem er einen ausgeglichenen Haushalt vorschreibt, führt er unweigerlich in die **Rezession** und verschärft automatisch die bestehenden Ungleichgewichte. Staaten, die unter dem Zusammenbruch der Binnennachfrage leiden, müssen ihre staatlichen Ausgaben noch stärker zurückfahren. In mehreren EU-Staaten, die sich bereits in der Rezession befinden, bedroht diese Logik noch zusätzlich ihre Produktion und ihren Arbeitsmarkt – und damit ihre Steuereinnahmen, wodurch sich die Defizite am Ende noch vergrößern. So prognostiziert das Konjunkturforschungsinstitut OFCE aufgrund der Austeritätspolitik bereits jetzt 300.000 zusätzliche Arbeitslose in Frankreich für 2013. Auf mittlere und längere Sicht **wird dadurch der soziale und ökologische Wandel, der beträchtliche Investitionen erfordert, in Frage gestellt.**

Im Namen einer angeblichen „europäischen Solidarität" **schreibt der Fiskalpakt in Wirklichkeit die staatliche Garantie für große private Vermögen** fest. Er meißelt automatische Austeritätsmaßnahmen in Stein, die die vom Volk gewählten Abgeordneten absegnen müssen, und erzwingt auf diese Weise Haushaltsentscheidungen, die von einer nicht vom Volk gewählten Instanz diktiert werden.

Der **Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM),** eine antidemokratische Institution par excellence, darf Kredite zu etwas geringeren Zinsen (5%) gewähren. Aber diese Kredite sind an die Durchführung einer drastischen Austeritätspolitik gebunden, die den Bürgern aufgezwungen wird! **Die staatliche Bürgschaft für private Investoren ermuntert die Spekulation, statt ihr das Genick zu brechen,** indem man ihr die öffentlichen Schulden entreißt. Es gilt uneingeschränkt festzuhalten: **Austerität ist zugleich ungerecht, unwirksam und antidemokratisch.**

Alternativen sind möglich. Die Zukunft Europas erfordert eine **demokratische Debatte über die Auswege aus der Krise**. Eine koordinierte Ausweitung der Produktion, der Beschäftigung und der öffentlichen Dienstleistungen in Europa wäre heute möglich.

Damit die EU eine solche Politik in Angriff nimmt, ist es dringend erforderlich, die **europäischen Institutionen zu reformieren und zu demokratisieren.** Ein Europäischer Fonds für soziale und ökologische Entwicklung unter demokratischer Kontrolle könnte diese Dynamik entfalten. Weiterhin könnte die EU eine Finanzkontrolle einrichten.

Die sozialen und ökologischen Herausforderungen sind immens. Es ist möglich, die düstere Bilanz der neoliberalen Politik in Frankreich mit 5 Millionen Arbeitslosen und 10 Millionen Armen aufzubrechen.

Um sich dafür die Mittel zu verschaffen, muss man die **Zwangsjacke der Finanzmärkte ablegen** und sich nicht von ihnen abhängig machen. **Deshalb lehnen wir die Ratifizierung des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalpakt) ab!**

(mit der Liste der UnterzeichnerInnen)
Übersetzung:
http://www.nachdenkseiten.de/?p=14614
S. auch: http://www.atterres.org/article/les-economistes-atterr%C3%A9s-mettent-en-garde-contre-le-trait%C3%A9-budg%C3%A9taire
http://www.appeldeseconomistes.fr/

William K. Tabb
Unser Problem liegt nicht im Missbrauch des Systems. Unser Problem ist das System

Eine Ansicht aus dem Occupy-Amerika

Selbst Präsident Obama, der bisher den wirtschaftspolitischen Vorstellungen seiner Wall-Street-freundlichen Berater gefolgt ist, benutzt in seinem Wahlkampf eine Sprache, die an die der Occupy-Wall-Street-Bewegung angelehnt ist.

William K. Tabb (wktabb@earthlink.net) ist der Autor des kürzlich erschienenen Werks "The Restructuring of Capitalism in Our Time" (Columbia University Press, 2012). Er hat Wirtschaftswissenschaften am Queens College gelehrt und war Mitglied der wirtschaftswissenschaftlichen, politikwissenschaftlichen und soziologischen Fakultät am City University of New York Graduate Center. Dieses Essay ist ein Auszug aus seiner Eröffnungsrede zu der Plenarsitzung des Left Forum in New York im Jahr 2012

Das Thema des Left Forum 2012, „Occupy the System – Confronting Global Capitalism" (Das System okkupieren – den globalen Kapitalismus bekämpfen) verlangt eine historische Vorstellungskraft, die von einem realistischen Sinn dafür durchdrungen ist, wo wir uns befinden. Um das System zu okkupieren, ist es notwendig, das System als System wahrzunehmen – als ein **System ungleicher Privilegien und Kontrollen**. Es ist notwendig, dass wir die Sprachregelung in der öffentlichen Debatte bestimmen. Das ist etwas, was die Occupy-Bewegung in bemerkenswerter Weise zu erreichen in der Lage war. Selbst Präsident Obama, der bisher den wirtschaftspolitischen Vorstellungen seiner Wall-Street-freundlichen Berater gefolgt ist, benutzt in seinem Wahlkampf eine Sprache, die an die der Occupy-Wall-Street-Bewegung angelehnt ist. Diesmal jedoch sind die Wähler kaum davon zu überzeugen, dass der Wechsel (Change), den Obama bei der letzten Wahl versprochen hat, innerhalb des bestehenden Systems erfolgen wird.

Die frische Brise, die von Occupy und ähnlichen Bewegungen ausgeht, ist eine Herausforderung für Konzernmacht und Kapitalismus. Sie befördert die Ablehnung der vorherrschenden politischen Parteien, deren Finanzierung von dem einen Prozent abhängig ist, das sie wiederum im Kongress vertreten. Gorden Lafer meint: „*Wenn die Republikaner die Cheerleader des einen Prozents sind, sind die meisten Demokraten die stillen Kollaborateure.*"[1]
Beide Parteien haben akzeptiert, dass das größte Problem, vor dem das Land steht, das **Haushaltsdefizit** ist – was es selbstverständlich nicht ist. Das Projekt der nach Klassen ausgerichteten Kürzungsmaßnahmen (wobei die Republikaner die guten und die Demokraten die bösen Polizisten verkörpern) wird als unvermeidbar angesehen, dient es doch dazu, sowohl den Schlamassel zu bezahlen als auch Reichtum und Macht des einen Prozents zu mehren. Keine der beiden Parteien ist willens, darüber zu diskutieren, was die arbeitende Bevölkerung während der letzten drei Jahrzehnte erlebt hat und was sich wahrscheinlich fortsetzen wird – die Einkommen der überwiegenden Mehrheit der 99 Prozent stagnieren oder fallen, während Reichtum und Macht sich weiterhin an der Spitze konzentrieren. Das gilt nicht nur für das eine Prozent, sondern auch noch für ein Zehntel und sogar für ein Tausendstel des einen Prozents, – nämlich für jene Milliardäre, die entscheiden, welche Kandidaten als brauchbar anzusehen sind und welche Wirtschaftspolitik der Kongress und die Medien ernst nehmen sollten.

Während diese Wahrnehmung kaum neu ist für die Leser der Monthly Review, gelangen nun so viele Amerikaner wie seit langem nicht zu der Erkenntnis, dass der **Kapitalismus seine Legitimität verliert** (und für viele bereits verloren hat). Es gibt auch Verständnis dafür, dass die Herrschaft einer kleinen korrupten und ausbeuterischen Elite angefochten wird, wie die Aufstände von Kairo bis Moskau bezeugen. Überall auf der Welt sucht eine gewaltige Anzahl Menschen nach einer postkapitalistischen Gesellschaftsform, die auf partizipativer Demokratie und gesellschaftlicher Kontrolle der Wirtschaft sowie eine Verdrängung des einen Prozents – der Eliten und herrschenden Klassen – basiert.

Was auch immer der Dow-Jones-Index anzeigt, die Krise wird für die arbeitenden Menschen noch Jahre fortbestehen und viel Leid und Unsicherheit mit sich bringen. Rentabilität und Wachstum könnten sich in der Umgebung des Monopolkapitals erholen, während für die arbeitenden Menschen von dem Überschuss, den sie erzeugen, immer weniger übrigbleibt. Das ist sowohl ein generelles Merkmal des Kapitalismus als auch eine spezifische Eigenschaft des Zeitalters der rapiden globalisierten Finanzialisierung und der Konzentration und Zentralisierung von transnationalen Konzernen. Es wächst das Bewusstsein dafür, dass die Maßnahmen zur Überwindung der Krise, die das eine Prozent uns auferlegt, die Situation eigentlich nur verschlechtern werden – selbst wenn die sogenannte Erholung sich in den USA fortsetzt und auf wundersame Weise auch in Europa eintritt. Die bevorzugte Politik der herrschenden Klasse visiert eine Erholung an, die eine Erweiterung ihrer Kontrollmöglichkeiten erlauben wird.

Einige der Basiszahlen sind auf diesen Seiten von Michael Yates präsentiert worden. Die extreme Umverteilung von einer Klasse zur anderen kann gar nicht überschätzt werden. Zwischen 2009 und 2011 sind 88 Prozent des Wachstums des Nationaleinkommens in Konzernprofite geflossen, während lediglich ein Prozent den Löhnen zugutekam. Im Jahr 2010 (dem letzten Jahr, für das Daten vorliegen) gingen 93 Prozent des Einkommenswachstums an das oberste eine Prozent der Amerikaner. In Hinblick auf wirtschaftliches Ungleichgewicht rangieren die USA laut World Factbook der CIA hinter Kamerun und der Elfenbeinküste, aber noch vor Uganda.

Vor allem dank Occupy hat die Presse über die von der Regierung herausgegebenen Statistiken ausführlicher berichtet. Im Dezember 2011 meldete Associated Press: Von steigenden Lebenshaltungskosten erdrückt, ist eine Rekordanzahl von Amerikanern – fast jeder zweite – in die Armut gerutscht oder überlebt als Niedriglohnbezieher. Die neuesten Volkszählungsdaten zeigen eine Mittelklasse, die schrumpft, weil die Arbeitslosigkeit hoch bleibt und das soziale Sicherungsnetz der Regierung sich ausfranst. Die neuen Zahlen sind das Resultat der jahrelangen Stagnation der Einkommen der Mittelklasse, die Millionen von Arbeitern und ihren Familien wehtut.[2]

Es zeigt sich, dass **97 Millionen Amerikaner einen Niedriglohn beziehen** (der zwischen 100 und 199 Prozent der

Armutsgrenze ausmacht). Von 2001 bis heute ist die Gesamtzahl der Beschäftigten überhaupt nicht gewachsen, und in allen Altersgruppen zwischen 16 und 54 ist der Anteil der Beschäftigten gesunken. Ironischerweise arbeiten lediglich Menschen im Rentenalter tatsächlich mehr. Das liegt daran, dass ihre **Rente** infolge von Änderungen in den Systemen der Konzernpensionen gesunden ist und sie es sich nicht leisten können, mit dem Arbeiten aufzuhören. Die Verringerung des Arbeitsangebots ist besonders schlimm für **junge Leute** zwischen 16 und 29 Jahren. Eine Mehrheit der Collegeabsolventen ist entweder arbeitslos oder befindet sich in Anstellungen, für die kein Collegeabschluss benötigt wird. Bei durchschnittlichen Collegeschulden von über 25.000 US$ sehen viele einem lebenslangen Schuldendienst entgegen, was einer Leibeigenschaft nicht unähnlich ist. Eine noch nie da gewesene Anzahl von Collegeabsolventen ist gezwungen wieder bei ihren Eltern zu wohnen.

Die Lage ist besonders verzweifelt für **farbige junge Leute** sowie **Menschen ohne Schulabschluss.** Von den farbigen männlichen Amerikanern verbringt ein Drittel einige Zeit im **Gefängnis**; bei denjenigen ohne Schulabschluss sind es zwei Drittel. Zwischen 1969 und 2009 fiel das mittlere Einkommen von Männern, die einen Schulabschluss hatten, aber nicht aufs College gingen, um 47 Prozent.

Die **Einkommen von Frauen** sind gestiegen und erreichen im Durchschnitt 80 Prozent des Einkommens von Männern, aber das liegt nicht hauptsächlich daran, dass die Einkommen von Frauen gestiegen sind, sondern daran, dass sehr viele Männer sehr wenig verdienen.

Die Aussichten für arbeitende Menschen sind seit Jahrzehnten schlecht. Das ist etwas, was betont werden muss. Wir befinden uns **nicht** in einer **temporären Krise**, sondern erleben eine **lange währende systematische Attacke auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung**. Von 1973 bis 2006 (das Jahr vor Beginn der derzeitigen tiefen Krise) ist das reale Einkommen um weniger als ein Prozent gewachsen, obwohl in dieser Zeit die Produktivität um mehr als 80 Prozent wuchs. Dass heißt, dass **der Mehrwert unserer Arbeit fast ausschließlich zum Kapital geflossen ist.** Angesichts der nun entstandenen Krise ist es eine Dreistigkeit, dass Unternehmenslobbyisten nach allerlei zusätzlichen Steuervergünstigungen für das eine Prozent und Veränderungen der Regeln rufen – Veränderungen, die überhaupt keine neuen Arbeitsplätze schaffen, aber dafür die Ungleichheit noch größer werden lassen, während sie die Umwelt zerstören und die Arbeit weniger sicher, weniger gesund, aber dafür beschwerlicher für die arbeitende Bevölkerung machen. Was klar sein muss, ist, dass die Maßnahmen, die uns jetzt aufgezwungen werden, die gleichen sind, die zu einem Kollaps der Wirtschaft geführt haben, und wie in der Vergangenheit zu noch größerer Ungleichheit führen werden. Die **Ungleichheit an sich, wie die Ökonomen nunmehr feststellen, bewirkt häufigere und stärkere Abschwünge**. Sogar Ökonomen des Internationalen Währungsfonds (IWF) behaupten, dass Ungleichheit und fehlende Nachhaltigkeit des Wachstums zwei Seiten derselben Medaille sind.[3]

Nach diesem Muster wird seit drei Jahrzehnten sowohl unter republikanischen wie auch unter demokratischen Präsidenten verfahren. In den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts, während der Clintonregierung, erhielt in diesem Land **das oberste eine Prozent** 45 Prozent der Zunahme des verfügbaren Einkommens. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts unter George W. Bush hat dieses eine Prozent 73 Prozent der Zunahme erhalten.
Das eine Prozent hat jetzt ein größeres privates Nettovermögen als die unteren 90 Prozent, und die am schnellsten reicher werdende Gruppe innerhalb des einen Prozents sind die Finanzjongleure der Wall Street, die die Wirtschaft zerrüttet haben. Man kann das oberste Zehntel des einen Prozents und das oberste Hundertstel des einen Prozents an der Wall Street finden, wo sie die großen transnationalen Konzerne leiten, wo sie Arbeitsplätze ins Ausland verlagern und ihre Aktienoptionen nach den Kurssteigerungen einlösen, die erfolgen, wenn sie Arbeitsplätze vernichten und die verbliebenen Beschäftigten, deren Vergünstigungen sie gestrichen haben, zu größeren Anstrengungen antreiben

Es gibt die Haushaltskrise nicht, weil **Obama** der „Präsident der **Lebensmittelkarten**“ ist. Es gibt sie, weil die Reichen Steuern nicht annähernd auf dem Niveau entrichten, wie sie es in der Nachkriegszeit taten, als fortschrittliche Bewegungen stark waren. Die Zahl der Amerikaner, die Lebensmittelhilfe aus dem ergänzenden Unterstützungsprogramm für Ernährung (SNAP – Supplemental Nutrition Assistance Program, das 2008 die Lebensmittelkarten ersetzte) erhalten, hat im vergangenen Sommer einen historischen Höchststand erreicht: **44,6 Millionen Menschen,** fast 15 Prozent der Bevölkerung des Landes. Sie sind jedoch in dieses Programm aufgenommen, weil in dieser abscheulichen Wirtschaft so viele diese Art Hilfe benötigen, um sich selbst und ihre Familien zu ernähren.

Seit **Mitt Romney** gezwungen war einen Teil seiner Steuerbescheide zu veröffentlichen, sind Amerikaner mit der Nutzung von Schweizer Banken und **Steueroasen** in der Karibik vertrauter geworden. Im Jahr 2008 unterhielten 83 der 100 größten US-Unternehmen Subunternehmen im Ausland, was die Steuervermeidung erleichterte. Die Citigroup allein besaß mehr als 400 Subunternehmen in Steuerparadiesen, davon 91 in Luxemburg und 90 auf den Cayman Islands. Außerdem kümmern sich Steueranwälte und Steuervermeidungsbuchhalter darum, dass das eine Prozent einen sich radikal vermindernden Anteil der eingenommenen Steuern zahlen. Laut Angaben des Finanzministeriums der USA lag der durchschnittliche effektive **Körperschaftssteuersatz** im Jahr 2007 bei **13,4 Prozent** und damit erheblich niedriger als in anderen reichen Ländern.

Ein Bericht zu Anfang 2012 im Wall Street Journal besagte, dass „*US-Unternehmen höhere Gewinne denn je verbuchen. Aber die Zahlenanalytiker in Washington waren erstaunt über ein Phänomen, das soeben in Sicht gekommen war*“. Und was war dieses erstaunliche Phänomen? „*Die Körperschaftssteuer als ein Teil der Gewinne ist auf dem niedrigsten Stand der vergangenen 40 Jahre.*“[4] Das schreibt das Wall Street Journal, nicht das Occupied Wall Street Journal. Die Quelle für diese Geschichte und die Radikalen, die die „erstaunlichen“ Daten präsentierten, war das unparteiische Haushaltsbüro des Kongresses (Congressional Budget Office).

Die Regierung der USA gibt 24 Prozent des BIP aus, nimmt aber lediglich 15 Prozent des BIP in Form von Steuern ein. Es gibt **zwei Möglichkeiten**, diese Lücke zu schließen. Die erste, diejenige, bei der sich Demokraten, Republikaner und Wall Street einig sind, wären **Kürzungen**. Die Alternative ist jedoch zu fordern, dass die **Besteuerung** multinationaler Unternehmen, der internationalen Finanzwelt und des einen Prozents erheblich erhöht wird. Das Kapital hat dies verstanden und zieht es vor, die Krise dazu zu nutzen, auf eine Senkung der Staatsausgaben zu drängen und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu zerstören, die jetzt mehr Werktätige repräsentieren als die Gewerkschaften des Privatsektors, und so die Krise für ihren langfristigen Vorteil zu nutzen, indem die organisierte Macht der Arbeit geschwächt wird.

Als ein Ergebnis der erhöhten Aktivität sickert ein wesentlicher Teil der Energie und neuer Information überall in Amerika in die Gemeinden. Während der generelle Schub noch nicht antikapitalistisch ist, trägt die Politik doch eine mächtige moralische Systemkritik in sich. Vielen ist, wie Michael Zweig von der Organisation U. S. Labor Against the War geschrieben hat, deutlich geworden, dass „Haushalte nicht einfach nur Rechnungsbücher sind. **Haushalte sind auch moralische Belege**“[5].

Haushalte spiegeln die Entscheidungen wider, die wir als Gesellschaft treffen. Es ist nicht in Stein gemeißelt, wer wie viel Steuern zahlt und wer von den Ausgaben profitiert. Das Beharren der Rechten darauf, dass **Rüstung** unantastbar ist und dass gewollte Kriege, die unzählige Opfer fordern, notwendig sind, um etwas, das „Terrorismus" genannt wird, zu bekämpfen, während wir alle zu wenig tun für Arbeitslose, obdachlose Veteranen und andere Angehörige der arbeitenden Klasse, ist so gewollt. Diese **moralische Rechnung** ist wichtig und die Zahlen sind es ebenfalls. Zweig sagt, dass die Summe dessen, was die Steuerzahler für die Kriege im Irak und in Afghanistan 2011 aufbrachten, ausgereicht hätte, alle Defizite in allen fünfzig Bundesstaaten zu vermeiden (und natürlich auch den Verlust an ungezählten Leben und unsägliches Leid in den jetzt verwüsteten Ländern). **Haushalte und wie sie finanziert werden sind politische und moralische Willensäußerungen, die die Macht einer Klasse spiegeln**.

Wie ein hochrangiger Ökonom der Bank of England andeutete, steckt das System jetzt in einem „**Untergangszyklus**" („doom loop")[6]. Die Generierung von Schulden bringt hohe Einkommen für Banker mit sich, während finanzielle Blasen und Zusammenbrüche dadurch gelöst werden, dass Steuergelder dafür verwendet werden, das eine Prozent davor zu bewahren, für die Folgen seines Handelns aufkommen zu müssen. Der von New York und London ausgehende Drang, alles finanziell zu bewerten, hat sich weltweit verbreitet[7] und wirtschaftliche Krisen finden jetzt global gleichzeitig statt.[8]

Wir haben dies schon einmal, während der Weltwirtschaftskrise, erlebt. Von 1923 bis 1929 gingen 70 Prozent des Einkommenszuwachses an das reichste eine Prozent und nur 15 Prozent an die unteren 90 Prozent.[9] **Ungleichheit war der Kern der Weltwirtschaftskrise, genauso wie sie es in der jetzigen Krise ist**. Gewerkschaften waren schwach, Bauern verließen den ländlichen Raum und neue Einwanderer strömten in die Städte, was die Kosten der Arbeitskraft verbilligte. Einkommensungleichgewicht wuchs, finanzielle Spekulation erreichte neue Höhen und niedrige Löhne schufen unzureichende Nachfrage für Güter und Dienstleistungen, was alles zusammen zum Zusammenbruch führte.

Ein aufschlussreicher Unterschied zwischen jetzt und damals besteht darin, dass in den 1930ern jeder litt, einschließlich des einen Prozents, dessen Gewinne dahinschwanden und dessen Vertrauen in die eigene Klasse erschüttert war. Als Ergebnis haben sich weitsichtigere Mitglieder der herrschende Klasse der Lehre von **Keynes** zugewandt, um die Wirtschaft wiederzubeleben, und, nach heftigem Widerstand, Gewerkschaften akzeptiert (die damals durch eine militante Massenbewegung gestützt wurden).
Im Vergleich dazu geht es dem einen Prozent heutzutage ziemlich gut in der Krise. Wall Street wurde gerettet und Unternehmensgewinne, Boni und Aktienoptionen haben zugenommen. Es gibt das Gefühl, das nicht nur die Werktätigen für die Kosten der Krise, die von dem einen Prozent verursacht wurde, aufkommen müssen, sondern dass das eine Prozent sogar gestärkt aus ihr hervorgehen könne. Der Widerstand, dem diese Gruppe weltweit begegnet, suggeriert, dass das nicht unbedingt der Fall sein muss.

Die Frage ist überall dieselbe: Wer zahlt für die Krise, Kapital oder Arbeit? Regierungen des einen Prozents haben eine Antwort. Die Menschen haben eine andere.

Die politischen Parteien der Mitte, sowohl des linken als auch des rechten Flügels, haben überall das Vertrauen der Menschen verloren. Die traditionellen wirtschaftlichen Werkzeuge des Keynesianismus, obwohl besser als die falschen Versprechungen der unternehmerfreundlichen Haushalts- und Steuerkürzungen, reichen nicht aus, die benötigten Veränderungen zu bewerkstelligen. Stimulieren ist besser als keine Stimulierung, aber in einer Welt, in der der Großteil der Gewinne an das eine Prozent geht, löst dies nicht die strukturelle Krise. Das eine Prozent fährt darin fort, den Löwenanteil dessen, was immer an kurzfristigem Wachstum geschaffen wird, für sich zu reklamieren. Keynes' Anhänger haben unterschätzt, in welchem Umfang Steuerkürzungen in den Händen des einen Prozents landen und spekulative Auswüchse nähren. Es geht darum, wer den Überschuss, den eine Gesellschaft erzeugt, bekommt und wie er verwendet wird.

Nur eine mächtige linke Bewegung, wie sie in den 1930ern aufgebaut wurde und anscheinend wieder entsteht, und das nicht nur im Nahen Osten, in den Vereinigten Staaten und in Europa, kann dies ändern.[10] Der aktive Widerstand, der in Ländern rund um den Globus entsteht – Widerstand gegen die elitäre Regel, dass das eine Prozent über unser Leben regiert –, lässt vermuten, dass wir uns in einem Prozess befinden, der eine Bewegung zum Aufbau einer anderen Welt hervorbringt.

Die US-Handelskammer, eine der klassenbewusstesten Organisationen in Amerika, drückte ihre Ablehnung der New-Orleans-Verordnung für einen Lohn, der zum Leben ausreicht, mittels eines freundschaftlichen Briefes an das Oberste Gericht von Louisiana aus. Die Kammer behauptete, dass „*Vorschläge für zum Leben ausreichende Löhne wirtschaftlich unfair seien, da sie die Grundlage änderten, auf der unsere Wirtschaft funktioniere*". Und sie hatte Recht.

In einem ähnlich besorgten Ton äußerte sich Frank Luntz, vielleicht der bedeutendste lebende Stratege der Republikaner, zwei Monate nachdem Occupy Wall Street sich im Zuccotti Park niedergelassen hatte, gegenüber der Republican Governors Association: „*Ich bin ganz entsetzt über diese Angriffe gegen die Wall Street. Ich bin zu Tode erschrocken. Das wird sich darauf auswirken, was die Amerikaner über den Kapitalismus denken*." Auch er hatte Recht. Diese Typen haben allen Grund, sich zu fürchten.

Das Meinungsforschungsinstitut GlobeScan begann 2002 den Ansichten der Leute nachzuspüren; in jenem Jahr sahen vier von fünf Amerikanern (80 Prozent) den freien Markt als das beste Wirtschaftssystem für die Zukunft an (Dies war die höchste Zustimmungsrate unter allen untersuchten Ländern.). Die Zustimmung begann jedoch in den nachfolgenden Jahren zu bröckeln und ist seit 2009 sehr stark gefallen, mit einem jährlichen Rückgang von 15 Prozent. Heute sehen weniger als drei von fünf (59 Prozent) den Kapitalismus als das beste System für die Zukunft an. „*Das ist keine gute Nachricht für die amerikanische Geschäftswelt*", meint die Leitung von GlobeScan.[11] Das ist gewiss eine Untertreibung.

Die Idee hinter der nächsten Phase von „occupy the system" ist, dass die Militanten die Aufmerksamkeit darauf lenken müssen, wie die Bereiche des Kampfes, von Gesundheitsfürsorge, qualifizierter Bildung für alle und ökologischer Nachhaltigkeit über das Beenden der systematischen Inhaftierung und der erzwungenen Erwerbstätigkeit farbiger Männer bis hin zu Vollbeschäftigung und Gleichberechtigung miteinander **verknüpft** sind. Wir leben in einem bösartigen System, dem in seinen globalen Dimensionen zu begegnen ist. Unser Problem liegt nicht im Missbrauch des Systems. Unser Problem ist das System.[12]

Fußnoten:

[1]Gordon Lafer, „Why Occupy Wall Street Has Left Washington Behind", The Nation, November 14, 2011, http://thenation.com.

[2]Associated Press, „Dismal Prospects: 1 in 2 Americans Are Now Poor or Low Income", December 15, 2011, http://usnews.msnbc.msn.com.

[3]Andrew G. Berg and Jonathan D. Ostry, „Inequality and Unsustainable Growth: Two Sides of the Same Coin?", Research Department, International Monetary Fund, April 8, 2011, http://imf.org.

[4]Damian Paletta, „With Tax Break, Corporate

Rate Is Lowest in Decades“, Wall Street Journal, February 3, 2012, http://online.wsj.com.

[5]Michael Zweig, „Beyond Wisconsin: Seeking New Priorities as Labor Challenges War“, in Michael D. Yates, ed., Wisconsin Uprising: Labor Fights Back (New York: Monthly Review, 2012), 239.

[6]Andrew Haldane, „The Doom Loop“, London Review of Books, February 23, 2012, http://lrb.co.uk.

[7]William K. Tabb, „The International Spread of Financialization“, in Martin H. Wolfson and Gerald Epstein, eds., Oxford Handbook of the Political Economy of Financial Crises (New York: Oxford University Press, 2013).

[8]Siehe den wertvollen Aufsatz von Michael Mah-Hui und Khor Hoe Ee, „From Marx to Morgan Stanley: Inequality and Financial Crisis“, Development and Change 42 no. 1 (January 2011): 209–27.

[9]José Gabriel Palma, „The Revenge of the Market On the Rentiers: Why Neo-liberal Reports of the End of History Turned Out to Be Premature“, Cambridge Journal of Economics 33, no. 4 (July, 2009): 4.

[10]Jayati Ghosh, „The Emerging Left in the ‚Emerging World‘“, MRZine, June 26, 2012, http://mrzine.monthlyreview.org.

[11]GlobeScan, „Sharp Drop in American Enthusiasm for Free Market, Poll Shows“, April 6, 2011, http://globescan.com.

[12]William K. Tabb, „Extending Occupy Wall Street’s Message and Critique“, International Critical Thought 2, no. 3 (September 2012).

[13]http://monthlyreview.org/2012/09/01/the-crisis.

Übersetzung von Hormazdyar Kutar, Paul Woods, Korrektur: Werner Horch

Mahmood Mamdani

Vier Fragen an Prof. Joseph Stiglitz

Eine afrikanische Stimme zur beschränkten Krisenanalyse von Joseph Stiglitz: Vortrag vor der Zentralbank Ugandas

“Die Herausforderung ist nicht: wie kann der Staat die Märkte regulieren, sondern: wie kann die Gesellschaft sowohl den Staat als auch die Märkte regulieren.“

Eure Exzellenz, Herr Präsident, Herr Vorsitzender, Herr Finanzminister, Herr Gouverneur der Bank von Uganda, Herr Vizegouverneur der Bank von Uganda!
Ich nehme an, dass mich die Bank von Uganda zu dieser Diskussion in der Hoffnung eingeladen hat, dass ich Fragen stelle, die sie selber nicht gerne stellen wollen. Ich verstehe das als Signal dafür, dass ich Professor Stiglitz Fragen stellen darf, die er hoffentlich beantwortet, weil ich selbst diese nur ungern beantworten möchte.
Ich werde mich auf vier Punkte konzentrieren und vier Fragen stellen.
Die **erste** betrifft die Jahre der Clinton Administration.
Die **zweite** ist nach Professor Stiglitz‘ Definition des Problems als eines des „Versagens der Märkte“.
Die **dritte** Frage konzentriert sich auf die gegenwärtige globale Krise. Ich fordere eine umfassende Definition der Krise aus der Sicht der Gesellschaft und nicht nur „hier der Staat und dort die Märkte“, wie sie uns Professor Stiglitz präsentiert hat.
Schließlich möchte ich, dass Professor Stiglitz unsere Krise – die Krise in Uganda und Ostafrika – in einem erweiterten Rahmen verortet.

I. Die Clinton-Jahre

Die Deregulierung des Finanzsystems in den USA begann mit der Aufhebung wesentlicher Teile des **Glass-Steagall Acts aus 1933**. Dieses Gesetz hat seit der Zeit der großen Depression Investmentbanken von Geschäftsbanken getrennt. Die Aufhebung dieses Gesetzes war der Schlüssel für die Deregulierung des Handels mit Derivaten. 2008 lehnte Clinton jede Verantwortung ab für die Ablehnung der Regulierung des Handels mit Derivaten. 2010 änderte er seine Meinung und beschuldigte seine Berater, darunter der Finanzminister Robert Rubin und Larry Summers, der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Beraterkomitees und Joe Stiglitz. Larry Summers wurde Präsident der Harvard Universität. Joseph Stiglitz wurde Chefberater der Weltbank und später Professor an der Columbia Universität. Summers zeigte keine Reue über seine Rolle in der Ära der Deregulierung. Joe Stiglitz, im Gegensatz, wurde der bekannteste Kritiker der Deregulierung.
Meine erste Frage ist nicht neu. Stiglitz’ akademische Kritiker haben sich oft ge-

fragt, wann er die Erleuchtung hatte. War Professor Stiglitz schon damals gegen die Deregulierung oder änderte er seine Meinung, als die Konsequenzen klar wurden? Sollen wir seine Kritik der Deregulierung als vorausschauend oder als Erkenntnis im Nachhinein verstehen. Als Vorausahnung in 1996 oder als Erkenntnis im Nachhinein nach seiner Zeit als Berater Clintons?

Professor Stiglitz behandelte diese Thema in einem Buch, das er über die Clinton-Ära schrieb, mit dem Titel: "**Die Roaring Nineties. Der entzauberte Boom**". Die Frage, die mich am meisten interessiert, wurde von dem akademischen Rezensenten dieses Buches, Robert Pollin gestellt. Er ist Professor an der Abteilung für Ökonomie an der Universität von Massachusetts in Amherst. Lassen Sie mich Professor Pollin zitieren:
" *... zu welchem Zeitpunkt erkannte Stiglitz - in seiner Rolle als führender politischer Berater Cintons- die schweren Schäden, welche durch die Deregulierung entstehen würden? ... Ein leuchtendes Beispiel: Im Bericht des Präsidenten zur wirtschaftlichen Lage aus 1996, der vom wirtschaftlichen Beraterstab unter Vorsitz von Stiglitz verfasst wurde, lautet der Tenor: regulierende Vorschriften lockern, auch solche für Telekommunikation und Stromversorgung. Der Bericht hebt die Deregulierung der Stromversorgung in Kalifornien hervor. Genau diese Maßnahme brachte im Sommer von 2002 - als Folge der Machinationen von ENRON - Kalifornien an den Rand einer wirtschaftlichen Katastrophe.*"

Warum ist diese Frage so wichtig? So wie wir alle, hat Professor Stiglitz das Recht, seine Meinung zu ändern. Ich möchte ihm diese Frage stellen, weil ich verstehen möchte, wie sich sein Denken über dieses Thema weiter entwickelt hat. Der Professor Pollin stellte folgende Frage: „*Gab es einen Moment der Erleuchtung, so wie bei Saulus von Tarsus, als er vom Pferd geworfen wurde? Wie viele Katastrophen-Szenarios hat er vorausgesehen, und was hat er in jüngerer Zeit erkannt, nachdem er seine Beobachtungen im Nachhinein verarbeitet hat?*" Bestätigte die Krise, die von der Clinton Administration erzeugt wurde, seine Intuition, oder erkannte er auch noch etwas Neues? Die Antwort auf diese Fragen, könnte uns Aufschluss geben über seine intellektuelle Reise. Damit könnten wir eine aktuellere Frage stellen: Sollte nicht die gegenwärtige globale Krise Professor Stiglitz bewegen, seine Gedanken weiter zu entwickeln? Meiner Meinung nach, sollte diese Frage nicht nur seinen Biografen interessieren, sie ist von enormer theoretischer Bedeutung. Lassen sie mich das allgemein verständlich erklären, was mich auch zu meiner nächsten Frage führt.

II. Warum heisst es "Versagen der Märkte"?

Die theoretische Arbeit von Professor Stiglitz bearbeitet die Ökonomie der Information. Die traditionelle Wirtschaftswissenschaft, sowohl die klassische als auch die neo-klassische, wurde von zwei relativen Annahmen dominiert. Die erste stammt non Adam Smith und nennt sich die "unsichtbare Hand". Sie nimmt an, dass freier Wettbewerb zu einer effektiven Verteilung der Ressourcen führt. Die zweite Annahme bezieht sich auf die Wohlstands-Ökonomie: Fragen der **Verteilung** sollten vollkommen getrennt von Fragen der **Effizienz** betrachtet werden. Diese methodische „Trennung" von Wachstum und Verteilung erlaubt Wirtschaftswissenschaftlern, Reformen zu fordern, welche die Effizienz steigern, ohne Rücksicht aus ihre Wirkungen auf die Einkommens-Verteilung. In der Wirtschafts-Wissenschaft ist das die methodische Grundlage für den **trickle-down-Effekt**.
Das Verdienst von Professor Stiglitz ist die Kritik dieser zwei Annahmen. Er hat aufgezeigt, dass die Märkte der realen Welt auf der Basis asymmetrischer Information funktionieren. **Der freie Markt ist ein ideologischer Mythos**. In der realen Welt entstehen aus fehlerhaften Informationen fehlerhafte Märkte.

Für Stiglitz bedeutet das, dass die Regierungen die Vorgänge auf den Märkten mit starker Hand und effektiv regulieren müssen. Der Zugang zu Informationen muss ausgeglichen werden, damit die Märkte mit der richtigen Dosis aus Effektivität und Fairness funktionieren. Ich habe stark vereinfacht, aber Sie können damit eine Idee über seine **Verdienste** bekommen, für die er zu Recht den Nobelpreis erhielt.

In den dreißig Jahren vor Stiglitz haben Wirtschaftswissenschaftler schwerwiegende Versagen der Märkte ausgemacht. Allerdings nur in begrenzten äußeren Bereichen, wie z. B. Umweltverschmutzung, wo die Regierungen eingreifen müssten. Aber sie beschränkten sich auf eingeschränkte Regierungs-Interventionen in beschränkten Bereichen. Professor Stiglitz generalisierte. Er erkannte, dass die **Märkte immer fehlerhaft sind**, weil sie mit lückenhaften Informationen arbeiten. Deshalb müssen die Regierungen ständig bereit sein einzugreifen.
Hier kommt meine zweite Frage:
Der Begriff „Versagen der Märkte" impliziert, dass die Märkte unter normalen Umständen gut funktionieren, und dass das „Versagen der Märkte" eine Ausnahmeerscheinung sei.
Dieser Begriff beschreibt trefflich die Ideen der Wirtschaftswissenschaftler vor Stiglitz. Sie konzentrierten sich auf externe Einflüsse, wie die Umweltverschmutzung, wo der selektive Eingriff der Regierungen gefordert sei. Aber das beschreibt nicht die Bedeutung des Beitrags von Professor Stiglitz. Er lenkt den Blick weg vom Versagen der Märkte als Ausnahmeerscheinung hin zu deren Versagen als **Normalfall**. Sein Begriffspaar „Versagen des Staates" und „Versagen der Märkte" konzentriert unsere Aufmerksamkeit auf die Ausnahme und nicht auf den Normalfall. Aber wir sprechen hier nicht von gelegentlichen Fehlern in der Funktion der Märkte, wir sprechen vom Regelzustand der Märkte, wie fehleranfällig die Märkte sind, wenn sie so funktionieren wie das gedacht wird. Informationen sind nie vollständig, daher geschehen Fehler auf den Märkten. Hier geschieht ein Wandel der Methoden von der Ausnahme zur Norm. Das ist **ein bedeutender Paradigmen-Wechsel**.
Der Begriff „Versagen der Märkte" ist unglücklich gewählt, weil er den fundamentalen Wandel verschleiert.

III. Das Problem ist nicht nur ein Ökonomisches.

Bevor wir seine Grenzen diskutieren, möchte ich die Antwort von Professor Stiglitz auf das Problem des "Versagens der Märkte" – wie er es nennt – zusammenfassen. Er sieht die Ursache für das Problem in einem „Mangel an **Transparenz**". Er empfiehlt einige Maßnahmen gegen das „Versagen der Märkte".
Die Erste: Die Regierungen müssen einen Ausgleich schaffen zwischen **sozialem Gewinn** und **privatem Gewinn**, indem sie Investitionen fördern, die der Gesellschaft nützen, z. B. in die Landwirtschaft, und nicht solche, die der Gesellschaft schaden, wie Immobilien-Spekulation.
Die Zweite: Die Regierung errichtet spezielle **Entwicklungsbanken**. Als Gegenbeispiel nennt er die privaten Banken in den USA mit ihren „miserablen Leistungen" und als gutes Beispiel die Entwicklungsbank von Brasilien. Sie ist doppelt so groß wie die Weltbank, und hatte „außerordentliche Erfolge" bei der ökonomischen Umgestaltung des Landes.

Schließlich warnt Professor Stiglitz vor der Liberalisierung der **Finanz- und Kapitalmärkte**, wie sie von Washington Consensus gefordert wird. Er erinnert uns an den Preis, den afrikanische Länder und viele gutgläubige Konvertiten zu bezahlen hatten, weil sie den Washington Consensus befolgten, statt selbst zu denken. Ein Zitat von Professor Stieglitz: „*Kredite an Klein- und Mittelbetriebe gingen zurück. In Summe, Kredite für produktive Investitionen gingen zurück. ... Wenig überraschend, schrumpfte das Wachstum in den Ländern, die liberalisierten.*" Die erfolgreichen Länder sind in Ostasien. Anders als afrikanische Länder regulierten sie die

Finanzmärkte im Interesse der eigenen Entwicklung.

Professor Stiglitz bezeichnet den **Washington Consensus** als Ideologie. Er hat dafür einen Begriff geprägt: „*Fundamentalismus der freien Marktwirtschaft*“. Dieser wurde in „Asien ignoriert“ aber er “*hat den Entwicklungsländern, besonders in Afrika, enormen Schaden zugefügt*“. Er sagt, „*die Krise von 2008 hat eine Nachdenkpause über die Schlüsselfunktion des Finanzsektors ermöglicht und darüber, wie Ideologien – nämlich die krausen Ideen über die Märkte – zu einer weltweiten Krise geführt haben*“. Daraus lernen wir zwei Lektionen: Erstens, „*mehr und bessere Regulierung ist gefordert*“;
zweitens: „*die Regierung muss eine aktive Rolle bei der Finanzierung von Entwicklungsprojekten spielen*.“

Ich bin kein Wirtschaftswissenschaftler, aber ich wurde gezwungen, mir ein Grundwissen anzueignen, um mich in der akademischen und in der weiten Welt zu verteidigen. Wie Sie lebe ich in einer Welt, in der die politische Debatte beherrscht wird – ich möchte sagen kolonialisiert wird –von Wirtschaftswissenschaftlern, deren Blickfeld eingeengt ist auf die Ökonomie. Professor Stiglitz kritisiert das als „Fundamentalismus der freien Marktwirtschaft“ und ich stimme darin mit ihm überein. So wie fundamentalistische Generäle glauben, dass das Ergebnis eines Krieges durch die Ereignisse auf dem Schlachtfeld bestimmt wird, so dreht sich das Denken von Wirtschafts-Fundamen-talisten nur um die Märkte, es ist gerade dadurch beschränkt. So wie ein Krieg zu bedeutend ist, als dass man ihn den Generälen überlassen darf, so ist der Wohlstand der Menschen zu bedeutend, als dass man ihn den Wirtschaftswissenschaftlern überlassen sollte.

Ich bewundere die Arbeit von Professor Stiglitz mit der er den Wahnsinn aufzeigt, den die sogenannten „Fundamentalisten der freien Marktwirtschaft“ verursacht haben. Aber ich möchte kritisch anmerken, dass **seine Definition des „Versagens der Märkte“ nicht ausreicht**. Ich werde beweisen, dass im Lichte der Herausforderungen vor denen wir heute stehen, seine Antwort auf die Probleme nicht ausreicht.

Um zu illustrieren, wie tiefgreifend diese Krise ist, möchte ich einige **Schlüsselereignisse** skizieren, die schon in den Jahren Clintons begannen. Beginnen wir mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. In den 90er Jahren drängte die Clinton Administration Russland zu einer sogenannten „Schocktherapie“, ein Cocktail aus Rezepten, die zuvor in den 80er Jahren in afrikanischen Ländern perfektioniert wurden und vom Washington Consensus als „**Strukturanpassungen** getauft wurden“. Diese Politik zerstörte wichtige Zweige der Konsumgüterindustrie, wie Pharmafirmen oder Geflügelfarmen, was zu einer Massenarmut in Russland führte. Unterstützt von der Clinton Administration, implementierten Jelzin und sein Spießgesellen freudig diese „**Schocktherapie**“ um sich auf Kosten der Demokratie zu bereichern. In den Worten der gemäßigten russischen Zeitung „Literaturnaja Gaseta“ verwandelte die „Schocktherapie“ Russland in ein „Katastrophengebiet“. Bemerkenswert ist, dass keiner der Architekten dieser Politik der Clinton Administration, weder Larry Summers, noch Jeffrey Sachs noch Präsident Clinton selbst, sich jemals öffentlich dafür entschuldigt haben.

Mein zweites Beispiel ist etwas aktueller. Die **EURO**-Zone wurde geschaffen für ein Europa mit einer einheitlichen Währung, aber Europa war und ist keine demokratische, politische Einheit. Das Ergebnis war eine Finanzpolitik ohne demokratische Legitimation. Die Regierungen Europas taten den eigenen Völkern das an, was in den 80er Jahren den afrikanischen Ländern vom Washington Consensus angetan wurde. Nicht gewählte Regierungen regieren Europa und diese regierende Phalanx ist niemandem verantwortlich. Nach allen technischen Standards, was in Europa Gestalt annimmt ist eine Diktatur. Dadurch, dass wichtige Mechanismen demokratischer Systeme aufgeweicht oder abgeschafft werden, verliert die Demokratie rasch an Glaubwürdigkeit. Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert versucht Deutschland, Europa zu seinem Hinterhof zu machen. Deutschland erreicht nun mit seinen Banken, was es im ersten und im zweiten Weltkrieg mit seinen Panzern nicht erreichen konnte. Es ist hochinteressant, dass nun ausgerechnet Deutschland eine demokratische Lösung für die Krise in der EURO-Zone vorschlagen soll, mit einer politischen Vereinigung Europas.

In der Geschichte hat die Demokratie den Kapitalismus - und die Märkte - im Zaum gehalten. Aber sowohl das Beispiel Russland und Europa zeigen, was passiert, wenn demokratische Prozesse im Interesse wirtschaftlicher Effizienz ausgeschaltet werden.

In beiden Fällen – Russland und Europa – und in vielen anderen **war das Problem nicht die Untätigkeit des Staates**. Tatsächlich haben die Staaten den Wahnsinn der Mächte des Marktes der Gesellschaft aufgezwungen. Die Gesellschaft ist der fehlende Parameter in der Gleichung Staat-Markt. Diese Gleichung definiert die Debatte über das „Versagen der Märkte“ unter den Wirtschaftswissenschaftlern. Die Tendenz sowohl des Marktes **als auch** des Staates ist es, die Gesellschaft zu verschlingen. Die Herausforderung besteht darin, die Gesellschaft gegen diese **beiden** Mächte zu verteidigen.
Hier ist meine These: Das Heilmittel gegen den Markt war nie der Staat, sondern immer die Demokratie. Nicht der Staat, sondern eine demokratische Politik hat in den letzten Jahrhunderten die schlimmsten Folgen des Kapitalismus abgewendet. Der wahre Beschützer demokratischer Ordnung war nie der Staat, sondern immer die Gesellschaft. Das Problem, mit dem wir heute konfrontiert sind, ist nicht das Versagen der Märkte sondern ein komplettes Versagen der Politik. Die Finanzialisation des Kapitalismus führt zu einem Zusammenbruch der demokratischen Ordnung. Am besten hat die Occupy Wall Street Bewegung in den USA das Problem beschrieben: Wir 99% gegen das 1%.

Meine dritte Frage: Muss diese empirische Erkenntnis nicht in eine theoretische Einsicht übersetzt werden? Müssen wir nicht unsere **Theorien revidieren**, über den Fokus auf das „Versagen der Märkte“ hinaus, nicht mehr begrenzt auf die Anklage des Marktes und des Staates, vielmehr interdisziplinär orientiert und konzentriert auf die Schnittstellen zwischen Ökonomie, Politik und Gesellschaft, um die Tiefe der Krise auszuleuchten, mit der wir heute konfrontiert sind und den Blick von Staat und Markt auf die **Gesellschaft** zu lenken?

IV. Lektionen für uns in Uganda, Ostafrika und ganz Afrika

Ich habe kaum einen Zweifel, dass meine Zuhörer hier wollen, dass wir über Fragen der Wirtschaftstheorie und der Diskussion über die globale Krise hinausgehen sollten. Meine Zuhörer wollen sicher eine Diskussion über die Krise in Uganda. Ich stelle jetzt im Namen meiner Zuhörer meine vierte und letzte Frage: Was sind die Lektionen für Uganda, Ostafrika und ganz Afrika?

Meine erste Beobachtung ist, dass die Krise in **Uganda** nichts Außergewöhnliches ist, wenn man auf den Rest der Welt schaut. In seinen eher praktischen und weniger akademischen Beobachtungen hat Professor Stiglitz geschrieben, dass das Ausmaß des Problems den größten Teil der Welt umfasst. 2007 hat Professor Stiglitz über die Globalisierung im Blog von Beppe Grillo geschrieben: “Für den größten Teil der Welt scheint die **Globalisierung** - so wie sie gehandhabt wurde - wie ein Pakt mit dem Teufel. Einige wenige im Land werden reicher. Die BIP Statistiken, mit ihrem zweifelhaften Wert, schauen besser aus, aber das tägliche Leben und die Grundwerte sind in Gefahr. … So hätte es nicht kommen dürfen.“

Es wäre schade, wenn Sie, meine Zuhörer, von Professor Stiglitz' Vortrag weggingen mit der Information, dass das Problem nur im "Versagen der Märkte" besteht und dass die Lösung ein starker Staat ist, der die Märkte reguliert und Entwicklungsprojekte finanziert. Ist die Lektion, die wir in der Ära der Struktur-Anpassung gelernt haben, dass wir nur einen starken Staat brauchen, der uns gegen den Washington Consensus verteidigt? Oder stellt sich aus der Erfahrung mit dem Struktur-Anpassungs-Programm eine zweite Frage: Was passiert, wenn Entwicklungsländer gezwungen werden, ihre Märkte zu öffnen, bevor sie stabile **demokratische Strukturen** haben, **die ihre Bürger schützen**? Ist es überraschend, wenn das Ergebnis schlimmer ist als der alte Kapitalismus, schlimmer als private Korruption, wo die „Staatsdiener" ihre Positionen nützen um öffentliche Ressourcen zu privatisieren und die soziale Opposition zu unterdrücken?
Soziale Aktivisten in Uganda beklagen immer mehr, dass der **Staat** und der **Markt** nicht gegeneinander sondern **in einem teuflischen Pakt zusammen arbeiten**. So wie in den USA der Staat die Gier der Banken befriedigt, wurde aus dem Staat in Uganda ein Sprungbrett in eine systematische Korruption. Die Enteignungsgesetze werden missbraucht, um Land billig zu erwerben unter dem **Vorwand der Entwicklung** – vom Regenwald bis zu Grund- und Sekundarschulen. Sogar Parlamentarier, die über Erdölgewinnung debattieren, klagen fast täglich darüber, dass ihnen Informationen vom Staat vorenthalten werden. Der Staat benützt alle Möglichkeiten, um die öffentliche Debatte, wofür denn öffentliches Gut genutzt wird, zum Verstummen zu bringen. Die Frage ist ganz einfach: Was passiert, wenn sogar der Staat und nicht nur die Marktmächte Informationen vor der Öffentlichkeit geheim halten.

Ich möchte unseren Blick erweitern auf die Ostafrikanische Gemeinschaft. Die politische Klasse in Afrika ist schwach. Ihre Vision ist umwölkt von der einzigen Sorge um das eigene politische Überleben. Das Ergebnis ist ein einzigartiger Mangel an Vorstellungskraft, mit einer **Tendenz, Ideen aus dem Westen unreflektiert zu übernehmen.** Die Afrikanische Union (AU) benannte sich nach der Europäischen Union (EU). Die Ostafrikanische Gemeinschaft übernahm den europäischen Prozess, wie Angelhaken –leine und –blei: Zuerst einen gemeinsamen Markt, dann eine gemeinsame Währung, alles vor einem politischen Übereinkommen. Hier kommt meine Frage: Wird der Versuch, das europäische Rezept zu übernehmen – eine gemeinsame ostafrikanische Währung, ohne ein gemeinsames politisches Rahmenkonzept für Ostafrika, ohne Lösung der Fragen nach Souveränität, Bundesstaat oder Staatenbund – nicht zu einer **Krise wie in Europa** führen?

V. Schlussfolgerungen

Lassen Sie mich abschließen mit zwei Beobachtungen machen, eine theoretische und eine politische. Als Doktorand gab mir mein Ökonomie-Professor den großen Nachkriegsklassiker von **Karl Polanyi** '**The Great Transformation'** zu lesen. Polanyi war der erste, der darauf hinwies, dass selbstregulierende Märkte die Tendenz haben, eine soziale Katastrophe herbeizuführen. Polanyi begann mit der Beobachtung, dass der Markt wesentlich älter ist als der Kapitalismus. Es gab ihn schon seit Tausenden von Jahren. Die Märkte koexistierten mit verschiedenen Ökonomien und Gesellschaften: kapitalistischen, feudalen, Sklavenhaltern, gemeinschaftlichen, kurz mit allen Formen. Das unterscheidende Merkmal war in allen früheren Zeiten, dass die Gesellschaften immer die Märkte regulierten, sie setzten Beschränkungen für ihre Tätigkeiten und begrenzten damit private Bereicherung und Verarmung der Massen. Nur im Kapitalismus befreite sich der Markt von der Gesellschaft. Als Konsequenz dieser Entwicklung wurden einige wenige sehr reich und die Massen verarmten. Man kann sagen, eine Folge dieses Vorgangs ist, dass wir jetzt die Regulierung als Aufgabe des Staates und nicht der Gesellschaft sehen.

Dieser Lösungsansatz führt sehr rasch zu einem Problem. Nicht nur dass sich der Markt von der Gesellschaft befreit hat, der Staat versucht zugleich dasselbe. Nicht nur drohen die Marktmächte die Gesellschaft zu kolonisieren, auch der Staat droht die Gesellschaft zu verschlingen.
Der freie Markt bietet keine Befreiung von Armut, er ist die einzige Ursache für die moderne Armut.
Der souveräne Staat bietet keine Garantie für die Freiheit, er droht jede freie Gesellschaft zu untergraben.
Die Herausforderung heißt nicht, wie kann der Staat die Märkte regulieren, sondern wie kann die Gesellschaft sowohl den Staat als auch die Märkte regulieren.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

---

* HERAUSGEGEBEN VON PAMBAZUKA NEWS

LITERATUR
1. Stephen E. Cohen, "The Soviet Union's Afterlife," The Nation, New York, January 9/16, 2012
2. Karl Polanyi, The Great Transformation.
3. Robert Pollin, Department of Economics and Political Economy Research Institute University of Massachusetts-Amherst, Review (for Challenge Magazine) of The Roaring Nineties: A New History of the World's Most Prosperous Decade by Joseph E. Stiglitz, Political Economy Research Institute, Working paper No. 83, 2004
4. Joseph Stiglitz, "Market Failures in the Financial System: Implications for Financial Sector Policies, especially in Developing Countries," Joseph Mubiru Lecture, Bank of Uganda, Munyonyo Conference Centre, Kampala, July 16, 2012, 28 pp.

25. 7. 2012, Ausgabe 595

http://pambazuka.org/en/category/features/83875

Danke für die Übersetzung durch Herbert Kaser, coorditrad /SiG-Redaktion

Kommentar auf dem PAMBAZUKA Blog:

Powerful insights from Professor Mamdani. Society needs to capture its democratic space from both the markets and the state. We are being bartered from every angle by either the state or the markets everyday. The greed of the markets leads to our life time savings being eroded overnight, while the state entrenches poverty through demolition of the poor's squatters as they are being termed illegal dwellers. As Fukuyama (2011) argues the rule of law exists to protect the elite and not the poor.Its the poor who were mowed down by the state in Marikana, South Africa to protect the mine shareholders, who are now Black elites.(Gordon Mbongwe)

** Mahmood Mamdani ist Professor und Direktor des Makerere Institute of Social Research in Kampala und Herbert Lehman Professor of Government at Columbia University, New York City.*
Mahmood Mamdani ist auch der Autor von: „Guter Moslem, böser Moslem: Amerika und die Wurzeln des Terrors Nautilus, Hamburg 2006,

19. Friedenspolitischer Ratschlag
Die Rückkehr des Krieges in die Politik
Vom arabischen Frühling in den globalen Winter?
Die Abschottung des reichen Nordens gegen den armen Süden
Wirtschaft, Politik, Militär und Medien: die unheilige Allianz
Eine Welt ohne Krieg ist möglich

Samstag/Sonntag, 1./2. Dezember 2012
Universität Kassel, Wilhelmshöher Allee 73

Das Programm http://www.ag-friedensforschung.de/rat/2012/programm.pdf

Mohssen Massarrat

Klimaimperialismus

Hans Werner Sinns Lösungsvorschlag für das „grüne Paradoxon“

In seinem von Politikern, Unternehmern und Medien vielfach gelobten Buch gelang Hans-Werner Sinn, dem Chef des Münchener Instituts für Wirtschaftsforschung, das Kunststück nachzuweisen, dass alle selektiv gedachten und auch praktisch umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen dem Klimaschutz nicht nützen, sondern schaden.(2) Dabei verfolgt Sinn, im Unterschied zu vielen anderen neoliberalen Ökonomen, durchaus nicht die Absicht, den Klimaschutz mit ökonomischen Argumenten als überflüssig zu erklären. Ganz im Gegenteil widmet er einige Kapitel seines Buches der ausführlichen Begründung, dass Politik dringend handeln müsse, um den Klimawandel zu bremsen. Mehr noch: Sinn, immerhin der Wortführer der neoliberalen Ökonomen in Deutschland, hängt sich, gemessen an der sonst üblichen Marktgläubigkeit seiner Zunft, weit aus dem Fenster und erklärt den Klimawandel, in Anlehnung an den Bericht der Stern-Kommission,(3) zum „*größten Marktfehler in der Geschichte der Menschheit*“.(4) Nicht nur mit solchen für einen neoliberalen Wortführer unerwarteten Einsichten, sondern auch mit seiner Kritik der herkömmlichen Klimaschutzinstrumente, wie Ökosteuern, Emissionshandel (Kioto-Instrument), lenkt Sinn die öffentliche Aufmerksamkeit auf seine Studie. Zum einen kritisiert Sinn die Nachfragefixierung dieser Instrumente und „ *das Vergessen der Angebotsseite*“. Damit legt er tatsächlich die Hand auf den wunden Punkt der bisher auch von den Grünen und Teilen der Umweltbewegung befürworteten Klimaschutzpolitik, da dadurch das Marktverhalten der globalen Anbieter von fossilen Energien als nichtexistent betrachtet und ausgeklammert, somit riskiert wird, dass Nachfrage orientierte Maßnahmen den Klimaschutz konterkarieren. Und zum anderen kritisiert Sinn die selektive Anwendung der Instrumente, weil sinkende Nachfrage in einem Land die Anbieter, um sinkende Einnahmen zu kompensieren, dazu verleitet, ihre Produktion zu steigern, weshalb die Weltmarktpreise wieder sinken und den Verbrauch in Ländern ohne Klimaschutzstrategie stimulieren. Was also das Klima schützen solle, verursache am Ende mehr Schaden für das Klima. Sinn nennt diesen in der Realität tatsächlich vorkommenden Effekt als „*grünes Paradoxon*“(5), der jedoch in der bisherigen Klimaschutzdebatte angeblich übersehen worden sei. „*Klimastudien, die Angebotsentscheidungen auf den Weltmärkten zu einem integralen Bestandteil der Analyse machen*“, seien rar, behauptet Sinn in seinem Buch.(6) Mit seiner insgesamt zutreffenden Kritik, erzeugt Sinn die Erwartung, ein Marktradikaler würde aus den klimapolitischen Fehlentwicklungen endlich „sinn“volle Rückschlüsse ziehen und ein ganzheitliches Konzept liefern, das alle globalen Akteure mit einbezieht und selektive Schritte vermeidet, damit es ökologisch um so wirkungsvoller eingesetzt werden kann. Ob aber Sinn diese Erwartung erfüllt, wird Gegenstand folgender Ausführungen sein.

Neue Thesen?

Diesen Ausführungen sollen allerdings einige Zeilen vorausgehen, inwiefern Sinns “*grünem Paradoxon*“ jene Originalität zukommt, die er gern für sich in Anspruch nimmt, zumal diese Frage in besonderer Weise die eigene Forschung des Verfassers zum Thema substanziell tangiert.

Seit 1993 habe ich in mehreren Büchern(7), in zahlreichen Artikeln, z.B. in der Politischen Ökologie, in den Blättern für deutsche und internationale Politik, in Spektrum der Wissenschaften, in der Zeit, in der FR etc. und bei etlichen Diskussionsveranstaltung und Hearings, darunter auch im Finanzausschuss des deutschen Bundestages, sehr eindringlich die Schwächen der Kioto-Instrumente mit teilweise sogar identischen Begründungen, wie sie nunmehr Sinn vorbringt, aufgezeigt. In meinem bereits 2000 veröffentlichten Buch „*Das Dilemma der ökologischen Steuerreform*“ beschreibe ich ausführlich mit dem „Dilemma“ der kontraproduktiven Wirkung von selektiv und auf der Nachfrageseite eingesetzten Klimaschutzmaßnahmen exakt das, was Sinn acht Jahre später als „grünes Paradoxon“ bezeichnet. Ich erwähne dies deshalb, weil es fast unvorstellbar ist, dass diese durchaus der breiten Öffentlichkeit zugänglichen Publikationen dem Umfeld des Instituts für Wirtschaftsforschung in München verborgen geblieben sind.(8) Auch Wikipedia lässt meine lange vor Sinns „*grünem Paradoxon*“ entwickelte Forschung leider unerwähnt.

Ungeachtet der Frage der Originalität kommt Hans-Werner Sinn mit seiner Kritik der selektiv und aktionistisch agierenden Klimaschutzprotagonisten auf jeden Fall der Verdienst zu, gesellschaftliche Akteure für ganzheitliche ökonomische Analysen des Klimaproblems sensibilisiert zu haben, die kapitalismuskritische Autoren schwer erreichen können. Bevor jedoch geklärt wird, ob Sinn die Klimaschutzdebatte befruchtet und bei der gegenwärtigen Sackgasse, in der sich der Kioto-Prozess am Vorabend der noch in diesem Jahr fälligen Verlängerung des Kioto-Protokolls befindet, neue Wege aufzeigt, muss auf den fundamentalen Mangel seiner Analyse, hingewiesen werden, den er mit fast allen neoklassischen und neoliberalen Ökonomen teilt: Er klammert nämlich den Faktor Macht bei der Preisbildung und der Öl Rendite-Aufteilung zwischen den Eigentümerstaaten, den multinationalen Konzernen und den Öl verbrauchenden Staaten ahistorisch vollständig aus und unterschlägt im Ergebnis damit, dass sich hinter der Klimaschutzfrage auch eine Frage der globalen Verteilung von Ölrenten unvorstellbaren Ausmaßes verbirgt. Ohne eine Einbeziehung dieser Frage können ganz sicher neue Illusionen, jedoch keine glaubwürdigen und praktikablen Konzepte entstehen. Sinns Analyse niedriger Ölpreise im 20. Jahrhundert bleibt durch diese Schwäche auf jeden Fall unzulänglich. Er verliert folgerichtig über die Auswirkungen hegemonialer Außenpolitik der USA auf die Öl- und Energiemärkte, die diese bezüglich den im Mittleren Osten gelagerten Ölquellen verfolgen, keine einzige Zeile. Hier kann lediglich ein knappes Ergebnis einer umfassenden Analyse dieser Aspekte, soweit für das Verständnis der Kritik an Sinn erforderlich, wiedergegeben werden.(9)

Die imperialistische Intervention der USA verfolgte im 20. Jh. sehr erfolgreich stets das Ziel, die Ölpreise, soweit und solange es möglich war, niedrig zu halten. Die neoklassische Ökonomie ignorierte nicht nur die ökologisch zerstörerische Rolle niedriger Ölpreise, sie interpretierte diese sogar als ökonomisches Indiz für die Unbegrenztheit fossiler Ressourcen.(10)

Um Sinns Konzept jedoch im Lichte der aktuellen Entwicklung der Energieweltmärkte beurteilen zu können, soll hier folgender Fakt festgehalten werden: Die Ära der politisch bestimmten und niedrigen Ölpreise scheint ein für allemal zu Ende zu gehen. Fortan dominieren Knappheitspreise auf den Öl- und Energiemärkten und in der Regel auch auf hohem Niveau. Diese werden tatsächlich durch Marktkräfte (Angebot und Nachfrage, die zunehmende Knappheit, ferner die Grenzkosten erneuerbarer

Energien und gelegentlich auch die Finanzspekulationen) reguliert.(11)
Ohne den historischen Bezug nimmt Sinn die Tatsache von gegenwärtig hohen Ölpreisen und dass Ressourcenanbieter über Marktmacht verfügen immerhin zur Kenntnis und setzt der neoklassischen Vergesslichkeit und Ignoranz ein Ende, indem er anerkennt, dass Ressourcenanbieter auch Marktakteure sind und bei einer Klimaschutzpolitik, die wirken soll, nicht weiter außen vor gelassen werden dürften. Was aber folgert Sinn aus seiner richtigen Einsicht über die Realität der Anbieterstaaten fossiler Energien als Marktakteure. Will er diese Marktkräfte in ein globales Regulierungsmodell integrieren und eine tragfähige Klimaschutzstrategie vorschlagen, die die Marktfehler vermeidet und im Sinne der Senkung von Kohlenstoffemissionen wirklich funktioniert?

Umverteilung der Ölrenten

„*Marktapologeten räumen gelegentlich ein*“, sagt Joseph Stiglitz, “*dass Märkte versagen, ja sogar katastrophal versagen können, behaupten jedoch, letztlich korrigierten die Märkte sich selbst.*“(12)
Sinn ist ein solcher Marktapologet. Er gesteht an vielen Stellen seiner Studie auch tatsächlich ein, der Klimawandel sei der größte Marktfehler in der Geschichte, da der Markt die Klimaschäden durch den Verbrauch von Kohlenstoffen als volkswirtschaftliche Kapitalkosten nicht erfasse.(13) Wer aber glaubt, Sinn beabsichtige, dieses Problem, durch eine politische Regulierung bewältigen zu wollen, der muss sich getäuscht fühlen. Um das Marktversagen zu korrigieren, fällt tatsächlich Sinn nichts besseres ein, als - genauso, wie Stiglitz es meint -, erneut ein Marktinstrument vorzuschlagen: Eine Quellensteuer auf die Kapitalerträge der Ressourceneigentümer soll es richten. Eine an der „Quelle“ zu erhebende Steuer, sagt Sinn, „*macht diese Anlagen unattraktiver und veranlasst die Ressourceneigentümer, einen größeren Teil ihres Vermögens im Boden, statt bei ihrer Bank zu halten, also die fossilen Kohlenstoffe langsamer zu fördern.*“(14)
Auf den ersten Blick scheinen Quellensteuern wegen ihrer flächendeckenden Wirkung gegenüber selektiv auf nationaler Ebene erhobenen Ökosteuern eine qualitative Verbesserung darzustellen. Bei genauerem Hinsehen löst sich dieser scheinbare Vorteil jedoch in Luft auf Denn Quellensteuern auf die Erträge der Ressourceneigentümer hatten auf das Marktverhalten der Ressourceneigentümer eine ähnliche Wirkung wie Ökosteuern auf fossile Energiepreise. Beide Instrumente bewirken im Ergebnis sinkende Einnahmen bei den Ressourceneigentümern. Und in beiden Fällen sehen sich diese mit einer drohenden Teilenteignung konfrontiert und reagieren darauf mit Produktionssteigerung, um ihre Erträge zu stabilisieren. In beiden Fällen führt das Marktverhalten der Ressourceneigentümer also zum „grünen Paradoxon“. Weshalb aber die Anbieter bei Belastung ihrer Erträge durch Quellen-steuern ihre Produktion verlangsamen, bei Belastung durch Ökosteuern dagegen beschleunigen sollten, bleibt ein Rätsel, das die Inkonsistenz von Sinns Argumentation offen legt.

Ferner legt Sinn mit seiner Darstellung, in welchem Teil der Welt die Quellensteuern eigentlich erhoben werden sollten, offen, welches zusätzliche Ziel er außer dem Klimaschutz noch verfolgt: „*Im übrigen verschafft auch die Quellensteuer der westlichen Welt Steuereinnahmen*“ begründet Sinn den für westliche Industrieländer positiven Verteilungseffekt seines Vorschlags, um diesen offensichtlich auch finanz- und verteilungspolitisch zu legitimieren: „*Die von den Ressourcenanbietern verdienten Gewinne*“, fährt Sinn fort, „*werden ja auf den Kapitalmärkten der Verbraucherländer angelegt und erzeugen Zinseinkommen, die der Quellenbesteuerung unterworfen werden können*.“(15)

Quellensteuer auf Zinseinkommen - ist das eigentlich nicht zu begrüßen? Tatsächlich ist die Besteuerung der in den westlichen Industrieländern selbst erwirtschafteten Zinseinkommen eine sozial gerechtfertigte Maßnahme. Die Erhebung einer Quellensteuer in den Verbraucherstaaten auf die Gewinne, die in den Ressourcenstaaten erwirtschaftet werden, ist jedoch eine imperialistische Einkommensumverteilung. Genau letztere Variante schwebt Sinn vor und er will mit seinem „narrensicheren“(16) Vorschlag offensichtlich den Ressourcenanbieterstaaten jährlich hunderte Milliarden Ölrenten aus der Tasche ziehen, um diese den Ökonomien der westlichen Verbraucherstaaten zuzuführen. Insofern stellt sich Sinns Vorschlag einer Quellensteuer funktional als eine Neuauflage von Ökosteuern heraus. Beides sind zu allererst Marktinstrumente einer Umverteilung der Ölrenten zu Lasten der Ressourceneigentümerstaaten Sie unterscheiden sich in erster Linie dadurch, dass sie sich auf unterschiedliche historische Rahmenbedingungen beziehen: Ökosteuern sind ein Preisaufschlag und daher ein geeignetes Instrument für die Ölniedrigpreisära im 20. Jahrhundert. Mit Quellensteuern liefert Sinn ein Instrument für die Ära hoher Ölpreise, das auf Abschöpfung von gestiegenen Einnahmen der Ressourcenstaaten zielt.

Super-Kioto

Ob aber Quellensteuern dem Klimaschutz nutzen, wie Sinn annimmt, steht auf einem völlig anderen Blatt. Denn er eröffnet mit diesem Vorschlag eine für den Klimaschutz folgenreiche Konfrontation mit den Ressourceneigentümern. Offensichtlich ist ihm selbst die fehlende Konsistenz seines Vorschlages nicht ganz entgangen. Daher macht er auch aus seiner Unsicherheit mit einigen Einwänden keinen Hehl und will die Quellensteuer lediglich als eine Ergänzung zu einem „Super-Kioto-System“ verstanden wissen, das den juristischen und politischen Rahmen einer „*weltweiten Mengenbewirtschaftung eines lückenlosen Emissionshandelssystems*“ darstellen sollte, um das man nicht herum käme, „*so bedenklich manche Begleiterscheinungen einer solchen zentralplanerischen Lösung auch sein mögen*.“(17) Bei dieser letzten Option, die im Unterschied zu allen andern Möglichkeiten der „*Königsweg*“ sein soll, handelt es sich um „*die Bildung eines lückenlosen Nachfragekartells, an dem sich alle Verbraucherländer beteiligen*.“(18)

Dieses Nachfragekartell bzw. Super-Kioto soll unter der Verantwortung der UNO stehen und durch verbindliche Beteiligung aller Verbraucherstaaten an einer klimazuträglichen Mengenbewirtschaftung von Kohlenstoffemissionen ein lückenloses Emissionshandelssystem organisieren.(19)
Sinns Super-Kioto hat gegenüber dem gegenwärtige Kioto–System den Vorteil, dass alle Verbraucherstaaten an einem Strang ziehen und klimapolitisch kontraproduktive Effekte wie das „grüne Paradoxon“ nicht entstehen würden, wenigstens nicht mehr durch Ausscheren auf der Verbraucherseite. Welche Rolle sollen aber die Anbieter übernehmen, die Sinn eigentlich in einem globalen Klimaschutzkonzept einbeziehen wollte? Dazu Sinn selbst: „*Die Mengenbeschränkung könnte in Form eines weltumspannenden Zertifikatesystems realisiert werden, wie es seit 2008 von der UNO schon für eine Teilmenge von Ländern organisiert wird. Dann würde zwar die Zuweisung der Kohlenstoffmengen auf die einzelnen Länder immer noch durch einen Marktme-chanismus gesteuert, nur wären es nicht mehr die Ressourceneigentümer, die den Zeitpfad des Abbauvolumens für die Welt festlegen, sondern die UNO. Der Macht der UNO könnten sich die Ressourcenanbieter nicht mehr entziehen.*“(20)

Zusammengefasst soll das neue Kioto formal unter dem Dach der UNO stehen, wobei der Nachfrageseite, d. h. den Hauptverbraucherstaaten (USA , EU, Japan und Schwellenländern), de facto die absolute Steuerungs- und Kontrollmacht überlassen bleibt, während dem Ressourcenanbieter die Rolle eines zahnlosen Tigers zugestanden wird. Hatte es aber diese Form der einseitigen Nachfrage-Anbieter-Beziehung im US-dominierten Ölpreisregime in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht schon einmal gegeben? Zwar ist in Sinns globalem Modell neu, dass anstelle der Hegemonialmacht USA die UNO treten, unverändert bleibt jedoch das Problem

bestehen, dass die Ressourceneigentümer auch in einem UN-dominierten Modell nicht als autonom handelnde Subjekte, sondern als Getriebene der Nachfrageseite definiert werden. Mehr noch: Sinn schwebt es vor, die Anbieterseite geradezu an die Wand zu fahren: „*Wenn sich alle Verbraucherländer einer Mengenbeschränkung unterwerfen, dann finden die Ressourcenanbieter für ihr Angebot keine Nachfrage und müssen sich beugen, ob sie es wollen oder nicht. Die Erwartungen über die Zukunft spielen dann keine Rolle mehr. Mit Mengenbeschränkungen, die für alle Nachfrager gelten, werden die Verhältnisse quasi mit dem Vorschlaghammer dorthin gezwungen, wo man sie haben will.*“(21)

Wurde im hegemonialen US-Ölpreis- und Ölrentenverteilungssystem mit allen denkbaren politischen und militärischen Mitteln die Marktmacht der Ressourcenanbieter marginalisiert, um die Ölpreise auf niedrigem Niveau zu halten und die Ölrenten in die westlichen Finanzzentren umzuleiten, schwebt Sinn mit seinem Vorschlag letztlich etwas Ähnliches vor. Denn durch die Mengenbeschränkung auf der Nachfrageseite, so Sinn weiter in seiner Analyse, würde einerseits die Nachfrage nach Ressourcen preisunelastisch und andererseits der Ölpreis durch die Konkurrenz der Ressourceneigentümer sogar sinken „*Das Ergebnis wäre für die Verbraucherländer*“, so Sinns Schlussfolgerung, „*in doppelter Hinsicht attraktiv. Zum einen würde der fossile Kohlenstoff nicht so schnell abgebaut, was den Klimawandel verlangsamt. Zum anderen müssten die Verbraucherländer nicht mehr so viel für die Brennstoffe zahlen. Zwar wären die Energiekosten für die individuellen Verbraucher höher, weil sie auch noch die Zertifikate erwerben müssen, doch würde der Fiskus eines jeden Landes über mehr Einnahmen verfügen, was den Bürgern über zusätzlich bereitgestellte öffentliche Güter oder niedrigere Steuern zugute käme. Die Verbraucherländer in ihrer Gesamtheit, Bürger und Fiskus zusammen genommen, zahlen auf jeden Fall weniger für die fossilen Ressourcen, weil sie ihre Nachfrage einschränken und den Weltmarktpreis drücken. In seinem Kern läuft das so beschriebene Super-Kioto-System aus ökonomischer Sicht auf eine Teilenteignung der Ressourceneigentümer und den partiellen Ersatz der Marktsteuerung durch eine zentralplanerische Mengensteuerung hinaus.*“(22)

Imperialistisches Projekt

Sinns Super-Kioto erweist sich zuallererst – darüber dürfte kaum Zweifel bestehen – als ein ausgeklügeltes superimperialistisches System der Eigentums- und Einnahmeübertragung von den Ressourcenstaaten auf die Verbraucherstaaten. Er will zwar Klimaschutz, jedoch einen solchen, der dem Westen keine ökonomischen Nachteile, sondern sogar Vorteile bringt, Sinn setzt auf Enteignung der Öl- und Gaseigentümerstaaten, er bewegt sich dadurch in einem konfrontativen Denkgebäude, in dem es Gewinner und Verlierer gibt und eine globale Kooperation ausgeschlossen ist. Sein Konzept ist genauso auf die Interessen der Nachfrageseite ausgerichtet, wie das gegenwärtige Kioto–System auch. Der Unterschied besteht lediglich in der Radikalität, mit der Sinn den Klimaschutz imperialistisch betreiben will. Wie soll dieses konfrontative Konzept funktionieren und wie werden sich die Anbieterstaaten auf die Rolle überhaupt einlassen, die Sinn für sie vorgesehen hat? Natürlich nicht, das weiß Sinn auch: „*Die Ressourcenländer werden sich mit Händen und Füßen gegen eine solche Lösung wehren. Sie werden versuchen, die Bildung eines weltumspannenden Nachfragekartells durch die UNO zu verhindern und möglichst viele Länder durch Sonderlieferungen billigen Kohlenstoffs aus dem Kartell heraus zu brechen.“(*23)

Freiwillig werden die Anbieterstaaten also die gewünschte Rolle nicht übernehmen, auch Sinns Klimaschutzkonzept würde, gerade weil es eine konfrontative Strategie darstellt, auf seine Weise das „ *grüne Paradoxon*“ hervorrufen, das er vorgibt verhindern zu wollen. Möglicherweise schwebt ihm insgeheim vor, die Anbieterstaaten durch flächendeckende militärische Interventionen zu enteignen und sämtliche Öl- und Gasquellen, zumal für den guten Klimaschutzzweck, der UNO zu übertragen. Dazu äußert sich Sinn nicht offen, jedoch salomonisch: „*Nur der Schrecken der weiteren Erwärmung der Atmosphäre, gepaart mit dem Umstand, dass die Verbraucherländer ständig erhebliche Teile ihres Realeinkommens zur Ersteigerung immer geringer werdender Kohlenstoffmengen werden aufwenden müssen, macht das weltumspannende Nachfragekartell, das die UNO plant, attraktiv. Die Politik hat die Wahl zwischen Scylla und Charybdis.*“ (24) Selbst wenn Sinn hier die Menschheit nicht vor die Alternative stellt, entweder eine Klimakatastrophe oder eine konfrontativ–imperialistische Enteignung hinzunehmen, muss jede Klimaschutzstrategie, die eine Seite der globalen Akteure zu Verlierern macht, letztlich in die militärische Sackgasse einmünden, ohne im Geringsten zur Verhinderung der Klimakatastrophe einen Beitrag zu leisten. Das Klimaproblem ist ein globales Problem, und es kann gelöst oder wenigstens entschärft werden, wenn statt Konfrontation und Diskriminierung der einen Seite die Kooperation Aller - der Verbraucher, wie die Anbieter von fossilen Energieträgern - zur ethischen Grundlage eines neuen Kioto–Modells gemacht würde, dessen Konturen längst formuliert wurden.25

Erschienen in JW von 27.August 2012

Fußnoten

1. Es handelt sich um die Kurzfassung von Massarrat, Mohssen: „Sinns Paradoxon oder warum Marktkräfte das Klima nicht schützen können“, der in „Z“ im September 2012 erscheinen wird.
2. Hans-Werner Sinn: Das grüne Paradoxon. Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik. 2009. Hamburg.
3. N. Stern: The Economics of Climate Change. The Stern Review, 2007, Cambridge UK.
4. Sinn 2009, a.a.O., S. 376.
5. Ebenda, S. 405f.
6. Ebenda, S.330
7. So 1993: Endlichkeit der Natur und Überfluss in der Marktökonomie und 2000:Das Dilemma der ökologischen Steuerreform, beides im Marburger Metropolis-Verlag.
8. In einem Brief wehrt sich Sinn mit dem Verweis gegen einen möglichen Plagiatsvorwurf - den ich an keiner Stelle erhoben hatte – ich hätte das „Intertemporale Optimierungskalkül gar nicht benutzt“, weshalb ich seine Forschungsergebnisse nicht “vorweggenommen“ haben könnte.
9. Ausführlicher dazu siehe Massarrat, 2012.
10. Allen voran sei hier der Ökonomie-Nobelpreisträger Robert Solow genannt, der in seinem von den neoklassischen mainstream-Ökonomen viel zitierten Standard-Beitrag das Problem der Knappheit fossiler Ressourcen schlicht leugnete. Robert M. Solow: The Economics of Ressources or the Ressources of Economics, in: The American Economic Review, 1974, vol. LXIV, No. 2.
11. Ausführlicher vgl. Massarrat, Mohssen: Rätsel Ölpreis, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2008
12. Stiglitz, Joseph, Wachstum mit links, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9/2011, S. 58.
13. Sinn, 2009, a.a.O., S. 426 f.
14. Ebenda, S. 427.
15. Ebenda, S. 432.
16. Ebenda, S. 431.
17. Ebenda, S. 433.
18. Ebenda, S. 417.
19. Ebenda
20. Ebenda, S. 418.
21. Ebenda, S. 417 f
22. Ebenda, S. 419 f.
23. Ebenda, S. 421.
24. Ebenda, S. 421.
25. Vgl. dazu die Langversion dieses Beitrages, in Massarrat, 2012, a.a.O:

Skizze des konstitutiv-völkerrechtlichen Rahmens, der politischen Maßnahmen und ökonomischen Instrumente eines auf gegenseitig-globalen Kooperation beruhenden Super-Kiotos:

1. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen erklärt sämtliche fossile Ressourcen zum Erbe der Menschheit, überlässt jedoch gleichzeitig den bisherigen Ressourceneigentümern die Nutzungsrechte an diesen Ressourcen, die an Abgaben an

einen UN-Klimafonds gekoppelt sind. Die Überlassung der Nutzungsrechte ist für die Zustimmung der betroffenen Staaten und den Aufbau von kooperativen Strukturen unabdingbar. Auch die Industrienationen werden wegen ihrer Verantwortung für den hohen Anteil an Kohlenstoffemissionen in der Vergangenheit an der Finanzierung des Klimafonds angemessen beteiligt. Mit dem Kapital dieses Klimafonds wird der weltweite Übergang zum Zeitalter erneuerbarer Energien, vor allem in den armen Staaten, finanziert. Sollte sich jedoch dieser – zugegeben radikale, als Modell für die Nutzung sämtlicher globaler Ressourcen jedoch nachhaltige – Weg als noch nicht durchsetzbar herausstellen, böte sich dazu alternativ an, das bestehende Kioto in ein kooperatives Anbieter-Verbraucher-Gremium der UN zu verwandeln, in dem beide Seiten die Bedingungen einer weltumspannenden Mengenbewirtschaftung von Kohlenstoffen gemeinsam regeln.
2. Zu diesen Regeln gehören aus heutiger Sicht: *Erstens* die verbindliche Festlegung der insgesamt zulässigen Menge an Kohlenstoffemissionen, die in einem bestimmten Zeitraum (z. B. bis 2050 oder 2100) in die Atmosphäre ausgestoßen werden dürfen. Die IPPC (Intergovernmental Panel on Climate Change) verfügt zu diesem Zweck über fundierte Expertisen. *Zweitens* die verbindliche Aufteilung der Gesamtmenge auf die verbleibende Restzeit und dies innerhalb eines Korridors, der hinreichende Flexibilität der Marktkräfte zulässt. *Drittens* die verbindliche Aufteilung der Angebotsmenge von Kohlenstoffen (Öl, Gas, Kohle und sonstige Kohlenstoffe) unter den Ressourcenstaaten für die Restzeit unter Berücksichtigung einer marktkonformen Flexibilität. Da die Zahl der Marktakteure mit ca. 20 Ressourcenstaaten, zuzüglich der 100 Vermarktungskonzerne, insgesamt überschaubar bleibt, dürfte auch ihre Kontrolle ob der Einhaltung ihrer Verpflichtungen kein unmögliches Unterfangen sein und im Vergleich mit dem Kontrollsystem des Zertifikatshandels auch deutlich geringere Transaktionskosten verursachen.

Quelle: Mohssen Massarrat,2012: Sinns"Paradoxons".oder warum Marktkräfte das Klima nicht schützen können, in : Z, September 2012

Fathi CHAMKHI,
RAID-Sprecher (Mitglied von Attac und Cadtm)

Ecuador hilft Tunesien beim Schuldenaudit

Das CADTM ist hoch erfreut über die voraussichtliche Zusammenarbeit zwischen Tunesien und Ecuador bei Tunesiens Schulden-Audit

Ecuadors Präsident, **Rafael Correa**, hat kürzlich bekannt gegeben, dass er auf Bitte des tunesischen Präsidenten ein Team von Wirtschaftswissenschaftlern als Berater nach Tunesien senden wird, um die Erfahrung seines Landes mit dem Schuldenaudit weiterzugeben. Die Unterstützung erfolgt, nachdem eine Abgeordnete der Nationaler Verfassungsgebender Versammlung Tunesiens einen Gesetzentwurf zur Einberufung einer Schuldenaudit-Kommission eingereicht hatte.

Das CADTM, das an der Überprüfung (Audit) von Ecuadors Schulden beteiligt war und die Kampagne von RAID (Mitglied des CADTM und der ATTAC Netzwerke) gegen verabscheuungswürdige Schulden aktiv unterstützt, freut sich über die künftige Zusammenarbeit zwischen Tunesien und Ecuador. Wie in Ecuador könnte ein Audit zu konkreten Ergebnissen führen und das tunesische Volk von seinen grösstenteils verabscheuungswürdigen und illegitimen Schulden befreien. Das Land befindet sich heute noch im Würgegriff der grösstenteils aus der Ben Ali - Ära geerbten Schulden. Die für diesen Schuldendienst aufzubringenden Summen betragen das achtfache der Staatsausgaben für soziale Angelegenheiten, das dreifache des Gesundheitsbudgets, und fast das sechsfache des Etats für die Förderung von Beschäftigung. Ein Schuldenaudit für Tunesien, wie in Ecuador zur Identifizierung des verabscheuungswürdigen und illegitimen Schuldenanteils, der unbedingt gestrichen werden muss, ist offensichtlich für das tunesische Volk von lebenswichtiger Bedeutung.

Erinnern wir uns, dass Ecuador zwischen 2007 und 2009 mit seinen Gläubigern in Streit lag wegen seines Beschlusses, seine gesamten öffentlichen Schulden einseitig zu überprüfen. Der Auditprozess wurde von einer von Rafael Correa einberufenen internationalen Kommission durchgeführt, die sich aus Vertretern des Staates, sozialer Bewegungen und internationaler Netzwerke, die sich mit der Schuldenthematik beschäftigen, zusammensetzte - einschließlich des CADTM. Auf der Grundlage der Auditergebnisse stellte Ecuador den Schuldendienst für den Grossteil der illegitimen Schulden ein und zwang seine Gläubiger, ihre Staatspapiere zu einem Viertel ihres Nominalwerts zurückzukaufen. Die Aktion erbrachte für das Land letztlich **Einsparungen von 7 Milliarden Dollar**, Finanzmittel, die freigesetzt wurden und statt für Schuldzahlungen nun für soziale Ausgaben für Gesundheit, Bildung, und den Ausbau der Kommunikationsinfrastrukturen zur Verfügung standen.

Tunesien könnte das nächste Land sein, das Ecuadors Beispiel folgt; aber wir sollten wachsam bleiben. Der tunesische Gesetzesentwurf, der von der Nationalen Verfassungsgebenden Versammlung noch nicht debattiert worden ist, hat **mehrere Beschränkungen.**

Erstens: Gemäss dem Gesetzesentwurf betrifft der Schuldenaudit nur solche Verbindlichkeiten, die unter der Zwangsherrschaft von Ben Ali eingegangen wurden, obgleich große Darlehensvereinbarungen mit der Weltbank und dem IWF nach dem Volksaufstand von 2011 getroffen wurden. Diese neuen Schuldenvereinbarungen beinhalten jedoch Konditionen, die die Souveränität und die sozialen Rechte des Volkes verletzen.

Zweitens: der Gesetzentwurf beinhaltet nicht die Option von einem Schuldenmoratorium, obwohl die soziale und wirtschaftliche Lage äußerst kritisch ist. Tunesien könnte sich völkerrechtlich auf internationale Rechtsgrundsätze wie eine Notsituation oder grundlegend andere Umstände berufen, um ein sofortiges Schuldenmoratorium zu erklären.

Drittens: Obwohl der Gesetzentwurf wie zuvor in Ecuador die Beteiligung von Vertretern der "Zivilgesellschaft" vorsieht, ist hinsichtlich der Zusammensetzung der mit dem Auditprozess betrauten Kommission Wachsamkeit geboten.

Das CADTM erklärt daher seine kritische Unterstützung des tunesischen Gesetzentwurfs zum Schuldenaudit und fordert die Gläubiger auf, jegliche Massnahmen zur Beeinflussung der gewählten Volksvertreter/-innen Tunesiens zu unterlassen. In diesem Zusammenhang müssen z.B. Schuldentausch-Programme, wie das vom französischen Präsidenten François Hollande im Juli bekannt gegebene, sofort suspendiert werden. Die in diesen Tausch einbezogenen Schuldenpakete könnten zum Teil verabscheuungswürdig und illegitim sein. Was in Ecuador stattfand, kann auch in Tunesien und anderswo gelingen, wenn die Bevölkerung sich gemeinsam gegen die verabscheuungswürdigen und illegitimen Schulden ihres Landes mobilisiert und sich zu einer Front gegen die Gläubiger zusammenschließt, wie der ehemalige Präsident von Burkina Faso, Thomas Sankara, dazu aufgerufen hatte. Das CADTM schließt sich dem Aufruf nach einer weltweiten Mobilisierung gegen illegitime Schulden während der Aktionswoche gegen Verschuldung vom 8. bis zum 15. Oktober an.

Übersetzt von Thomas Leinberger, coorditrad

Bernard Schmid

„Sozialforum Migration“

im marokkanischen Oujda

(gekürzt, SiG-Redaktion)

Auf eine Initiative des „Sozialforum Maghreb“ hin versammelte sich am 06./07. Oktober 12 ein Sozialforum Migration *(Forum social des migrants)* in Oujda, im Nordosten Marokkos.
Dazu kamen rund 500 Menschen zusammen. Eine Mehrheit von ihnen kam aus Marokko, unter ihnen circa 180 subsaharische Einwanderer, die derzeit in dem Maghreb-Land leben. Hinzu kamen Menschenrechts-AktivistInnen, GewerkschafterInnen und Intellektuelle sowie Vertreter sozialer Bewegungen. Aus Frankreich und Belgien waren NGO-VertreterInnen, Aktive aus antirassistischen Organisation (wie *SOS Migrants* Brüssel) oder europäisch-maghrebinischer Vereinigungen wie der FTCR („Verband der Tunesier für Bürgerrechte auf beiden Ufern“, gemeint: des Mittelmeers) angereist. Unter ihnen auch der Verfasser dieser Zeilen.

Am Samstag früh begann die Veranstaltung im „Aktivitäts- und Fortbildungszentrum der Vereine/ Bürgerinitiativen“ in einem Vorort der Halbe-Million-Einwohner-Stadt Oujda. Bei einer ersten Runde am Vormittag betonten Redner wie Mohieddine Cherbib von der in Paris ansässigen FTCR (vgl. oben) die Einbettung der Migranten-Solidarität in einen thematischen Zusammenhang mit den sozialen und demokratischen Kämpfen in Nordafrika. Das diesjährige „Sozialforum Migration“ (welches das zweite seiner Art bildete, nach einer ersten ähnlichen Veranstaltung in Brüssel am 18. Dezember 2010) bildete einen integralen Bestandteil für die Vorbereitung des Weltsozialforums in Tunesien 2013.

Bereits **beim ersten Sozialforum, das im Maghreb stattfand – 2008** im marokkanischen El-Jedida, als alle Staaten der Region noch ausnahmslos autoritär regiert wurden – war die Solidarität mit den Einwanderern ein wichtiges Thema, wie Driss El-Korchi betonte.

Zwei Jahre später forderte die **Versammlung vom Dezember 2010 in Brüssel** zu einer besseren Garantie der Rechte von Einwanderer, sei es in Europa oder in Nordafrika selbst, auf. Seitdem hat sich an dieser Front nicht viel getan: Die europäischen Staaten haben die „**Internationale Konvention für die Rechte von Migranten und ihrer Familien“** (die im Jahr 1980 im Rahmen der UN ausgehandelt worden war) nicht ratifiziert, wozu das „Sozialforum Migration“ in Brüssel sie aufgefordert hatte. Umgekehrt haben die nordafrika-nischen Länder sie zwar ratifiziert, setzen sie aber zum Großteil nicht in die Praxis um. Migranten, die über Nordafrika nach Europa (oder in die spanischen Enklaven auf dem Boden Marokkos, Ceuta und Melilla, und dadurch auf EU-Territorium) zu gelangen versuchen, werden durch die Polizei gejagt, schikaniert, verfolgt, in die Wälder im Hinterland von Ceuta & Melilla getrieben oder in der Wüste ausgesetzt.

Was sich seit 2008 bzw. 2010 hingegen verändert hat, ist, dass die Staaten Nordafrikas weitaus stärker selbst **zu Einwanderungsländern geworden** sind. Historisch stellten sie eher Auswanderungs- und später Durchgangsländer auf dem Weg nach Europa dar. Doch in den allerletzten Jahren werden sie immer stärker vom Transit- zum Aufenthaltsland. Zahlreiche Migranten geben, wie seit 2007 verstärkt zu beobachten ist, ihren Traum vom Weiterkommen nach Europa im Endeffekt auf und lassen sich in Marokko oder den Nachbarländern nieder – wo die Lebensbedingungen oft immer noch besser sind, als in ihren Herkunftsländern südlich der Sahara. Daraus resultiert eine neue Dimension von Kämpfen um Anerkennung, um Rechte am Aufenthaltsort.

Eine besonders dramatische Situation erleben dabei oft die **Frauen**. Zu den immer wiederkehrenden Berichten zählten Feststellungen, dass Frauen von marokkanischen oder algerischen Polizisten – die sie an der Durch- und Weiterreise hindern, aus Grenznähe in abgelegene Regionen abschieben oder vertrieben – als „Freiwild“ für sexuelle Gewalt behandelt werden. Dass ihnen der Zugang zu Krankenhäusern, insbesondere um ihre Kinder auf die Welt zu bringen, verwehrt werde und dass den Kindern die Einschreibung in marokkanische Schulen verweigert werde. In vielen Fällen haben Kinder von „illegalen“ Ein- oder DurchwanderInnen, die in Marokko geboren wurden, keinerlei „legale Existenz“, da die Behörden ihren Müttern die Ausstellung von Geburtsurkunden oder anderen amtlichen Dokumenten verweigern. (In dieser Hinsicht ist die Situation sogar noch wesentlich übler als etwa in Frankreich, wo „illegalen“ EinwanderInnen zumindest der Zugang zur Gesundheitsversorgung als elementarem Rechtsgut gewährleistet sowie die Schulpflicht auch für ihre Kinder respektiert/durchgesetzt wird.)

Ein Teil der Diskussion am Nachmittag war der **Schließung der Grenzen innerhalb des Maghreb** gewidmet. Seit 1994 ist die Grenze zwischen Marokko und Algerien vollkommen dicht. Örtliche AnwohnerInnen mit Familienhintergrund auf beiden Seiten der Grenze, wie die Referentin Fatiha, berichteten über die teilweise dramatischen menschlichen Auswirkungen. Ursächlich für diese Politik der hermetischen Abriegelung unter Nachbarländern sind (neben politischen Konflikten zwischen beiden Regierungen um die Westsahara) u.a. die Nebenwirkungen bei der Umsetzung des nach Nordafrika ausgelagerten EU-Grenzregimes. Aber auch dadurch, dass die jeweilige einheimische Mafia durch die Grenzschliessung am Schmuggel verdienen kann, sitzen Profiteure in den jeweiligen Regimes.

Die Veranstaltung endete am Sonntag mit der Annahme einer „**Erklärung von Oujda**“, die u.a. eine Öffnung der Grenzen innerhalb der Maghreb-Region (Marokko, Mauretanien, Algerien, Tunesien, Libyen) fordert. Auch sollen alle Orte, an den Migranten aufgrund ihrer „illegalen“ Wanderungs-situation eingesperrt oder eingeschlossen sind, abgeschafft werden. Ein besonderes Augenmerk soll der Garantie der Recht von weiblichen Migrantinnen, die besonderen Gewaltverhältnissen ausgesetzt sind, gelten.

Am Samstag Abend fanden „selbstverwaltete“ Workshops statt. Besonders hervorzuheben ist dabei das **Gewerkschaftsforum**, das durch die marokkanische Gewerkschaft ODT (Organisation démocratique du travail) angeboten wurde und an dem rund 70 Menschen teilnehmen, in deutlicher Mehrheit subsaharische Lohnabhängige in Marokko. Die ODT ist eine junge Gewerk-schaftsvereinigung – sie wurde am 05. August 2006 gegründet. Seit dem 01. Juli 2012 verfügt sie über eine eigene Mitgliedsgewerkschaft für Arbeitsmi-granten, deren Mitglieder sehr zahlreich vertreten waren.

http://www.labournet.de/internationales/ma/oujda.html

Anm. der SiG-Redaktion:
mehr Infos und Abschlusserklärung:
http://www.e-joussour.net/node/11840
http://www.e-joussour.net/node/11823)

S. auch: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Marokko/Welcome.html

Attac Marokko
Marokko: Krise, Verschuldung und Repressionen

Rabat, den 16. September 2012

Unsere nationale Koordinierungsstelle hat sich am 16. September 2012 in Rabat getroffen, vor dem Hintergrund sowohl der andauernden Krise des kapitalistischen Systems und der schwindenden Glaubwürdigkeit des Modells einer Entwicklung durch die Entfaltung der Märkte als auch der Fortführung der politischen und sozialen Mobilisierung; eine Situation, die Raum für radikale Alternativen zu den bestehenden kapitalistischen Modellen schafft. Das ist für uns der Anlass, über die ökonomische Situation des Landes eine Bilanz zu ziehen und an das herrschende Klima von Repressalien zu erinnern, unter dem die Aktivisten zu leiden haben.

Internationale Krise,
Krise in Marokko

Trotz der Scheinheiligkeit des offiziellen Diskurses wirkt sich die internationale Krise negativ und unmittelbar auf die marokkanische Wirtschaft aus. Dies liegt vor allem daran, dass die Entscheidungszentren unseres Landes unsere Entwicklung den ausländischen Anlegern und der Exporteuren in die Eurozone überlassen haben. Die Eurozone steht nunmehr kurz vor der Pleite und ihre Nachfrage auf internationaler Ebene sinkt.

Schlimmer noch, der riskante Weg, den unserer Entscheidungsträger eingeschlagen haben, hat dazu geführt, dass Marokko von einem Exportland für landwirtschaftliche Produkte zu einem Land geworden ist, das seine Bevölkerung **nicht mehr selbst ernähren kann.** Die Lage auf dem Getreidemarkt ist angespannt und der Staat sieht sich gezwungen, seine Importe jedes Jahr zu erhöhen.
Die momentane Krise vergrößert den Misserfolg sektoraler Strategien in den Bereichen Landwirtschaft, Tourismus, Industrie usw., die alle von der internationalen Nachfrage abhängig sind.
Um aus der Krise zu gelangen, setzten die imperialistischen Entscheidungszentren **Freihandelsabkommen** als Druckmittel gegen die Länder des Südens ein, damit diese ihre Märkte öffnen und ihre Zollbeschränkungen aufheben. Die Länder des Nordens üben Druck aus, um ein sogenanntes Geschäftsklima zu schaffen, das ausländische Direktinvestitionen begünstigt. Seit zwei Jahrzehnten antworten unsere Regierungen darauf mit Infrastrukturprogrammen, Freihandelszonen, Steuerbefreiungen und Lockangeboten im Immobilienbereich (Grundstücke zu einem Symbolpreis, voll ausgebaute Industrieparks etc.) Und um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, bietet unser Staat qualifizierte Arbeitskräfte zu Hungerlöhnen an. Das alles wird durch das Arbeitsgesetz gefördert, das Flexibilität, Auslagerungen und eine nahezu nicht-existente soziale Sicherung vorsieht. Die sogenannten Investoren schaffen unzumutbare Arbeitsplätze für Jugendliche, die unter der **Massenarbeitslosigkeit** leiden. Die **Europäische Union** ihrerseits, wichtigster Wirtschaftspartner Marokkos, stellt weitere Forderungen an die Regierung, die - zusammen mit Algerien, Tunesien und Jordanien – verhandelt über die Vertiefung der Freihandelsabkommen zwischen der EU und den südlichen Mittelmeerländern.

Die derzeitige Regierung möchte Musterschüler sein und verspricht noch weitere Maßnahmen zu ergreifen. Derzeit wird ein Gesetz vorbereitet, durch welches das **Streikrecht** noch weiter beschnitten wird. Dieser Gesetzestext soll Artikel 288 des Strafgesetzbuches ergänzen, wonach sich Streikende eines Verbrechens schuldig machen. Außerdem sieht die Regierung vor, die ausländischen Direktinvestitionen im **Sozialsektor** (Gesundheit, Bildung, Wasser, Elektrizität, öffentliche Verkehrsmittel, Abfallsammlung, Sozialwohnungen etc.) noch stärker zu fördern. Ebenso macht sie keinerlei Hehl aus ihrem Vorhaben, staaliche Einrichtungen für **Privatanleger** zugänglich zu machen - besonders in den Bereichen Luftfahrt, Häfen, Eisenbahnen und Banken. Diese Maßnahmen sind Reaktionen auf die Empfehlungen der internationalen Finanzinstitutionen und schmälern unsere wirtschaftliche Souveränität, die bereits durch die Schuldenspirale beeinträchtigt ist.

Schulden: Rückkehr der Auslandsverschuldung und erneutes IWF-Eingreifen

Die Staatsverschuldung Marokko erreicht Spitzenwerte. Sie betrug Ende 2011 582 Milliarden DH bzw. **52 Milliarden Dollar** (Auslandsverschuldung von 190 Milliarden DH (21,9 Milliarden Dollar) und Inlandsverschuldung von 392 Milliarden DH). Diese Verschuldung entspricht 72% des BIPs. Es wird erwartet, dass die Verschuldung Ende 2012 bei 636 Milliarden DH bzw. 75% des BIPs liegen wird. Die Schuldentilgung (Anleihen und Zinsen) kostete den Haushalt zwischen 2004 und 2011 94 Milliarden(18,5 Milliarden DH für die Inlandsverschuldung und 75 Milliarden DH für die Auslandsverschuldung)! Um das Ausmaß der Schuldenlast zu erfassen, ist es wichtig, sich folgende Zahlen zu vergegenwärtigen: Zwischen 1983 und 2011 hat Marokko 115 Milliarden DH an Auslandsverschuldung zurückgezahlt; diese Summe ist acht mal so hoch, wie die Anleihen, die vormals aufgenommen wurden! Und seine Gläubiger fordern noch weitere 22 Milliarden DH.
Um das Jahr 2000 konzentrierte sich der Staat maßgeblich auf die Verschuldung auf dem Binnenmarkt; heute orientiert er sich wieder international. Daher wurde 2012 auf dem internationalen Markt Schatzanleihen zu einem Wert von einer Milliarden Euro verkauft. Ein neuer Aufruf für eine Zeichnung in gleicher Höhe ist für Oktober/ November 2012 geplant. Hinzu kommt die Einführung einer Vorsorge- und Liquiditätslinie (PLL), im Rahmen derer der IWF Marokko 6,2 Milliarden Dollar (53 Milliarden DH) zur Verfügung stellt, um somit das Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz in den nächsten zwei Jahren auszugleichen.

Repressionen und Prozesse

Diese Politik führt gegen die Wand. Die sich ankündigende Krise wird - wieder einmal - auf dem Rücken der Armen und Ärmsten ausgetragen. Die Bevölkerung, die trotzdem die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen und Arbeitsplätze fordert, wird mit **Repressionen, Festnahmen und ungerechten Prozessen** konfrontiert. Der letzte dieser Prozesse fand gegen die Mitglieder der "Mouvement du 20 février" (M20F), in Casablanca statt.
Unsere Vereinigung prangert die ungerechten Urteile dieser Prozesse an. Derzeit werden Landwirte (aus der Region Chlihat), Studenten (aus Marrakesch, Kenitra, Fez, Taza etc.), Arbeiter, M20F-Aktivisten im Rahmen der unerbittlichen Repressionen des Regimes verfolgt und verurteilt. Wir fordern die sofortige Freilassung aller, die in diesem Zusammenhang gefangen genommen wurden, und die Einstellung der Prozesse.

Ebenso prangern wird **die ständigen Angriffe gegen unsere Vereinigung** und ihre Mitglieder an. Der Staat hat sich, unter Missachtung des Gesetzes, geweigert, unsere gesetzliche Anerkennung zu erneuern. Unsere **Mitglieder** werden aufgrund ihrer Aktionen **verfolgt**. Die letzten beiden Prozesse wurden gegen Ibrahim Bara und Hassan Agherbi von der Ifni-Gruppe geführt. Mustapha Sandia, Hicham Laâouini, Medkouri von der Safi-Gruppe werden ebenfalls aufgrund der von ihnen durchgeführten Aktionen verfolgt.

Abschließend möchten wir uns anerkennend über die viel versprechenden **Initiativen zur Überprüfung der Staatsverschuldung in Tunesien und Ägypten** äußern. Aus diesem Anlass rufen wir außerdem die fortschrittlichen Verbände und Organisationen in Marokko dazu auf, eine gemeinsame Front zu bilden, um eine vollständige Überprüfung der Staatschulden in Marokko zu bewirken, und damit letztlich zu erreichen, dass die verabscheuungswürdigen Schulden aufgehoben werden. Unser Aufruf richtet sich auch an all jene Organisationen, denen die Zukunft des marokkanischen Volkes, dessen Reichtum und nationale Souveränität am Herzen liegt.

Übersetzung: Sonia MARYAN, coorditrad /SiG-Redaktion

ATTAC Marokko

Internationale Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen in Marokko

Wie die anderen Länder der Region Maghreb-Machrek, erlebte Marokko im Laufe des Jahres 2011 die Herausbildung einer politischen Bewegung mit den Forderungen nach Demokratie, Würde und sozialer Gerechtigkeit. Die Bewegung des 20. Februar (M20F), die marokkanische Ausprägung des „Frühlings der Völker", wurde von Anfang an durch das gegenwärtige Regime unterdrückt. Ihre AktivistInnen werden verfolgt und am laufenden Band mit Prozessen überzogen. Sie zahlen den Preis für ihren politischen Einsatz für Veränderungen in Marokko. Dieses Dokument ist Teil der nationalen und internationalen Kampagne mit dem Ziel der Freilassung dieser politischen Gefangenen.

Politische Zusammenhänge

Offiziell herrscht in Marokko ein Regime von „konstitutioneller, demokratischer, parlamentarischer und sozialer Monarchie". In der Praxis ist das marokkanische Regime eine **autoritäre Monarchie mit repressiven Zügen**, das denen der 2011 gestürzten arabischen Regime in nichts nachsteht. Die unerschütterliche **Unterstützung durch die Länder der Europäischen Union** (vor allem Frankreichs) und durch die USA erklärt wahrscheinlich zum Teil das Schweigen und die medialen Verzerrungen bezüglich dessen, was sich in Marokko abspielt. So kann durch den „demokratischen" Anstrich des Regimes die systematischen und wiederholten Menschenrechtsverletzungen verschleiert werden. So wird auch eine skandalöse Politik gedeckt, die die **Plünderung der Reichtümer** durch einige Wenige unterstützt, unter Missachtung der vollkommen desolaten wirtschaftlichen und sozialen Situation der Mehrheit der Marokkaner. Diese für das marokkanische Volk dramatische Lage ist, mit einigen Abwandlungen, die Fortsetzung der Praktiken, welche unter der Herrschaft von Hassan II. - des vorherigen Königs - galten.

Die **Jugend des M20F** versucht seit dem 20. Februar 2011, das Kräfteverhältnis zwischen dem Regime und dem Volk zu verändern. Nach mehr als einem Jahr des Kampfes ist der Traum von einem Marokko in Freiheit, Würde und sozialer Gerechtigkeit dabei, in einen Alptraum umzuschlagen. Die Unterdrückung erstickt einen möglichen „marokkanischen Frühling". Diese **Welle von Verhaftungen und Verboten** wurde durch eine gewisse Erschöpfung des M20F erleichtert, dennoch bleibt die Bewegung, nach mehr als 18 Monaten fortgesetzten Kampfes, aktiv und die zahlreichen sozialen Bewegungen tragen weiterhin kraftvoll ihre Forderungen durch Demonstrationen vor. Die andauernden Mobilisierungen auf der Straße beunruhigen offensichtlich die höheren Stellen, was weitgehend die neue Welle der Unterdrückung erklärt.

Unterdrückungsmaßnahmen und Folter

Der Feldzug zur Vernichtung aller politischen Proteste in Marokko hat sich verschärft mit dem Beginn der neuen Regierung im Januar 2012, die von den **Islamisten der Partei Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD)** beherrscht wird. Der Chef der Exekutive gab grünes Licht zur Niederschlagung der Bewegung der arbeitslosen Diplomierten in Rabat. Seither wird Demonstrieren in der Hauptstadt faktisch durch die Repressionskräfte verboten. Von dieser neuen Repressionswelle, die an den „années de plomb" („Bleijahre") erinnern, sind auch die strikt sozial orientierten Bewegungen betroffen. Auch in den Städten Taza (Nord-Ost), Mahamid el Ghizlane (Süd-Ost), Ouarzazate (Süd-Ost) und in der Region des Rif, wo die Bevölkerung gegen die Sperrung der Wasserversorgung oder die Erhöhung der Wasser- und Stromrechnungen protestierte, reagierte die Regierung mit Unterdrückung. In den Städten Salé, Agadir und Béni Mellal wurden Einwohner vertrieben und ihre als „anarchistisch" diffamierten Wohnblöcke zerstört. In Chlihat bei Lksar el Kébir (Nord) haben sich die Bauern gegen die Praktiken eines spanischen Multis erhoben. Diese landlosen Bauern wurden brutal unterdrückt.

Die letzte Episode aus dieser traurigen Serie fand am **22. Juli** dieses Jahres statt. Die M20F organisierte wie gewohnt Demonstrationen in einer Reihe von marokkanischen Städten. In **Casablanca** (Mitte) und **El Jadida** (Mitte) schlugen die Unterdrückungskräfte an jenem Abend unterschiedslos zu. Mehr als 30 Verhaftungen und rund 20 Verletzte sind die Bilanz in den beiden Städten. Während ihrer Festnahme wurden die Aktivisten aus Casablanca **gefoltert** (Verbinden der Augen, obszöne Beleidigungen, Schläge mit dem Gummiknüppel in die Geschlechtsteile, Herumtrampeln auf dem Körper, Ausübung von psychologischem Druck, etc.). Zwei Tage später, bei einem Sit-in vor dem Gericht, wo die Verhafteten des 22.Juli abgeurteilt werden sollten, verfolgte die Polizei erneut die Demonstranten, die zur Unterstützung ihrer Kameraden erschienen waren; die Einschüchterungen wurden während der gesamten Woche fortgesetzt. Die Zeugenaussagen der AktivistInnen wurden bestätigt vom **Sonderberichterstatter der UNO für die Folter,** Juan Mendez. Im Zuge seines Aufenthalts in Marokko im September 2012, zur Vorbereitung eines Berichts an den Men-schenrechtsrat über die Folter in diesem Land, kam er zu dem Schluss, dass „*Folterungen gang und gäbe sind und in Marokko nicht verschwunden sind, selbst wenn sich die Lage generell verbessert hat*". Der Berichterstatter der UNO führt eine Reihe von Fällen von Folter an. Er stellte Gewaltanwendungen fest durch „*Faust- und Stockschläge, Gebrauch von Stromschlägen und Verbrennungen mittels Zigaretten"*.

Verhaftungen

Der Marokkanischer Menschenrechtlerverein (AMDH) hat die Akten von 48 marokkanischen politischen Gefangenen überprüft. Es handelt sich um Aktivisten der Bewegung des 20.Februar (M20F), Menschenrechtlern und Aktivisten von Sozialbewegungen (aus den Städten Taza, Rif, Ouarzazate, Imider, Beni Mellal, Chlihat, Mhamid Ghizlane…), um diplomierte Arbeitslose, insbesondere Mitglieder des Nationalen Vereins der marokkanischen diplomierten Arbeitslose (ANDCM), um saharauische Gefangene, Gewerkschafter, Mitglieder der Nationalen Studentenunion Marokkos sowie islamistische Häftlinge. Allein aus der Stadt Casablanca sind 11 Aktivisten der M20F, darunter 2 Frauen, inhaftiert oder vorläufig freigelassen und sollen vor Gericht erscheinen. Als Anlage fügen wir eine (unvollständige) Liste der verhafteten oder verfolgten Aktivisten als Anlage bei.

Aufruf zur internationalen Solidarität

Angesichts der Repression in Marokko und der Gefahren, die derzeit den Menschenrechtsaktivisten, Gewerkschaftern, diplomierten Arbeitslosen, Verfechtern der sozioökonomischen Rechte und Mitgliedern der M20F -Bewegung drohen, rufen wir zur internationalen Solidarität auf,

- um von A bis Z fabrizierte Prozesse anzuprangern , die zum Ziel haben, die Kämpfe zu kriminalisieren, Angst und Schrecken zu verbreiten und jeden Protest im Keim zu ersticken;
- um die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Häftlinge zu verlangen;
- sowie um zu fordern, dass unabhängige Untersuchungen über die Verantwortlichen für die Folter und die politischen Ermordungen von M20F-Aktivisten und Demonstranten (Kamal Ammari, Mohamed Boudroua und Kamal Hassani) eingeleitet werden und
- um zu fordern, dass die Folterer und Mörder vor Gericht gestellt werden.

Für die Kampagne zur Befreiung der politischen Häftlinge und für die sofortige Einstellung der gerichtlichen Verfahren sind folgende Aktionen geplant:

Versand von Briefen an den Regierungschef, den Justizminister und den Vorsitzenden des Nationalrats für Menschenrechte (CNDH);
Foto-Unterschriftenaktion: jede/r soll sich mit einem Plakat fotografieren lassen, auf dem der Name eines Häftlings geschrieben steht und uns das Foto schicken, damit es über die sozialen Netzwerke verbreitet wird.
Sonst: Online-Unterschriftenaktionen, Anwesenheit von internationalen Beobachtern bei den Prozessen,....

TERMINE:

8.November in Ifni: Prozeß gegen Brahim Bara; Hassan Agherbi und Amazouz
9. November: Unterstützungkarawane nach Imider
6. Dezember: in Ouarzazat Prozeß gegen Amina Mourad und Smaini Ben Nasser, die die Opfer von Mikrokrediten unterstützen.

(Unvollständige) Liste der politischen Häftlinge in Marokko

Casablanca

Mouad Belghouat, Lhqed (der Empörte). Dem 24jährigen Rapper - Künstlerikone der M20F-Bewegung - ist sein politisches Engagement teuer zu stehen gekommen. Seit einem Jahr führt die Staatsmacht einen erbitterten Kampf gegen den jungen Künstler. Nachdem er zuerst im Zuge eines Scheinprozesses wegen „Körperverletzung“ 4 Monate absitzen musste, wurde er am 29. März ein zweites Mal verhaftet, diesmal wegen „ Verstoß gegen Staatsorgane“, genauer gesagt gegen die Polizei. Wegen einer Videomontage über eines der Chansons, die auf Youtube verbreitet wurde, wurde er wieder vor Gericht gestellt. Am 11. Mai 2012 wurde Lhqed vorerst zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung sowie zu einer Geldstrafe von 1000 Dirham (90 Euro) verurteilt. Am 27. Juli 2012 wurde das erste Urteil vom Berufungsgericht bestätigt. Webseite: www.l7a9ed.com

Younes Belkhadim, Chaîr (der Dichter). Er wurde am 30. März 2012 anlässlich einer Sitzaktion zur Unterstützung von Lhqed festgenommen. Am 18. Mai wurde er dann zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährung und zu einer Geldstrafe von 5000 DH (450 €) verurteilt wegen „Zerstörung von öffentlichen Gütern und Beschimpfung von Behördenmitgliedern“. Das Berufungsgericht setzte die Gefängnisstrafe auf 8 Monate ohne Bewährung herab und erhöhte das Strafgeld auf das Doppelte. Der junge Dichter hat mehrere Texte verfasst, die zu den Parolen der M20F-Bewegung gehören.

Hassan Hainoussi: 8 Monate Gefängnis ohne Bewährung

Houcine Idrissi, Oussama Housni, Hamza Aitaoui: je zu 3 Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 1200 DH. Sie wurden bei einer Sitzaktion in Solidarität mit den politischen Gefangenen festgenommen.

Abderrahman Al Assal, Samir Bradly, Tarek Rochdi je zu 10 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt.

Youssef Oubla, Nour Essalam Kartachi wurden je zu 8 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. ***Leila Nassimi*** wurde zu 6 Monaten Haft mit Bewährung verurteilt.

Maria Karim und Mamoun Karbi sind Aktivisten der M20F-Bewegung, freigelassen aber gerichtlich verfolgt

Kenitra: Diese Häftlinge sind sämtlich Mitglieder der Nationalen Studentenunion Marokkos (Union nationale des étudiants du Maroc). Sie wurden im Zuge ihres Kampfes für die Verbesserung der Unterrichtsqualität auf der Uni sowie für die Aufhebung der Militarisierung des Campus festgenommen. Bis auf zwei Aktivistinnen sitzen sie seit März 2012 in Untersuchungshaft!

Ismail al Ahmar, Achraf Siranou, Moughith Khaliki, Brahim al Kalîi, Mourad Hayout, Oussama Bekkali, Hatem Ourghi, Mourad Hoauri, AminaYakoubi *(vorläufig freigelassen)****, Abdelkhlak Sehba, Abderrazak Ajkou, Khouloud*** *(vorläufig freigelassen)****, Abdelrahim***

Rif (Städte Imzouren und Beni Bouayach) 20 politische Gefangenen aus jener traditionell rebellischen Gegend sitzen derzeit Gefängnisstrafen von 5 Monaten bis 5 Jahren ohne Bewährung ab. Sie sind sämtlich Mitglieder der M20F-Bewegung: ***Adil Taibi, Abdellah Affelah, Abdelmajid Bouscout, Abdeljalil Bouscout, Ahmed Moussaoui.***

Abdeladim Ben Bouchaib: 12 Jahre Haft ohne Bewährung

Mohamed Jelloul, Ahmed Badri, Belhaj Hassan Ben Mohamed, Said Agrouj Ben Mohamed, Nasser Hasnaoui, Najim Karchouhi Najim Souhou, Ahmed Baâli Mohamed Ahbad, Mohamed Bouziane

Halim Bakkali: Mitglied der M20F-Bewegung. 4 Jahre Haft ohne Bewährung

Chakir Yayhaoui: Mitglied der M20F-Bewegung und der AMDH. 3 Monate Haft ohne Bewährung, ***Halim Taliî, Mustapha Bouhani***: Mitglied der M20-Bewegung und des Forums des Nordens für Menschenrechte. 2 Jahre Haft ohne Bewährung und eine Geldstrafe von 100 000 Dh

Tanger: ***Mohammed Sokrat***. Blogger: 2 Jahre Haft ohne Bewährung (wegen Drogenbesitz und -geschäft verurteilt)), ***Said Ziani***. Mitglied vom M20F: 3 Monate Haft ohne Bewährung (wegen Zigaretteneinzelverkauf verurteilt)

Imider (eine Bergbaugegend, von der königlichen Firma MANAGEM erschlossen, deren Einwohner eine gerechtere Verteilung der Ressourcen ihrer Region fordern)

Mustapha Ouchtoubane: 4 Jahre Haft ohne Bewährung. Am 5. Oktober 2011 verhaftet. Hat Folgendes verbrochen: Er ist ein Menschenrechtler und wichtiger Akteur im Kampf seines Dorfes IMIDER gegen eine Bergbaugesellschaft, die Raubbau an den Wasserressourcen der Region betreibt, die Region verschmutzt, die Dorfbewohner ausbeutet und ihre Macht zur Bestechung der lokalen Behörden missbraucht. Am 13.12.2012 bestätigte das Berufungsgericht das Urteil von 4 Jahren Haft ohne Bewährung (Quelle: der Blog Solidarité Maroc, http://solidmar.blogspot.de/).

Der Prozess der „Fünf“: Nachdem sie am 12. Juli 2012 von den königlichen Gendarmen verhaftet worden sind, wurden 5 Dorfbewohner am 9. August zu je 2 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt nach einem völlig fabrizierten Prozess. Ziel der Regierung ist, diesen exemplarischen Kampf in die Knie zu zwingen.

Chlihat

(eine ländliche Gegend, wo die Bauern in Konflikt mit einer spanischen Multi stehen)

Mohamed Zbati, Landwirt und ***Abderrahim Achtir,*** Landwirt: 2 Jahre Haft ohne Bewährung - ***Abdessalam Hambouch, Landwirt, Nourreddine el Kaou Ben Jelloun, Tarek Daou***i: 6 Monate Haft ohne Bewährung

Sidi Ifni

Mit der Unterstützung der Mitglieder der M20F-Bewegung und der ANDCM forderten die Einwohner anständige Arbeitsplätze und den Zugang zu den regionalen Fischressourcen.

Abdellah El Hihi, Zine El Abidine Erradi, Youssef Rguini, Mohamed Hamouda: 10 Monate Haft ohne Bewährung und Geldstrafe von 500 DH - ***Hassan Boughaba, Abdelmoula Hallab***: 8 Monate Haft ohne Bewährung und Geldstrafe von 500 DH

In Untersuchungshaft: ***Hassan Boulahdir und Akida*** / vorläufig freigelassen

Brahim Bara und Hassan Agherbi

Agadir: Mitglieder des Lokalkomitees für das Recht auf Wohnung, sämtlich gerichtlich verfolgt, vorläufig freigelassen:

Youssef Houdi ***Hassan Nafaâ***
Latifa Saber ***Hassan Akram***

Ouarzazate: Bergleute aus dem Bergwerk Bouazzar, das von der königlichen Firma MANAGEM betrieben wird, kämpfen um die Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse und das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Hicham Amermach, Abdeaziz Al azhari
Mohamed Chakir ***Mohamed Moujane***
Abderahmane Achlhi ***Said Ait Saleh***
Abdelaziz Amkraz ***Mbarek Amazigh***
Abderrahman Maâsoudi ***Youssef Widar***
Said Ait Caid ***Lahcen Akhraz***
Hassan Naciri ***Mohamed Sakhi***
Ibrahim Madi

Übersetzt von Hans-Hermann BOHRER und von Michèle MIALANE, coorditrad /SiG-Redaktion

Erklärung des Ratschlags von Attac Deutschland in Köln, 4.11.2012

In Marokko werden viele Menschen politisch verfolgt, die sich mit Streiks, Demonstrationen und Sit-Ins gegen die Verteuerung von Energie und Wasser, für eine bessere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen, gegen Massenentlassungen, für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für politische Freiheiten in dieser repressiven Monarchie einsetzen.

Der Ratschlag von Attac Deutschland

- erklärt seine Solidarität mit den Menschen in Marokko, die sich für solche Ziele einsetzen und insbesondere mit denjenigen, die mit Geld- und Gefängnisstrafen und mit Folter unterdrückt werden;

-erwartet, dass die politischen Verfolgungen aufhören und dass die entsprechenden Gerichtsurteile überprüft und annulliert werden;

- unterstützt die Forderung von Attac Marokko, juristisch als Organisation anerkannt zu werden;

-ruft zu Solidaritätsaktionen für die politischen Gefangenen in Marokko auf.